

# ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

## Keine „zweite Violine“

Am 28. November 2020 begeht die fortschrittliche Menschheit den 200. Geburtstag von Friedrich Engels. Seine Werke sind im besten Sinn Weltkulturerbe und die DDR hat daran einen bedeutenden Anteil. Ungezählte Einrichtungen bis zur Militärakademie in Dresden trugen seinen Namen,

Bereits Ende der 90er Jahre begann unter jungen Leuten das Interesse an den MEW sprunghaft zu wachsen. Das Jubiläumsjahr 2020, das wegen der Pandemie anders verlief als geplant, bot selbst in der antikomunistisch verseuchten BRD ein anderes Gesicht als 1970 beim 150. Geburtstag.



Enthüllung des Denkmals für Friedrich Engels am 10. Oktober 1969 in der Militärakademie Dresden

das Wachregiment der NVA in Berlin wurde nach ihm benannt. Engels gehörte zum Alltag. Sein Porträt war auf dem 50-Mark-Schein und auf vielen Briefmarken zu sehen. Vor allem aber: Die Literatur über und von ihm füllte Bibliotheken. Zunächst Broschüren, dann Auswahlbücher, ab 1956 die „blauen Bände“ der Marx-Engels-Werke (MEW), am Ende der DDR waren es 42 geworden. Eine Großtat war die Edition der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) ab 1970. Sie mußte nach der Konterrevolution zähneknirschend fortgeführt werden – der Druck aus dem Ausland war zu groß. Helmut Kohl hatte etwas zum Vorzeigen, die Barbarei der westdeutschen Kulturzerstörer, die kein Schild mit dem Namen Friedrich Engels ertrugen – wie auch nicht Namen von Antifaschisten, Arbeiterführern und Kommunisten – konnte etwas kaschiert werden. Die Wendehälse, die 1990 Marx- und Engels-Bände auf den Müll warfen, waren nach wenigen Jahren als hohle Tröpfe entlarvt:

An die 180 Veranstaltungen hatte z. B. allein Wuppertal, wo der Wissenschaftler und Revolutionär geboren wurde, vorgesehen. Der damalige Oberbürgermeister nannte im Februar Engels den „größten Sohn der Stadt“, der CDU-Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet, hatte die Schirmherrschaft übernommen. Das Engels-Denkmal eines chinesischen Bildhauers steht schon einige Jahre vor dem Geburtshaus. Welch Wandel. Vor 50 Jahren hielt SPD-Bundeskanzler Willy Brandt die Gedenkrede und ernannte Engels herablassend zum „genialen Vereinfacher“ der Ideen von Marx. Dazu brüllten Nazis, Stinkbomben platzten. DKP und SED hielten dagegen und gründeten die Marx-Engels-Stiftung.

Sie war ein Symbol für die gemeinsamen Wurzeln von Kommunisten und Sozialisten beider deutscher Staaten. Sie hat die Konterrevolution überstanden und richtet nun gemeinsam mit Partnern am 6. und 7. November die vielleicht wichtigste Tagung von Marxisten zum 200. Jubiläum aus. (Anmeldung unter [www.marx-engels-stiftung.de](http://www.marx-engels-stiftung.de)) Antiquarisch wird es dort nicht zugehen. Engels war schon vor Marx in Manchester Anfang der 1840er Jahre „mit der Nase drauf gestoßen“ worden, daß die ökonomischen Tatsachen, die in der bisherigen Geschichtsschreibung nur eine verachtete Rolle gespielt hatten, die entscheidende geschichtliche Macht sind. Philosophischer Hintergrund war die Einsicht in die widersprüchliche Einheit von Mensch und Natur. Ökologie und Ökonomie standen sozusagen am Anfang als Resultat neuzeitlicher Real- und Geistesgeschichte. Engels holte Marx in gewisser Weise auf den Boden dieser

Tatsachen, d. h. auf den gesetzmäßigen Zusammenhang von Entwicklungsstand der Produktivkräfte, ökonomischer Struktur der Gesellschaft und Klassenkampf. Engels war nicht die „zweite Violine“, wie er sich selbst nannte. Er war nicht nur universal gebildet, er entwarf auch die großen weltanschaulichen Synthesen des wissenschaftlichen Sozialismus, brillierte auf Gebieten, für die sich Marx nicht besonders interessierte. Stichwort Krieg: Der „General“ Engels war als Experte und Theoretiker bei Militärs seiner Zeit hoch angesehen. Seine Einsicht in die Entwicklungsdynamik der Militärtechnik führte ihn bereits 1887, noch vor dem alten Moltke, zu der Warnung vor einem Weltkrieg, der Europa „kahlfressen“ werde. Engels untersuchte den Einfluß der Destruktivkräfte auf die Produktionsverhältnisse lange bevor es Massenvernichtungswaffen oder alles und jeden überwachende kalifornische Softwarekonzerne gab, die Filialen des Pentagon und der US-Geheimdienste sind. Er konnte die Umkehrung des Verhältnisses von Produktion und Destruktion, die für die heutigen USA und die NATO-Staaten prägend sind, nicht vorhersehen. Er hat aber die Voraussetzungen geschaffen, um solche historischen Perversionen zu analysieren und zu bekämpfen. Die DDR ehrte zu Recht den großen Militärtheoretiker und Antimilitaristen Engels. Angesichts wieder akuter Kriegsgefahr ist er moderner denn je. **Arnold Schölzel**

### Aus dem Inhalt



Atomkriegsübung der Bundeswehr	2
Sergej Lawrow zur EU	3
Aufruf „Unblock Cuba!“	5
Die „Glückskinder“ des 3. Oktober	7
Übergang in Mali	10
„Festa do Avante“ 2020	11
Belarus: Geopolitische Konterrevolution	12
Atomwaffen heute	14
DDR – Leuchtfeuer der Erinnerung	18
Die neue Enzyklika von Papst Franziskus	21
Friedrich Engels und die Eigentumsfrage	23
Leserbriefe	29

# Atomkriegsübung der Bundeswehr

## Armee übt „nukleare Teilhabe“ in zwei parallelen Manövern

Die Bundeswehr hat laut Berichten ihre diesjährige Atomkriegsübung begonnen. Demnach trainiert in dieser Woche die Luftwaffe im Rahmen des Manövers „Steadfast Noon“ die Abläufe, die durchgeführt werden müssen, wenn deutsche Piloten im Rahmen der sogenannten nuklearen Teilhabe US-Atombomben abwerfen. „Steadfast Noon“ findet jedes Jahr im Herbst statt. Dieses Jahr ist unter anderem der Fliegerhorst Nörvenich unweit Köln eingebunden, der als Ausweichstandort für die 20 auf dem Fliegerhorst Büchel (Eifel) eingelagerten US-Atombomben vorgesehen ist. In Büchel findet gleichzeitig ein zweites Manöver statt, bei dem es darum geht, „wichtige Infrastruktur vor Bedrohungen aus der Luft zu schützen“. Sowohl die dortigen Kernwaffen wie auch die Kampffjets, die sie abwerfen können, sollen für Milliardensummen modernisiert werden; die neuen Atombomben vom Typ B61-12 können zudem mit geringerer Sprengkraft eingesetzt werden, was die Hemmschwelle zum Nuklearkrieg senkt. Berichten zufolge ist in NATO-Dokumenten von „nuklearen Erstschlägen“ die Rede.

### Steadfast Noon

Manöver der Serie „Steadfast Noon“ werden jedes Jahr üblicherweise im Oktober durchgeführt. Ziel ist es, die sogenannte nukleare Teilhabe zu trainieren. Diese sieht vor, daß deutsche Piloten mit deutschen Kampffjets bei Bedarf US-Atombomben an ihr Einsatzziel transportieren und sie dort abwerfen. Dazu sind rund 20 US-Atombomben auf dem Fliegerhorst Büchel in der Eifel stationiert. Im Rahmen von „Steadfast Noon“ übt die Bundeswehr regelmäßig den Transport der Bomben aus den unterirdischen Lagern zu den Kampffjets und ihre Anbringung an diesen. Manöverflüge werden freilich ohne die Bomben realisiert. Die Manöver werden offiziell strikt geheimgehalten; allerdings wird die Tatsache, daß sie stattfinden, zuweilen nach Beginn gezielt an die Medienöffentlichkeit durchgestochen. Dies war auch der Fall, als berichtet wurde, „in dieser Woche“ habe „‘Steadfast Noon‘ begonnen“. Demnach ist dieses Jahr auch der Fliegerhorst Nörvenich südwestlich von Köln Schauplatz des Manövers. In Nörvenich ist ein Lagerungssystem für die US-Bomben vorhanden; es ist, soweit bekannt, gegenwärtig nicht bestückt, dient aber für den Ernstfall als Ausweichstandort für die Bomben aus Büchel.

### Die nukleare Teilhabe

Dem Bericht zufolge sind an „Steadfast Noon“ in diesem Jahr auch belgische, niederländische und italienische Kampffjets beteiligt. Laut Angaben der Bundeswehr ist seit dem 28. September „die italienische Luftwaffe mit zehn Luftfahrzeugen“ in Nörvenich präsent. Die internationale Beteiligung ist auch insofern von Interesse, als je 20 US-Atombomben, wie es in Fachkreisen heißt, außer in Büchel

auch auf Militärflugplätzen in Belgien (Kleine Brogel), in den Niederlanden (Volkel) und in Italien (Gheddi, Aviano) stationiert sind. 50 US-Atombomben sollen zudem auf der Luftwaffenbasis İncirlik in der Türkei gelagert sein; dies führt seit geraumer Zeit aufgrund der Spannungen mit Ankara zu heftigen Diskussionen. Im vergangenen Jahr wurde „Steadfast Noon“ vom 14. bis zum 18. Oktober an den Standorten Büchel und Kleine Brogel durchgeführt. In Büchel findet dieses Jahr parallel zu „Steadfast Noon“ das Manöver „Resilient Guard 2020“ statt. Dabei trainieren zwei Flugabwehrraketengruppen der Bundeswehr, „wichtige Infrastruktur vor Bedrohungen aus der Luft zu schützen“ – ein Hinweis darauf, daß die US-Bombenlager im Kriegsfall ein mögliches Ziel feindlicher Streitkräfte sind. Bei „Resilient Guard“ wird unter anderem mit dem Luftabwehrsystem Patriot geübt.

### Milliardenschwere Modernisierung

Weit davon entfernt, nukleare Abrüstung anzustreben, bereiten die Regierungen in Berlin und in Washington seit geraumer Zeit die Modernisierung des in Büchel eingelagerten Atomarsenals vor. Das gilt nicht nur für die deutschen Kampffjets, die die Bomben transportieren und abwerfen sollen. Die „Tornados“, die in Büchel bereitgehalten werden, veralten zusehends und müssen, soll die Nukleare Teilhabe weiter aufrechterhalten werden, durch neue Kampffjets ersetzt werden. Dazu ist die Beschaffung von US-amerikanischen F-18 (Boeing) geplant. Experten beziffern die Kosten „selbst nach einer konservativen Schätzung“ auf „zwischen 7,7 und 8,8 Milliarden Euro“. Darüber hinaus will Washington die alten Atombomben des Typs B61 durch neue vom Typ B61-12 ersetzen. Diese sind nicht nur – angeblich präzise – lenkbar; man kann außerdem ihre Sprengkraft variieren. Das bedeutet, daß sie mit vergleichsweise niedriger Sprengwirkung eingesetzt werden können – beispielsweise, um tiefliegende Bunker zu zerstören. Das Argument, sie hätten einen vergleichsweise geringen nuklearen Fallout, droht die Hemmschwelle zum Nuklearkrieg erheblich zu senken.

### Die US-Nuklearstrategie

Dies ist auch deshalb von Bedeutung, weil die aktuelle, am 2. Februar 2018 veröffentlichte US-Nuklearstrategie („Nuclear Posture Review“) die Fähigkeit zum Führen eines angeblich begrenzten Nuklearkriegs mit Atombomben von vergleichsweise niedriger Sprengkraft verlangt. Dabei geht es darum, Kernwaffen auf regionalen Schlachtfeldern einzusetzen, aber nicht zu einem umfassenden Vernichtungsschlag auszuholen. Offiziell soll diese Fähigkeit lediglich der Abschreckung dienen: Man wolle etwa Rußland oder China den Verzicht auf einen „begrenzten“ Atomschlag nahelegen, heißt es. Dafür, daß sich die USA ihrerseits im Kriegsfall lediglich auf Abschreckung

beschränken würde, gibt es allerdings – das betonen Kritiker – keinerlei Gewähr.

### „Nukleare Erstschläge“

Wie es heißt, hat die NATO ihre Vorbereitungen auf einen möglichen Atomkrieg ebenfalls jüngst intensiviert. Das hat im Juni ein deutscher Auslandskorrespondent berichtet, der in Brüssel tätig ist und als dort bestens vernetzt gelten kann. Demnach hätten die NATO-Staats- und Regierungschefs auf ihrem Gipfel im Juli 2018 ein „als geheim eingestuftes Dokument“ zur Kenntnis genommen, das „erstmalig“ konstatiert habe, „konventionelle Verteidigung und nukleare Abschreckung“ seien nicht mehr, „wie bisher in der NATO üblich“, voneinander zu trennen; man müsse künftig „beides gemeinsam“ bedenken. Weiter heißt es, die NATO-Verteidigungsminister hätten auf ihrem Treffen Mitte Juni 2020 einem weiteren „streng geheim(en)“ Papier zugestimmt, das vom NATO-Oberbefehlshaber in Europa (Supreme Allied Commander Europe, Saceur), US-General Tod D. Walters, erstellt worden sei und sich gegen Bedrohungen im gesamten Operationsraum – zu Lande, zu Wasser, in der Luft, im Cyber- und im Weltraum – wende: mit allen „defensiven und offensiven Fähigkeiten“ der NATO „von der Raketenabwehr bis zu nuklearen Erstschlägen“. Zudem behalte sich das Bündnis vor, konventionell bestückte Mittelstreckenraketen in Europa zu stationieren; sie könnten bei Bedarf jederzeit „nuklear aufgerüstet werden“.

*Der Text erschien am 14. Oktober 2020 auf der Internetplattform [german-foreign-policy.com](http://german-foreign-policy.com)*

Leider konnte aus technischen Gründen das **Überweisungsformular** für Spenden an den „RotFuchs“ dem Oktoberheft nicht beigelegt werden. In diesem Monat klappt es. Wir bitten alle Leser, die es sich leisten können, in diesen symbolischen Hut Geldscheine oder Münzen hineinzuworfen. Spenden sind die einzige Finanzierungsquelle unserer Zeitschrift. Hinweise auf Zuflüsse aus gebunkerten SED-Milliarden oder vergrabenen Goldbarren des DDR-Außenhandels wurden uns vorenthalten und vom prüfenden Finanzamt nicht gefunden.

Die Redaktion

# Atomwaffen heute

## Die atomare Gefahr ist nicht kleiner als im Kalten Krieg

*In Erinnerung an den Friedensforscher Otfried Nassauer, der am 1. Oktober mit nur 64 Jahren gestorben ist. Wir waren nicht immer einer Meinung, aber auf sein Expertenwissen konnte man sich verlassen. Er wird fehlen im Kampf gegen die Nuklearwaffen.*

Am 6. und 9. August 1945 warfen die Amerikaner zwei Atombomben über Japan ab. Zuerst über der Stadt Hiroshima, drei Tage später über Nagasaki. Einhunderttausend Menschen starben sofort, bis Ende des Jahres 1945 weitere 150 000 und in den Jahren danach viele Zehntausend an Spätfolgen. Die offizielle US-Geschichtsschreibung und deren Epigonen weltweit wollen glauben machen, daß der Einsatz der Massenvernichtungswaffen alternativlos war. Dadurch sollten angeblich Verluste bei der Eroberung japanischen Kernlandes verhindert werden. Die Wahrheit ist: Japan war militärisch besiegt, der japanische Außenminister hatte bereits Anfang Juli den sowjetischen Außenminister gebeten, den Wunsch nach Friedensverhandlungen den Alliierten zu übermitteln. Aus den militärischen Analysen geht hervor, daß es darum ging, noch schnell vor Kriegsende die Bomben im „realen Einsatz“ zu testen und die Auswirkungen zu prüfen. Deswegen hatte man sich zwei Ziele in unterschiedlichen geografischen Verhältnissen herausgesucht und auch zwei technisch unterschiedliche Bomben verwendet. Es war eine „Versuchs“anordnung, die mehr als eine Viertelmillion Opfer kostete, also ein Kriegsverbrechen. Zudem sollten die getöteten Japaner auch den zukünftigen Feind erschrecken, die Sowjetunion. Was folgte, waren 55 Jahre Kalter Krieg mit einigen ziemlich heißen Phasen und etlichen Stellvertreterkriegen. Damit einher ging eine beispiellose Hochrüstung, die auch ein gewaltiges Arsenal an Kernwaffen mit sich brachte.

### Verschiedene Waffentypen

Jahrelang versuchten Politiker und Militärs beider Seiten Möglichkeiten zu finden, Kernwaffen einsetzbar zu machen. Sie waren sich durchaus bewußt, daß dies eine existentielle Bedrohung für große Teile der Menschheit oder deren Gesamtheit darstellt. Doch das nukleare Wettrüsten ging weiter. So wurden bis in die 70er Jahre immer wieder neue Waffentypen entwickelt. Einige der skurrilsten waren sicher die sogenannten Rucksackbomben. Hierbei handelte es sich um Sprengsätze mit einer Sprengwirkung von 0,1 bis zu einer Kilotonne (kt) TNT-Äquivalent (mit diesem Wert wird die Sprengkraft von nuklearen Waffen angegeben, es bedeutet, daß bei einer Sprengkraft von 1kt TNT ebenso viel Energie freigesetzt wird wie bei der Explosion von eintausend Tonnen Trinitrotoluol. 0,8 Kilogramm TNT haben die Sprengkraft von 1 Kilogramm Dynamit.) Solche Kleinsprengkörper sollten z. B. als Atomminen in spezielle Sprengkammern

von BRD-Brücken verbracht werden, um einen Vormarsch der Truppen des Warschauer Vertrages zu stoppen. Diskutiert wurde auch, solche Sprengkörper, die weniger als 60 Kilogramm wogen, von US-Special Forces ins Hinterland des „Feindes“ zu bringen und dort per Zeit- oder Fernzündung explodieren zu lassen. Eine andere merkwürdige „Erfindung“ waren die sogenannten Neutronenwaffen. Bereits 1958 hatte ein US-Physiker die technischen Voraussetzungen dafür geschaffen, aber erst unter US-Präsident Ronald Reagan wurden sie ab 1981 gebaut. Ungefähr 700 solcher Bomben sollen hergestellt worden sein. Die Idee dahinter war, mit einer relativ kleinen Initialsprengladung eine kleine Menge Plutonium zur Kernspaltung zu bringen und damit wiederum Deuterium-Tritium-Gas zu einer Kernfusion. Die unmittelbare kinetische Sprengwirkung sollte sehr gering gehalten werden, dafür aber die Emission von Neutronen (typisch für die Kernfusion) stark erhöht werden. Davon erhoffte man sich bei minimalen Zerstörungen eine große Strahlungswirkung gegen biologische Ziele. Kurz gesagt: Die Menschen sterben, die Fabriken bleiben stehen. Die Gleichung ging nicht auf, denn auch bei einer Neutronenwaffe sind 30 bis 35 Prozent der freigesetzten Energie kinetische Energie und auch die Zerstörungskraft der freigesetzten Neutronen gegenüber dem Menschen „erfüllte“ wohl nicht die Wünsche der Militärs. Aus diesem Grund wurden in den 90er Jahren so ziemlich alle Neutronenwaffen aus den Arsenalen genommen.

### Kern- und Wärmestrahlung

Neben der unmittelbaren Druckwelle (kinetische Energie) setzen Kernwaffen noch andere tödliche und zerstörerische Komponenten frei. Am bekanntesten ist die Strahlung. Sowohl bei der Kernspaltung als auch bei der Kernfusion (Wasserstoffbombe) wird eine Vielzahl schneller Teilchen emittiert, die umgangssprachlich Kernstrahlung genannt werden. Sie „vergiftet“ biologische Organismen, weil sie die zur Lebenserhaltung notwendigen biochemischen Prozesse be- oder verhindert. Je nach empfangener Dosis sogenannter harter Strahlen stirbt man früher oder später an den direkten oder sekundären Folgen. Das Sterben kann sich qualvoll über Monate und Jahre hinziehen. Darüber hinaus greift es das Erbgut an (DNS), so daß es auch Folgen für die nachfolgenden Generationen haben kann. Unmittelbar, wie die Druckwelle, wirkt die Wärmestrahlung. In der unmittelbaren Umgebung der Explosion wird schlagartig so viel Wärmeenergie frei, daß anorganisches und erst recht organisches Material regelrecht verdampft. Auf Bildern aus Hiroshima und Nagasaki nach den Abwürfen ist zu sehen: Viele Gebäude sind nicht nur zerstört oder pulverisiert, sondern regelrecht verdampft. Auf einigen noch stehenden Wänden sind die Schatten jener Menschen zu erkennen, die bei der Explosion davor gestanden haben. Auch das hat

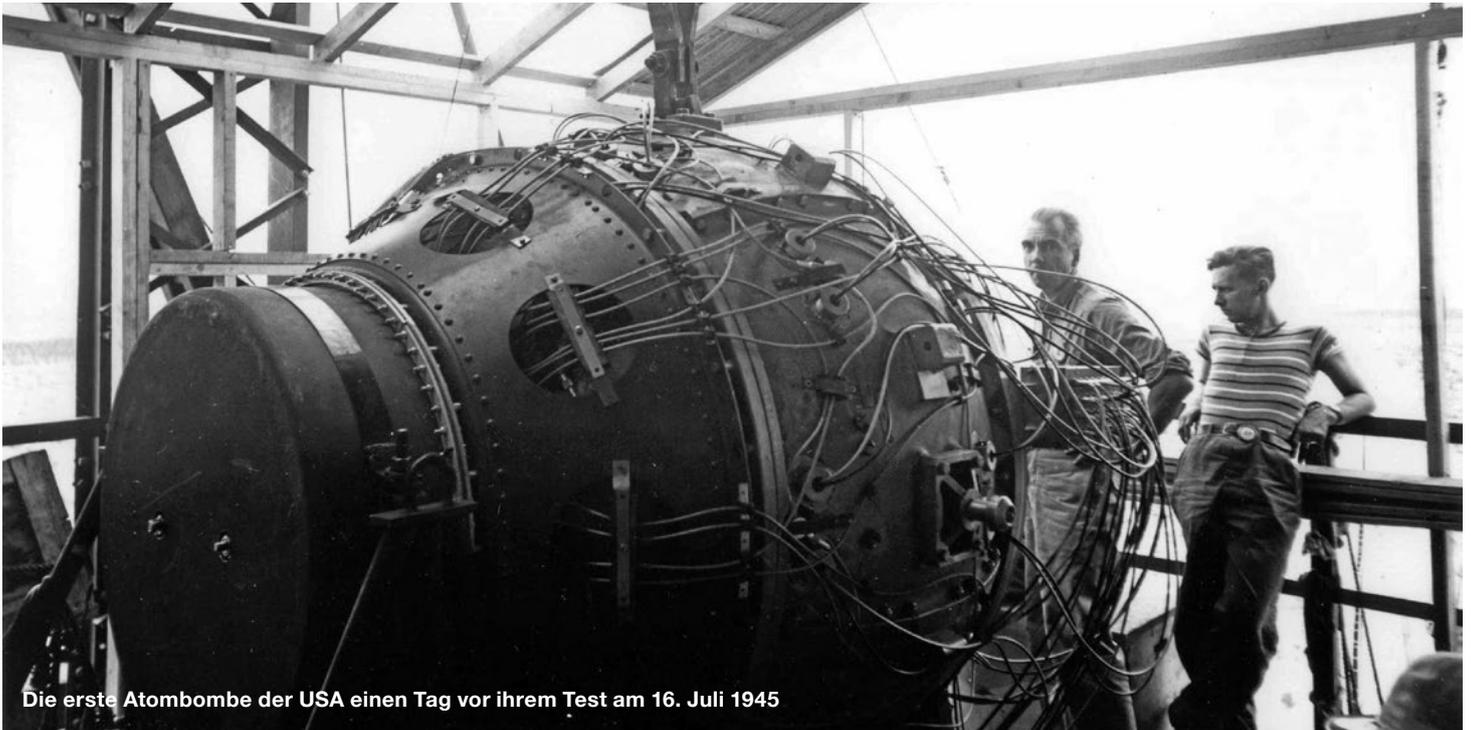
die Bestimmung der Opferzahl so schwierig gemacht, weil von Dutzenden, Hunderten oder Tausenden Menschen nichts mehr übrigblieb.

### Nuklearer Winter

Noch eine Komponente kommt hinzu. Sie ist heute bemerkenswerter als vor 75 Jahren. Bei der Auslösung einer Kernwaffe entsteht ein recht großer elektromagnetischer Impuls. Das hört sich zunächst harmlos an und bereitete jahrelang nur den Militärs Sorgen, denn ihre Kommunikation brach zusammen. Heute würde ein derartiger Impuls im Umkreis (wieder Abhängig von Art und Größe der Explosion) von einigen hundert Metern bis zu einigen Dutzend Kilometern alle elektrischen und elektronischen Geräte, die nicht wie beim Militär entsprechend abgeschirmt sind, zerstören oder lange Zeit funktionsunfähig machen. Und noch etwas kann passieren: Das Stockholmer Institut für internationale Friedensforschung (SIPRI) erforschte seit den 60er und 70er Jahren nicht nur die unmittelbaren, sondern auch die möglichen Langzeitfolgen eines Kernwaffenkrieges. Bereits Anfang der 70er Jahre wurden erste, noch hypothetische Ergebnisse vorgelegt. Auch sowjetische und US-Forscher widmeten sich dieser Frage. Alle kamen in etwa zum gleichen Ergebnis. Kurz zusammengefaßt: Durch die gewaltigen Explosionen werden riesige Mengen von Staub und Dreck in die Atmosphäre geschleudert, die zudem auch noch ionisiert sind. Sie verbreiten sich über die Höhenströmungen um den Erdball und sorgen dafür, daß weniger Wärme und weniger Licht auf der Erdoberfläche ankommen – über Jahre, vielleicht Jahrzehnte. Leben wäre an vielen Stellen der Erde nicht mehr möglich. Vielleicht waren es diese Studien, vielleicht Reste menschlicher Vernunft, die es ermöglichten, ab den 60er Jahren eine Reihe von Verträgen abzuschließen, die die Weiterverbreitung von Atomwaffen verschiedener Art verhindern bzw. ihre Zahl begrenzen sollte. Zuerst wurden die Testexplosionen eingestellt, dann beschränkte man die Zahl der Atomwaffen und schließlich kam es auch zu einer Verringerung. SALT-, START- und andere Verträge wurden geschlossen und bis vor einiger Zeit, auch immer wieder verlängert.

### Auflösung der Verträge

Nach der Auflösung des Warschauer Vertrages 1991 blieben diese Verträge in Kraft. Ganze Waffenarten, wie Atomminen, Atomgranaten, die von der Artillerie verschossen werden können, und auch Mittelstreckenraketen verschwanden aus Mitteleuropa. Der Westen nutzte die frei gewordenen Mittel, um Kriege zu führen, die er bis dahin nicht gewagt hatte, Rußland sollte ökonomisch bedeutungslos gemacht werden. Der Plan ging aber nicht auf. Westeuropa fing an, sich von seinen US-Verbündeten zu lösen, um eigene imperiale Ziele zu verfolgen, Rußland ging nicht in die Knie, sondern wurde wieder zu einem



Die erste Atombombe der USA einen Tag vor ihrem Test am 16. Juli 1945

beachtenswerten Faktor in der Welt. China wird demnächst stärkste Volkswirtschaft der Welt sein – Zeit sich des Atomknüppels zu besinnen.

Zunächst wurde Rußland wie in den 50er Jahren eingekreist. Vor allem rückte die NATO näher an die russischen Grenzen. Rußland verstärkte seine Landesverteidigung und machte gleichzeitig Vorschläge zur weltweiten Abrüstung. Schon 2007 erklärte Präsident Wladimir Putin auf der Münchner Sicherheitskonferenz, sich an alle vereinbarten Verträge auch weiter halten zu wollen und plädierte für eine weltweite nukleare und konventionelle Abrüstung. Das war zwei Jahre, bevor ein US-Präsident etwas ähnliches erwähnte, nichts dafür tat, aber den Friedensnobelpreis erhielt. Mit Rußland wurde anders verfahren. Man beschuldigte es, ständig gegen die Verträge zu verstoßen, deklarierte die russischen Bemühungen, militärische Konflikte auf der Welt zu entschärfen, in aggressive russische Bestrebungen um und ließ keine Gelegenheit aus, Rußland zu provozieren. 2016 bekannten sich die USA wieder zum atomaren Erstschlag. Ab 2017 kündigte Trump einen Vertrag nach dem anderen, darunter der INF-Vertrag von 1987, der verpflichtete, die Mittelstreckenraketen zu verschrotten. Alle russischen Bestrebungen, die Vertragsdauer zu verlängern, stoßen bei der NATO und Trump ins Leere.

### Deutsche Atomwaffen

Heute verfügen USA und Rußland zusammen über rund 13 500 Atomsprengköpfe. Viel Altes wurde „verschrottet“, aber seit etwa 20 Jahren werden erneut Modernisierungsprogramme für Atomwaffen aufgelegt. Denn: Kernwaffen verrotten. Das strahlende Material muß ständig gekühlt, die elektronischen Bauelemente gewartet werden. Außerdem kann man die neuen Atomwaffen sicherer in der Handhabung und zielgenauer in der Wirkung machen. Das kostet sehr viel Geld, also wird ein Bösewicht benötigt – es können auch mehrere sein–,

um die Ausgaben vor der eigenen Bevölkerung zu rechtfertigen.

An dieser Stelle kommt die BRD ins Spiel. Als die USA Ende der 50er Jahre nicht bereit waren, den Westdeutschen Atomwaffen zu geben, einigte man sich auf die schwammige Formel der „atomaren Teilhabe“. Im Klartext heißt das: Auf Bundeswehr-Fliegerhorsten gab und gibt es Bunkeranlagen, in denen US-Atombomben gelagert werden. Sie sollen im Einsatzfall unter bereitstehende deutsche Jagdbomber gehängt werden und von deutschen Piloten mit deutschen Flugzeugen zu russischen Zielorten gebracht werden. Zu diesem Zweck mußte schon aus dem ursprünglich als Jagdflugzeug konzipierten F-104 „Starfighter“ ein deutscher, Atomwaffen tragender F-104G (G für Germany) werden. Die nächste Generation der Atombomber, der „Tornado“, bekam intern den Spitznamen „Ural-Bomber“. Da weiß man, was man hat. Heute haben die „Tornados“ der Luftwaffe bald ihre Grenznutzungsdauer erreicht. Der moderne Eurofighter ist als Atombomber ziemlich ungeeignet. Statt zu erklären, daß ein solcher nicht mehr benötigt wird, soll auf Vorschlag der Bundesverteidigungsministerin ein US-Jagdbombenflugzeug vom Typ F-18 beschafft werden. Am Rand des kleinen Eifelortes Büchel liegt etwa einen Kilometer außerhalb der Luftwaffenstützpunkt des Taktischen Luftwaffengeschwaders 33. Hier ist der letzte deutsche Standort für US-Atombomben, die von deutschen Flugzeugen aus eingesetzt werden können. Otfried Nassauer, ein deutscher Theologe, Journalist und Friedensforscher, der ein exzellenter Kenner der Atomwaffenentwicklungen und Stationierungen war, schrieb vor einigen Jahren dazu folgendes: „Die USA lagern einen Teil ihrer einsatzbereiten Atomwaffen auch heute noch vorgehoben in Europa. Nach Schätzungen von Experten handelt es sich um 150–200 nukleare Bomben der Typen B-61-3 und B-61-4.

Ein hoher Beamter des US-Verteidigungsministeriums sagte 2009 bei der NATO, es gehe um etwa 180 Waffen. Diese Atombomben sind für Aufgaben im Rahmen der NATO vorgesehen und können von Jagdbombern der USA sowie einiger europäischer Länder eingesetzt werden, die sich an der nuklearen Teilhabe der NATO beteiligen. Bei diesen Ländern handelt es sich um Belgien, Deutschland, die Niederlande, Italien und die Türkei. Die Bomben vom Typ B-61 verfügen über relativ moderne Sicherungssysteme und eine variable, einstellbare Sprengkraft von 0,3 bis zu 50 Kilotonnen (Mod. 4) bzw. bis zu 170 Kilotonnen (Mod. 3). Letzteres entspricht mehr als der 13fachen Zerstörungskraft der Hiroshima-Bombe.“ Die erwähnten B-61-Bomben lagern auf dem Luftwaffenstützpunkt Büchel, wahrscheinlich zwanzig davon. Bis 2025 sollen sie auf den Standard B-62-12 einsatzbereit gehalten werden. Insgesamt plant man, fast 500 der ursprünglich über 700 produzierten B-61-Bomben auf diesen Standard umzurüsten.

Der Gedanke, daß Atombomben von deutschen Flugzeugen abgeworfen werden sollen, ist unerträglich. Den führenden deutschen Politikern aber nicht. Mehrfach hätte es die Möglichkeit gegeben, aus der „nuklearen Teilhabe“ auszusteigen, man hätte auf modernisierte Bomben verzichten können, man hätte auf die Beschaffung eines neuen Atomwaffenträgers verzichten können. Der Druck auf die Bundesregierung aber ist zu gering. In Büchel finden sich nur wenige Demonstranten ein, wenn gegen die „deutschen Atombomben“ protestiert wird. Als es gegen die Mittelstreckenraketen ging, waren es Hunderttausende. Dabei ist die Gefahr heute nicht kleiner. Ein deutscher Atombombenstandort ist auch immer ein Ziel. Also, Menschen, empört Euch! Weg mit den Atombomben aus der Bundesrepublik! Keine neuen Atombomber für die Luftwaffe!

Uli Jeschke

# Zu den Beziehungen Rußland–EU

Antwort des russischen Außenministers Sergej Lawrow auf einer  
Pressekonferenz in Moskau am 9. Oktober

Mit den Beziehungen zwischen Rußland und der EU geht es rapide bergab. Wir erleben, wie neben der schon längst bekannten durchaus aggressiven russophoben Minderheit auch seriöse alteuropäische Länder versuchen, sich an die Spitze dieser Bewegung zu stellen. Deutschland nicht ausgenommen. Das bekümmert uns. Doch wir können leider nichts dagegen tun.

Unsere Position ist offen und ehrlich. Über alle diese Jahre haben wir der Europäischen Union gesagt, wir würden nicht verstehen, wieso sie seit 2014 alle Kooperationsmechanismen gegen die Wand fahren würde: Gipfeltreffen, Sitzungen des Ständigen Partnerschaftsrats, über zwei Dutzend Fachdialoge. Das alles machte unsere Tagesordnung aus, bildete die Substanz unserer Zusammenarbeit. Hinzu kamen vier gemeinsame Kooperationsräume, Modernisierungspartnerschaft und vieles andere mehr. Die EU brach diese Beziehungen ab, nachdem Frankreich, Deutschland und Polen im Februar 2014 in der Ukraine vermittelt und Vereinbarungen erwirkt hatten, die vom damaligen Präsidenten Janukowitsch und der Opposition unterzeichnet worden waren. Frankreich, Deutschland und Polen setzten ihre Unterschrift mit unter diese Vereinbarung und warfen somit das ganze Ansehen der EU in die Waagschale. Doch bereits am darauffolgenden Tag mußten sie erleben, wie die Opposition dieses Abkommen in Stücke zerriß und alle Verpflichtungen ignorierte, die die drei europäischen Hauptstädte und somit die EU auf sich geladen hatten. Die EU verurteilte dies mit keinem Wort, unterstützte es sogar. Und das trotz der Tatsache, daß die neue ukrainische Regierung, nachdem sie den verfassungswidrigen Staatstreich ausgeführt hatte, sich gleich zur antirussischen Politik bekannte. Sie erklärte, man müsse die Gesetze mit Garantien für die russische Sprache abschaffen und Russen aus der Krim vertreiben. Das alles wurde von der EU stillschweigend akzeptiert. Aus der eigenen Hilflosigkeit, die Mißhandlung des europäischen Ansehens zu stoppen, führte man gegen uns Sanktionen ein. Und das nur deshalb, weil wir uns für Gerechtigkeit und all jene stark machten, die sich in der Ukraine und auf der Krim weigerten, den verfassungswidrigen Staatstreich zu akzeptieren. Dafür wurden gegen uns Sanktionen erlassen und alle Kooperationskanäle eingefroren.

Wir bekommen Vorwürfe, Drohungen, Mahnungen zu hören, daß am Montag kommender Woche (am 12. Oktober 2020) auf dem EU-Außenministerrat weitere Sanktionen eingeführt werden sollen. Mittlerweile werden Personen aufgezählt, die für die Vergiftung Nawalnys abgestraft werden sollen.

Es wundert uns nicht mehr, daß die EU standrechtlich agiert. Man fordert von uns Aufklärung. Es werden dabei keine Fakten vorgelegt. Mit der Aussage, das sei keine bilaterale, sondern eine internationale Angelegenheit,

verweist uns Deutschland an die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW). Sie hätten alles an die OPCW gemeldet, dort würde man alles wissen. Wir wenden uns an die OPCW. Dort belügt man uns als erstes, man habe kein Ersuchen von Deutschland bekommen. Dann gibt man doch zu, es hat eins gegeben. Über einen ganzen Monat wird es geprüft. Im Endeffekt kommt eine recht lapidare und zurückhaltende Bekanntmachung heraus, der nachgewiesene Stoff würde mit einem gewissen Etwas Ähnlichkeiten aufweisen. „Nowitschok“ wird nicht benannt. Doch dieser Stoff sei nicht gelistet. Auf unsere Frage, ob man erklären kann, was genau gefunden wurde und wo die Untersuchungsergebnisse sind, heißt es, das Ersuchen sei von Deutschland gekommen, deshalb sei der Fall „deutsch“ und wir müßten also, „zu den Deutschen“ gehen. Wir gehen also zu den Deutschen und das Ganze wiederholt sich von vorne an.

Unser Kollege (der dänische Außenminister Jeppe Kofod) hat heute während unserer Gespräche und auch hier noch einmal viel über die gebotene Achtung des Völkerrechts gesprochen. Wir stimmen mit ihm völlig überein. Deutschland setzt sich leider über seine völkerrechtlichen Verpflichtungen hinweg. In Übereinstimmung mit dem Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen wurden von der Generalstaatsanwaltschaft Rußlands vier Rechtshilfeersuchen gestellt. Nach Maßgabe des Übereinkommens sind diese nun zu beantworten. Stattdessen gibt es nur Ausreden und absurde Erklärungen, Rußland solle dieses Verbrechen selbst aufklären. Wir können jedoch einen Fall, zu dem uns keine Fakten vorliegen, nicht aufklären. Unsere Ermittlungsbehörden befragten über 200 Zeugen. Klare Aussagen konnten wir nicht von denen bekommen, die Nawalnys Hotelzimmer in Tomsk nach seinem Check-out gestürmt hatten. Es gibt keine Erklärung, wieso sie Gegenstände mitgenommen hatten, die – soweit ich verstehe – dann klammheimlich nach Deutschland verbracht und nun zu Beweisen für die Vergiftung erklärt wurden. Wenn es sich dabei um Sachbeweise handelt, dann muß man in dieser Frage umso mehr gemeinsam ermitteln. Doch dafür brauchen wir Fakten, die uns die Deutschen ausdrücklich nicht gewähren wollen.

Es wurde von uns ein Kooperationsangebot unterbreitet. Dieses wurde jedoch arrogant ignoriert. Wir machen uns große Sorgen wegen der wiederauflebenden Arroganz in Deutschland. Das ist eine schlechte Entwicklung. Wir hoffen, daß die Stimmen der Vernunft, die in der Bundesrepublik erschallen, sich jedoch durchsetzen und Deutschland sich verantwortungsbewußt verhalten wird.

Wir ersuchten in der Frage offiziell die OPCW. Wenn die OPCW uns nicht zeigen kann, was sie auf die deutsche Anfrage machte, dann wollten wir sie selbst darum ersuchen. Wir haben

OPCW-Experten nach Rußland eingeladen und eine gemeinsame Auseinandersetzung mit uns vorliegenden Fakten angeboten. Wir haben physisch nichts mehr anzubieten. Wir brauchen diese Zusammenarbeit.

Es wundert uns nicht, daß Sanktionen, wie angekündigt, erlassen werden sollen. Ohne Nachweise und vor dem Hintergrund der fehlenden Ergebnisse der Ermittlungen, auf die Deutschland und andere europäische Länder pochen, die wir aber ohne deren Mithilfe nicht durchführen können. Ähnliches haben wir schon erlebt, als sich vor ein paar Jahren die Vergiftung in Salisbury zugetragen hat. Genauso wie Nawalny fühlen sich auch die Skripals wunderbar. Sie sind wohlauf. Jedoch werden sie niemandem gezeigt, Nawalny auch nicht. Sanktionen wurden damals ohne Wahrheitsfindung eingeführt. Die britische Regierung erklärte, daß „highly likely“ (hochwahrscheinlich) es einen ernsthaften Grund zur Annahme gäbe, daß das russische Vertreter gemacht hätten. Unter diesem Vorwand zwangen sie die überwiegende Mehrheit der europäischen Länder dazu, russische Diplomaten vor die Tür zu setzen. Man führte die Amerikaner über die Zahl der aus Europa auszuweisenden russischen Botschaftsangehörigen in die Irre. Erinnern Sie sich noch? Seitdem habe ich mehr als einmal meine europäischen Kollegen vertrauensvoll gefragt (Namen werde ich hier nicht nennen, aber ich hatte mehrere Gespräche dieser Art), ob die Briten ihnen etwas vertrauensvoll und unter Geheimhaltung vorgelegt hätten über das hinaus, was sie nach dem Highly-Likely-Motto erklärten. Man antwortete uns: Nein, es sei nichts vorgelegt worden, man habe jedoch versprochen, die Ermittlungen kurzfristig abzuschließen und Fakten zu übermitteln. Ich nahm mir die Mühe und habe vor einiger Zeit meine Kollegen aus Europa gefragt, ob man in London das Versprochene übermittelt habe. Den Blick zur Erde gesenkt, sagten alle meine Gesprächspartner: „Nein, bislang ist nichts übermittelt worden.“ Ich bin ziemlich sicher, daß es auch in dieser Geschichte der Fall sein wird. In der Geschichte, die mit der Zeit nur weitere Fragen aufwirft, die wir aber eigenständig nicht beantworten können. Die Länder, die uns lautstark Vorwürfe machen und Bestrafung für Verantwortliche fordern, gehen anscheinend davon aus, daß man ihnen als zivilisierten Ländern einfach Glauben schenken muß: Deutschland, Frankreich, Schweden und die ganze EU – und sie glauben uns nicht? Doch ich empfehle niemandem, mit Rußland oder mit jemand anderem so zu reden. Denn es ist regelrechter Größenwahn und komplett fehlender Respekt gegenüber seinen Partnern.

*Dieser Text wurde am 12. Oktober auf der Internetseite der Botschaft der Russischen Föderation in Deutschland veröffentlicht.*

# Solidarisch zusammenstehen

Zu den Corona-Maßnahmen von Bund und Ländern erklärte Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP, am 16. Oktober:

Der Umgang der Regierenden in Bund und Ländern mit der zweiten Welle der Corona-Pandemie läßt sich kurz zusammenfassen. Die Produktion als Quelle des Kapitalprofits muß weiterlaufen; dafür müssen die Werktätigen weiter arbeiten. Mit ihren Ängsten um die Gesundheit werden sie allein gelassen. Schlimmer: Spahns „Wir haben es in der Hand“ suggeriert, sie seien selbst verantwortlich für die zweite Welle und ihre Gefährdung, weil sie nicht auf Kneipengänge und Feierei verzichten könnten. Die Maßnahmen zur Kontaktbeschränkung sind konfus. Sie betreffen meist das Privatleben, die Erholung.

So darf ein Bürger aus Essen an der Ruhr in einigen Bundesländern keine Ferienwohnung mehr nehmen, dafür muß er jeden Morgen in überfüllten Verkehrsmitteln zur Arbeit fahren.

Der Produktionsprozeß bringt die Menschen in Werkhallen, Werkstätten und Büros und auf dem Weg dorthin zwangsläufig in Kontakt und Nähe und damit in Gefahr. Ein Runterfahren findet aber nicht entsprechend der Frage statt, was für die Gesellschaft dringend notwendig ist. Die Produktion wird runtergefahren, wenn es einer Branche nutzt, zum Beispiel um

Überproduktion zu kompensieren. Kurzarbeit und massenhafter Arbeitsplatzabbau werden mit Corona als alternativlos gut verkauft – und mit Geld aus der Kasse der Bundesanstalt für Arbeit gestützt. Geld, das durch die Beiträge und die Mehrwertproduktion der Arbeiter und Angestellten zusammenkommt. Ansonsten wird die Produktion auf Kosten der Gesundheit aufrechterhalten. Die Beschäftigten werden noch nicht einmal dort ausreichend getestet, wo sie am meisten erkranken und gefährdet sind, im Gesundheitswesen. Die Gefahren einer solchen Pandemie kannte man seit 2013.

Nichts wurde getan, um das Gesundheitswesen darauf einzustellen. Im Gegenteil, es wurde weiter privatisiert, die Arbeitsbedingungen wurden weiter verschlechtert, Arbeitsplätze abgebaut. In der ersten Welle wurden die Probleme an fehlender Schutzkleidung und unorganisierter Testung für alle offensichtlich. Aber nach der ersten Welle hat man wiederum nichts getan, um diese Zustände zu ändern. Dafür hat man begonnen, uns an die Bundeswehr im Innern, an ein Notstandsregime zu gewöhnen. Den Teilnehmern der Pressekonferenz, auch Kanzlerin Merkel, merkte man nach der

Konferenz mit den Ministerpräsidenten am 14. Oktober durchaus an, daß ihre Angst vor der Entwicklung der Pandemie real ist. Sie fürchten aber weniger die möglichen Toten und Erkrankten. Sie fürchten die Auswirkungen auf die Wirtschaft. Deutschland soll ja gestärkt aus der Krise hervorgehen.

Das ist die Antwort von Herrschenden im Imperialismus. Dabei gibt es Gegenbeispiele in Kuba, Vietnam und der VR China. Sie alle zeigen, diese Pandemie schreit nicht nur nach gesellschaftlicher Planung und gesellschaftlichem Eigentum.

Sie zeigen, mit gesellschaftlicher Planung und gesellschaftlichem Eigentum ist es möglich, die Pandemie zu bekämpfen ohne die Menschen allein zu lassen. Es lohnt sich, diese Erfahrung beim jetzigen Kampf im öffentlichen Dienst und im öffentlichen Nahverkehr zu berücksichtigen. Die Versuche der Herrschenden, die Pandemie zu benutzen, um Aktionen und Warnstreiks zu diskreditieren oder zu lügen, es sei kein Geld da, müssen zurückgewiesen werden. Vielmehr muß gelten, wenn die Herrschenden uns alleine lassen, müssen wir solidarisch zusammenstehen. So können die Beherrschten gestärkt aus der Krise hervorgehen.

## Vorschlag für den Friedensnobelpreis 2021

Viele historische Fakten stützen die international erhobene Forderung, den Friedensnobelpreis 2021 an das kubanische Ärztekontingent „Henry Reeve“ zu vergeben. Es ist spezialisiert auf Hilfe in Katastrophen und bei schweren Epidemien. Seine erste medizinische Mission absolvierte es 1963 in Algerien, nach dem verheerenden Erdbeben in Pakistan am 8. Oktober 2005 erlebte es neu gegründet seine Feuertaufe.

Die Gruppe war offiziell erst wenige Tage zuvor von Fidel Castro als „Henry Reeve International Contingent of Doctors“ gegründet worden, nachdem der Hurrikan Katrina die Südküste der Vereinigten Staaten getroffen hatte. Das Angebot Kubas, den Opfern zu helfen, wurde jedoch von der US-Regierung abgelehnt.

Seitdem hat das Kontingent Geschichte geschrieben, z. B. mit seinem Beitrag zum Kampf gegen Ebola in Afrika. Dazu gehört auch seine jetzige Auseinandersetzung mit dem Covid-19-Virus in mehreren Ländern.

Erinnert sei an dieser Stelle an andere Meilensteine internationalistischer Hilfe durch die kubanische Medizin. So begann am 29. März 1990 die Behandlung von Kindern, die von dem schweren Unfall im

Kernkraftwerk Tschernobyl in der Ukraine betroffen waren. Nach einer sorgfältigen Ermittlungsarbeit vor Ort kamen damals für drei Monate drei Professoren, zwei davon Leiter hochrangiger medizinischer Institute, in Begleitung der ersten 139 Kinder nach Kuba, die durch die vom havarierten Reaktor ausgehende Strahlung schwer geschädigt waren. Zwischen Kiew und Havanna wurde eine 20 Jahre bestehende Luftbrücke organisiert, über die 26 000 ukrainische Kinder auf die Insel gebracht wurden.

Alle Vergeßlichen sollten daran erinnert werden, daß auch Brasilien Kuba parallel zum Tschernobyl-Programm die Behandlung einer großen Gruppe von Kindern anvertraute, die ebenfalls von einem radioaktiven Unfall betroffen waren und die dank der Professionalität und Erfahrung unserer Ärzte und des medizinischen Personals geheilt werden konnten.

Niemals werde ich die außergewöhnliche Emotion und Bewunderung vergessen, die ich am frühen Morgen des 29. März 1990 empfand, als ich im zweiten Flugzeug die schwersten Fälle geschädigter Kinder von Kiew nach Havanna begleitete und der

Comandante en Jefe Fidel Castro Ruz, der Manager und Leiter der Aktion, mich noch auf dem Rollfeld des Flughafens José Martí anwies: „Gehen Sie nicht zu den ukrainischen Medien und erlauben Sie ukrainischen Journalisten nicht, unser Hauptquartier in Kiew zu besuchen, um Informationen auszukundschaften. Wir tun dies nicht zu Propagandazwecken. Es ist eine Bürgerpflicht, diesen Kindern zu helfen, ihre Gesundheit wiederherzustellen, und Kuba wird alles tun, um das zu erreichen. Sammeln Sie so viele Briefe wie möglich von den Kindern, geben Sie sie ab, wenn Sie sich mit den Verwandten in Kiew treffen, damit diese sich beruhigen und Vertrauen fassen ...“

Nach Argumenten wie denen, die in diesen Beispielen angeführt werden, ist der Friedensnobelpreis, für den heute aus verschiedenen Teilen der Welt das Henry-Reeve-Kontingent vorgeschlagen wird, für die kubanische Medizin als Ganzes verdient, in Anerkennung der internationalistischen Arbeit, die praktisch seit dem Sieg der Revolution in der Welt geleistet wird.

Gestützt auf den Artikel von Sergio López Briel in „Granma“ vom 12. Oktober 2020

# Unblock Cuba!

## Aufruf zur Solidarität gegen die mörderische Blockadepolitik der USA

Jedes Jahr wird anlässlich der UN-Vollversammlung in New York über eine Resolution abgestimmt, welche die Aufhebung der von den USA seit fast 60 Jahren gegen die Insel verhängte Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade fordert. Seit Jahren wird sie von der überwiegenden Mehrheit angenommen, bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen. Am deutlichsten 2016 mit 191:0, als sich selbst die Obama-Administration nicht gegen die Resolution aussprach. Seit Trumps Präsidentschaft hat sich die Situation auch in der UNO verschlechtert. In der letzten Abstimmung von 2019 brachten die USA neben Israel auch Brasilien zu einem Nein sowie Kolumbien und die Ukraine zur Stimmenthaltung, bei einer noch immer überdeutlichen Annahme der Resolution von 187:3.

Die Mitgliedsstaaten der EU, einschließlich BRD und Österreich, sowie die Schweiz votieren seit Jahren gegen die Blockade und verurteilen deren exterritoriale Ausdehnung, die auch europäische Unternehmen und Institutionen trifft. Unbeeindruckt davon verschärfen Trump und seine Hardliner regelmäßig diese völkerrechtswidrige Sanktionspolitik gegen Kuba und andere Länder. Einige konkrete Beispiele:

- Durch die Aktivierung des sogenannten Abschnitts III des Helms-Burton-Gesetzes können US-Bürger vor US-Gerichten auch gegen Unternehmen und Institutionen aus Drittländern klagen, wenn diese kubanisches Eigentum nutzen, das nach der Resolution 1959 enteignet wurde. Das richtet sich de facto gegen alle Kubaner und alle Einrichtungen der Insel. Betroffen sein können Dorfschulen, die auf Flächen errichtet wurden, die einst Großgrundbesitzern gehörten. Oder Hotels, die einst Teil des Imperiums der US-Mafia waren.
- Der Onlinehändler Amazon wurde verklagt, weil er kubanische Holzkohle verkaufte.
- Das US-Tourismusunternehmen Mariott International muß Kuba verlassen.
- Es werden Strafen für Reedereien verhängt, die Erdöl aus Venezuela nach Kuba transportieren; hinzu kommen weitere Maßnahmen, die den Handel zwischen Kuba und Venezuela unterbinden sollen.

Im wichtigen Finanzsektor kommt es zu weiteren Eskalationen:

- Geldsendungen nach Kuba sind mit Western Union nicht mehr möglich.
- Diverse europäische Geldinstitute lassen die Hände vom Geschäft mit Kuba. Schon seit Jahren halten sich in der Schweiz die Großbanken UBS und Crédit Suisse mehr an US-Order als an die nationale Gesetzgebung und tragen die Blockade voll mit. Neuerdings erreicht der erpresserische Druck des US-Imperiums sogar Geldinstitute, die man unter staatlicher Aufsicht wähnt: Kantonalkassen verweigern schweiz-landesinterne Zahlungsaufträge, sobald „Kuba“ im System auftaucht; Begründung: „Die Abwicklung von Zahlungen mit Bezug zu Kuba sind aufgrund des US-Sanktionsregimes größtenteils nicht mehr möglich. Der Konzern hat sich deshalb entschieden, keine Zahlungen mit Bezug zu Kuba mehr auszuführen.“

Diese Blockadepolitik hat immer dramatischere Folgen für die Bevölkerung in Kuba: Geldüberweisungen von Familienangehörigen werden verunmöglicht, auswärtige Unterstützung für Gesundheitsprojekte wird verhindert, wichtige Medikamente können nur auf Umwegen und überteuert importiert werden, das Transportwesen muß massiv eingeschränkt werden. Die schon 1960 (!) verkündete böse Absicht hinter der US-Politik wird immer klarer sichtbar: „... durch wirtschaftliche Unzufriedenheit und Not das Wirtschaftsleben schwächen, indem Kuba Geld und Lieferungen verwehrt werden, mit dem Ziel, die Nominal- und Real-löhne zu reduzieren, Hunger, Verzweiflung und den Sturz der Regierung zu bewirken“. Der Gipfel der moralischen Verelendung des gegenwärtigen US-Regimes zeigt sich mit der Corona-Pandemie: Trotz der eigenen Probleme schickt Kuba 3 000 medizinische Mitarbeitende in 28 (auch europäische) Länder, um bei der Bekämpfung der Covid-19-Pandemie mitzuhelfen. Wie reagiert man in Washington? Außenminister und Ex-CIA-Direktor Michael Pompeo bezeichnet dies als „Menschenhandel“, worauf republikanische Hardliner im US-Kongreß eine Gesetzesvorlage einreichen, mit der

Druck auf Länder ausgeübt werden soll, die kubanisches Medizinpersonal ins Land geholt haben.

Die europäischen Regierungen belassen es derweil bei wohlfeilen Worten oder hüllen sich in Schweigen und werden in keiner Weise aktiv gegen die US-Blockade und ihre verheerenden Auswirkungen für Kuba. Wir fordern, daß dem Votum gegen die Blockade bei der 29. Auflage der Resolution in der 75. UN-Vollversammlung endlich auch konkrete Taten folgen: Der Kriechgang in Europa vor völkerrechtsverletzendem USA-Faustrecht darf nicht länger geduldet werden! Schluß mit den Aggressionen gegen souveräne Staaten in Lateinamerika und anderswo.

Wir rufen deshalb im Vorfeld der nächsten UN-Abstimmung, die auf Mai 2021 verschoben wurde, zu einer großen Solidaritätsaktion für Kuba und gegen die Blockade auf! Gemeinsam wollen wir – Kuba-Solidaritätsgruppen, fortschrittliche Organisationen und Medien aus der BRD, Österreich, der Schweiz, Schweden, Dänemark, Finnland, Großbritannien, Spanien, Frankreich, Tschechien, Slowenien und weiteren europäischen Ländern – die Aufmerksamkeit auf die von Washington betriebene Eskalation lenken, um die US-Administration und deren europäische Zudiener unter Druck zu setzen. Mit Großplakaten, Radiospots, Werbung in Zeitungen und Social-Media-Kanälen, Veranstaltungen und Kundgebungen konzentriert in den Hauptstädten unserer Länder wollen wir das Totschweigen der Blockade seitens der dominierenden Medien durchbrechen und unübersehbar auf die Folgen solch verbrecherischer Politik aufmerksam machen.

Informiert Euch und werdet aktiv!

Unterstützt die europaweite Solidaritätsaktion durch Geldspenden!

Sprecht mit weiteren Organisationen, aber auch mit Bekannten, mit Verwandten, mit Freundinnen und Freunden über die Verschärfung der Blockade und die Unterstützung der Soli-Aktion.

Weitere Informationen auf der Internetseite [www.unblock-cuba.org](http://www.unblock-cuba.org)

## Absage der Mitgliederversammlung

### Liebe Mitglieder des „RotFuchs“-Fördervereins e.V.,

auf Grund des starken Anstiegs der Infektionszahlen wurde Berlin zum Corona-Risikogebiet erklärt.

Die damit eingetretene Situation zwingt uns, die für den 17. November 2020 einberufene Mitgliederversammlung unseres Fördervereins abzusagen. Der gewählte Vorstand bleibt solange im Amt, bis die Versammlung durchgeführt werden kann.

Eine Besonderheit besteht darin, daß **Genosse Jürgen Thiele**, der langjährige Kassierer unseres Vereins, aus gesundheitlichen Gründen ausgeschieden und die Neuwahl eines Nachfolgers zwingend geboten ist.

Für die Funktion des Vereinsschatzmeisters kandidiert **Genosse Jürgen Claußner**, geboren 1956, aus Berlin.

Wir bitten Euch, dem Vorschlag des Vorstandes, Jürgen Claußner zu wählen, die Zustimmung zu geben.

Per Mail an: [wdockhorn@t-online.de](mailto:wdockhorn@t-online.de)  
 Per Post an: RotFuchs, Postfach 02 12 19, 10123 Berlin  
 Tel.: 030 / 241 26 73 /Anrufbeantworter  
 oder: Mitteilung an Regionalgruppenvorsitzende

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Arnold Schölzel

Wolfgang Dockhorn

# Die Desinformation durchbrechen

Cubainformación ist zum wichtigsten Medium der Solidaritätsbewegung mit Kuba geworden

Kuba unterliegt seit 60 Jahren nicht nur der von den USA verhängten längsten Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade der Geschichte, sondern ist ebenso lange auch das Opfer von Desinformationskampfa-

„Trotz Invasion, Terror, Blockade und Medienkrieg hat das Land sich nicht ergeben und dem Kapital ausgeliefert. Da die Realität die Sympathien für das kubanische Gesellschaftssystem noch steigern würde, wird

sie verschwiegen, lächerlich gemacht oder durch Verleumdungskampagnen ersetzt. Medien wie Cubainformación sind deshalb wichtig, damit die Leser, Hörer und Zuschauer sich ein eigenes Bild über die Fakten machen können“, begründet Manzaneda das Engagement der ehrenamtlichen Kernredaktion im Baskenland, die mittlerweile über die Grenzen Spaniens hinaus viele Unterstützer gefunden hat. Eigene Korrespondenten in Europa und Lateinamerika sowie zahlreiche Autoren und Übersetzer aus

die Mittel zur Desinformation über Kuba laufend um weitere Millionenbeträge aufstockt und der aus Steuermitteln finanzierte staatliche Auslandssender „Deutsche Welle“ zum Beispiel der Systemgegnerin Yoani Sánchez weiterhin gleich zwei ständige Sendeplätze für verzerrende Fake-Beiträge über den Alltag des sozialistischen Landes zur Verfügung stellt, ist das wichtige alternative Informationsmedium in seiner Existenz bedroht. Mit Beginn des Jahres 2020 hat die Regierung der Autonomen Gemeinschaft Baskenland eine bis dahin gewährte Förderung eingestellt. Die Redaktion in Bilbao richtete deshalb einen Hilferuf an die Solidaritätsbewegungen in Europa. Mehrere Solidaritätsorganisationen, darunter die „Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba“, „Cuba Sí“, das „Netzwerk Cuba“ und andere bitten ihre Mitglieder in der BRD deshalb, das Projekt zu unterstützen.

Seit einigen Jahren bietet „Cubainformación“ einen Teil seiner audiovisuellen Beiträge auch mit Untertiteln in deutscher Sprache an. Die Kurzvideos mit aktuellen Informationen aus und über Kuba eignen sich als aktuelle Informationsquelle für Interessierte, können aber auch von Solidaritätsorganisationen für ihre Informationsarbeit eingesetzt werden. Zum 50. Tag des Mordes an Che Guevara war der erste Beitrag am 9. Oktober 2017 mit deutschen Untertiteln Online gestellt worden. „Wir freuen uns, daß wir im zehnten Jahr unseres Bestehens einen Teil unserer Arbeit jetzt auch den deutschsprachigen Kuba-Interessierten anbieten können“, sagte Koordinator José Manzaneda damals. Mittlerweile bietet das Portal dutzende Videos mit deutschen Untertiteln zu unterschiedlichsten Themen an (<http://www.cubainformacion.tv/>).

**Volker Hermsdorf**  
Hamburg



Koordinator José Manzaneda

gen. Seit dem 1. Mai 2007 verbreitet das alternative Medienprojekt „Cubainformación“ deshalb Nachrichten, Analysen, Hintergründe und Kommentare über die sozialistische Inselrepublik, die eine professionelle Alternative zu den oft einseitigen Informationen der privaten und staatlichen Massenmedien bieten.

verschiedenen Ländern steuern exklusive Beiträge bei.

Bereits vor fünf Jahren erklärte der kubanische Journalist Iroel Sánchez in einem Interview der Tageszeitung „junge Welt“: „Seit den 90er Jahren haben sich viele Menschen für eine materielle Unterstützung Kubas eingesetzt, was für uns wichtig war und ist.

Heute ist aber der Kampf gegen die Desinformation und die Manipulationen der großen Medien ebenso wichtig. Darauf sollten die Aktivisten in den Solidaritätsgruppen ihren Schwerpunkt legen.“ Auf einem „Antiimperialistischen Solidaritätstreffen für Demokratie und gegen Neoliberalismus“, das mit 1 332 Vertretern von 789 Organisationen aus 86 Ländern vom 1. bis 3. November 2019 in Havanna stattfand, konkretisierten die Teilnehmer diesen Ansatz. Sie verabschiedeten einen Aktionsplan, der den Solidaritätsbewegungen, die „Entwicklung einer ge-

meinsamen Kommunikationsstrategie“ vorschlägt. Außerdem verständigten sich die Delegierten darauf, „daß Cubainformación, als Gegengewicht zu den Medienkampagnen der Desinformation und der Verzerrung der kubanischen Realität, zu dem bedeutendsten alternativen Medium im Dienst der Solidaritätsbewegung mit Kuba wird.“

Ende vergangenen Jahres geriet das Medienprojekt in Gefahr. Während die US-Regierung



Interview für „Cubainformación“

In einem kleinen Studio und Redaktionsbüro in Bilbao werden täglich Videos und Artikel produziert sowie aktuelle Meldungen aus Kuba veröffentlicht. „Kuba ist ein politisches Symbol, dessen Gefährlichkeit darin besteht, daß es seit fast 60 Jahren als Alternative zum kapitalistischen System überlebt hat und damit für viele Menschen in der Welt zum Vorbild geworden ist“, erklärt José Manzaneda, der Koordinator des Projekts.

Am 17. November begeht

## Prof. Dr. Eike Kopf

aus Erfurt seinen 80. Geburtstag. Viele Jahre wirkte er in Beijing an der zweiten chinesischen Ausgabe der Werke von Karl Marx und Friedrich Engels, die auf der Grundlage der Marx-Engels-Gesamtausgabe entstand, mit. Er gehörte zu den Genossen, die das Fundament des „RotFuchs“ gelegt haben. Wir gratulieren unserem Mitstreiter von ganzem Herzen zu seinem Ehrentag, danken für seine herausragenden Beiträge in unserer Zeitschrift und für die Unterstützung unserer Arbeit.

## Den Realitäten ins Auge schauen

Dies sollte vor allem für Politiker eine wesentliche Voraussetzung für richtige und damit auch realistische Haltungen und Entscheidungen sein. Erst recht gilt diese Anforderung für alle Linken.

Der Frieden ist heute mehr denn je bedroht – durch eine Vielzahl bewaffneter Konflikte, Hochrüstung, Volksverhetzung und einen fortgesetzten Kalten Krieg. Leben und Gesundheit der Menschen sind durch Krieg und die Corona-Krise größten Gefahren ausgesetzt. Wir erleben einen zivilisatorischen Rückschlag in der Entwicklung der Menschheit. Sowohl auf internationaler wie auch nationaler Ebene sind wir mit einem zunehmenden Rechtsruck konfrontiert. Die damit verbundenen Gefahren gehen vor allem von der Politik der USA und ihrer NATO-Verbündeten aus. Die hauptverantwortlichen Fadenzieher sitzen jedoch in den Finanzkonzernen.

Weit nach rechts, bis hin zur Herausbildung faschistischer Strukturen, hat sich in Deutschland die politische Achse der Gesellschaft verschoben. Maßgebliche Akteure der sogenannten Mitte haben die rechten Kräfte salonfähig gemacht. Es stellt sich somit die Frage: Sollen die rückständigsten Parolen, Morde, Gewaltdrohungen, Russophobie usw. zum Alltag einer sich polarisierenden deutschen Gesellschaft werden? Sollen Medien mit ihrer Hetzpropaganda weiterhin außerhalb einer wirksamen gesellschaftlichen Kontrolle bleiben? Wenn man all dies erkennen will, dann weiß man doch wohl, daß es nicht in erster Linie um eine Regierungsfähigkeit der Linken geht. Vielmehr geht es doch um ihre, um es ganz deutlich zu sagen, klassenkämpferische Identität, um ihre Glaubwürdigkeit als Interessenvertreter aller lohnabhängigen und armen Schichten.

Und wenn all diese Gefahren erkannt sind, kommt es darauf an, deren systembedingte Ursachen aufzudecken. Man kommt also damit an den Gebrechen des kapitaldominierten Systems ebenso wenig vorbei wie an den Folgen einer US-hegemonialen Globalisierung. Darüber hinaus kommt es aber vor allem auf den Widerstand gegen diese Gefahren und deren Verursacher an – und zwar in breiter Front, ohne sektiererische Engstirnigkeit. Und damit sind wir folgerichtig bei offensiver Aufklärung. Aufstehen statt anpassen! Und schließlich die alles entscheidende Frage. Die Linke ist eine Friedenspartei, die einzige dieser Art im Bundestag. Sie hat auch wegen ihrer Glaubwürdigkeit in einer Koalitionsregierung mit Kriegsparteien nichts zu suchen.

**Bruno Mahlow**  
Berlin

## Ehrung für einen Widerstandskämpfer

*Am 13. Oktober wurde in Bremen-Vegesack vor dem Haus, in dem der Kommunist, antifaschistische Widerstandskämpfer und Gewerkschafter Karl Wastl bis 1963 lebte, ein „Stolperstein“ verlegt. Angeregt hatte das die Initiative „Nordbremer Bürger gegen den Krieg“. Mehr als 50 Menschen nahmen an der Verlegung teil.*

Bremen-Blumenthal inhaftiert. Von dort brachte man ihn zusammen mit 45 bis 50 anderen Häftlingen am 24. August 1933 in das KZ-Esterwegen, Lager III. Nach seiner Entlassung am 22. Dezember 1933 wurde die Situation in Bremen-Nord für ihn und seine Frau Sophie unerträglich, so daß sie zu Verwandten nach Hermannsburg in der Lüneburger Heide zogen.

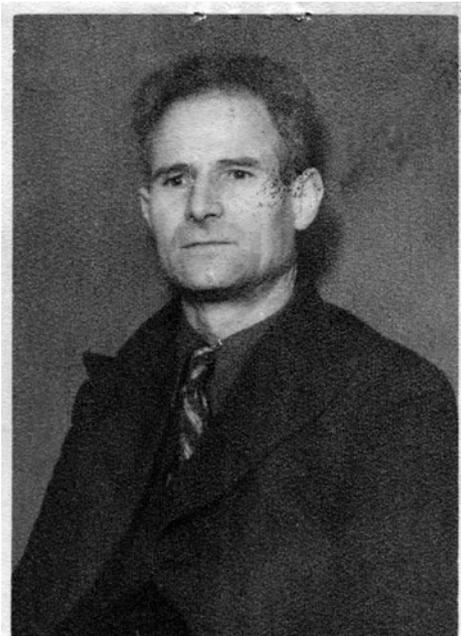
Am 1. November 1936 trat Wastl in die Deutsche Arbeitsfront ein und leistete dort im Auftrag der KPD Oppositionsarbeit. Am 1. September 1939 wurde er erneut verhaftet und ins Konzentrationslager Sachsenhausen gebracht. Dort beteiligte er sich an der Solidaritätsaktion „Rote Kuhle“, die von der illegalen Lagerleitung für hungernde sowjetischen Kriegsgefangene organisiert worden war. Zusammen mit 149 anderen politischen Häftlingen, die man wegen Widerstandsaktivitäten verdächtigte, hat man ihn am 11. August 1944 in eine Isolierbaracke gebracht.

In den Abendstunden des 11. Oktober 1944 wurden 27 dieser Häftlinge – fast alle Kommunisten – erschossen. 103 Häftlinge, darunter auch Karl Wastl, wurden ins KZ Mauthausen deportiert, wo er vom 20. Oktober 1944 bis zur Befreiung durch die US-Armee am 5. Mai 1945 inhaftiert war. Am 30. Mai 1945 durfte er Mauthausen verlassen. Sofort nach seiner Genesung kehrte er nach Bremen zurück, wo er sich am Aufbau der Gewerkschaften beteiligte. Im November 1945 wurde er hauptamtlicher Gewerkschaftssekretär der IG Metall in Bremen-Nord. In dieser Funktion versuchte er, die Selbständigkeit der IG-Metall-Zahlstelle im Stadtteil Vegesack zu erreichen, scheiterte aber am massiven Widerstand der Bremer

Gewerkschaftsführung. Neun Jahre blieb Wastl Gewerkschaftssekretär der IG Metall, bevor er mit 65 Jahren am 1. November 1954 aus Altersgründen aus seiner Funktion ausschied. Er starb im Alter von 74 Jahren am 7. März 1963 in einem Krankenhaus in Löhnhorst. Der Entschädigungsantrag für seine Verfolgungen und KZ-Inhaftierungen durch die Nazis wurde erst 17 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus, 1962, ein Jahr vor seinem Tod, anerkannt. Seine Ehefrau Sophie, selbst Widerstandskämpferin, verstarb sieben Jahre später.

Eine Gedenktafel mit einem Porträt Karl Wastls erinnert am alten Gewerkschaftshaus in Vegesack an den mutigen Widerstandskämpfer gegen die Nazibarbarei.

**Gerd-Rolf Rosenberger**  
Bremen-Nord



**Karl Wastl (1889–1963)**

Der Vertrauensmann, Betriebsrat und Gewerkschafter der Nordbremer „Vulkan“-Werft, Karl Wastl, geboren am 26. Januar 1889 im bayerischen Dorfen, wurde am 2. April 1933 von der Gestapo verhaftet und wegen Hochverratsverdacht fast fünf Monate im Untersuchungsgefängnis

### WAHLBEGLEITUNG

Trump heißt Trumpf, und den möchte Donald nutzen.  
Laßt uns dies mit der Zweitbedeutung stutzen:  
Trump heißt auch schlicht: Erdichten und erfinden,  
Und trifft ins Volle, mit all seinen Sünden.

Sprücheklopfer, Unruhmacher,  
Zampano der USA,  
Weltgefährder, Widersacher,  
Grüßt die Welt aus Florida.

**Lutz Jahoda, Spätherbst 2020**

# Die Glückskinder

Am 3. Oktober gab es Erbauliches vom Bundespräsidenten

Die Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland zogen mit Corona-Masken in die Metropolitshalle am Filmpark Babelsberg ein, um den 30. Jahrestag der „deutschen Einheit“ zu feiern. Vorher holten sie sich den Segen in einem ökumenischen Gottesdienst in der Kirche St. Peter und Paul in Potsdam ab. Wegen der Corona-Auflagen wurde das Einheitsfest als „Einheits-Expo“ auf dreißig Tage erstreckt.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier rief dazu auf, sich kritisch mit dem Vereinigungsprozeß auseinanderzusetzen: „Dazu gehört auch, daß wir offen über Fehler und Ungerechtigkeiten sprechen

... Der Umbruch traf die Menschen im Osten unseres Landes ungleich härter als die im Westen ... Und er hinterläßt bis heute Spuren, trotz aller großen Fortschritte.“ Nun wird in einer Festrede nicht über Fehler und Ungerechtigkeiten gesprochen. Herr Steinmeier kennt sie, er hat sie zum Teil mitbeschlossen: Währungsunion, Treuhandanstalt und Vernichtung des Volkseigentums, Gauck-Behörde und Enquetekommission, Abwicklung der Kultur- und Wissenschaftskapazitäten, Verteufelung des Personals der Parteien und Massenorganisationen, des Staates und seiner Organe, der Direktoren der Betriebe und Vorsitzenden von LPG. Bis in die Gegenwart sind die „Stasi“-Jäger auf Tour, um Menschen zu brechen und ins Abseits zu stellen. Ungezählte begingen daraufhin Selbstmord. Am 23. September 1991 stellte der damalige Bundesminister für Justiz Klaus Kinkel auf dem 15. Richtertag seinen Richtern die Aufgabe, „das SED-Regime zu delegitimieren“. Die Regierung Kohl erhob eine Einheitssteuer, die sie trügerisch Solidaritätszuschlag nannte. Noch heute läßt man Westdeutsche in dem Irrglauben, daß nur sie diese Steuer als „Solidarität für den Osten“ bezahlen.

In seiner Rede lieferte Herr Steinmeier Musterbeispiele dafür, wie er sich die kritische Auseinandersetzung vorstellt: „Wir leben heute in dem besten Deutschland, das es jemals gegeben hat.“ Die Deutschen seien „Glückskinder in der Mitte Europas“. Millionen Ausgrenzte und Benachteiligte der „deutschen Einheit“ in Ost und West sind also Glückskinder in der Mitte Europas. Das „beste Deutschland, das es jemals gegeben hat“, zieht wieder in den Krieg. Es schmiedet Schwerter statt Pflugscharen und gehört zu den größten Waffenausporturen auf dem Globus. Die Bundesrepublik macht mit, wenn Völker bestraft werden, die eine Alternative

zum ungezügelt Kapitalismus aufbauen wollen. „Freiheit“ und „Demokratie“ sind die beliebtesten nichtmateriellen Exportgüter deutscher Politik. Dort, wohin sie geliefert wurden, zogen Chaos und Elend ein.

„Liberté, Égalité, Fraternité“ stand auf den Spruchbändern der französischen Revolution, ohne Komma, die wurden erst später eingesetzt, als es dem Bürgertum nur noch

Unterdrückern und Unterdrückten, Eigentümern an Produktionsmitteln und besitzlosen Arbeitenden. Man muß den Marxismus-Leninismus nicht studiert haben, um das zu erkennen. Die Geschichte und das Leben schreiben die Lektion.

Die Nichtaufarbeitung des deutschen Faschismus und das Verbot der Kommunistischen Partei Deutschland hatten verheerende Folgen. Sie erfuhren mit der „Delegitimierung“ der DDR eine schlimme Ergänzung. Kanzler Kohl prophezeite den Ostdeutschen blühende Landschaften. Aber in den ostdeutschen Landschaften erschienen andere Blüten. Neofaschismus und Neonazismus fielen bei Orientierungslosen auf fruchtbaren Boden. Rostock und Hoyerswerda waren keine neofaschistischen Stecklinge des Ostens. Politik und Medien hatten sofort neue Lügen parat: Den Ostdeutschen mangle es an Erfahrungen im Umgang mit Ausländern, was Schuld der Diktatur sei. Haß auf Juden und Ausländer, rechter und linker Terror, Neofaschismus und Neonazismus waren in der Bundesrepublik zu Hause, als die Deutsche Demokratische Republik beigetreten wurde. Sie prahlen mit ihren Werten und wundern sich, wenn es Leute gibt, die diese schlimmen „Werte“ aufnehmen.

Wenn mit der Lügerei und Augenwischerei Schluß sein sollte, dann müßte das Märchen von der Einheit Deutschlands beendet werden. Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, das am 3. Oktober 1990 gültig war, heißt es am Ende: „Dieses Grundgesetz verliert eine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen wurde.“ Bis zum heutigen Tag trat keine solche Verfassung in Kraft. Den meisten Ostdeutschen war das egal. Sie interessierten sich weniger für eine Verfassung des vereinten Deutschlands, sie wollten die D-Mark. Und die meisten Westdeutschen wollten, daß die Bundesrepublik so bleibt, wie sie war. Das paßte den westdeutschen Herrschaften. Der Artikel 23 des Grundgesetzes (GG) lautete: „Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiet der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden, und Württemberg-Hohenzollern.“ Sie setzten im Mai 1989 hinzu: „In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.“



„Das beste Deutschland“: Aktionstag gegen Waffenhandel 2013

um Freiheit ging. Maximalprofit wird nur erzielt, wenn sich das Kapital frei entfalten kann. Es entfaltet sich nicht gerecht und schon gar nicht brüderlich. „Solidarität ist keine Kategorie des Kapitals“, sagte der bekannte Befreiungstheologe Leonardo Boff. Die Ostdeutschen haben die trügerischen Sprüche der westdeutschen Freibeuter nicht sofort erkannt. Auch nicht, als sie im Tunnel standen und der neuen Lüge aufsaßen, daß am Ende Licht zu sehen sei. Die Wirklichkeit hat sie längst überholt. Anfangs vertrauten die Ostdeutschen den „demokratischen Sozialisten“. Aber dann verabschiedeten sich deren Vordenker und Wortführer (weibliche eingeschlossen) von den sozialistischen Idealen, von der Alternative zur Barbarei.

Im „besten Deutschland, das es jemals gegeben hat“, fühlen sich Millionen Deutsche in Ost und West als Menschen zweiter Klasse. Politik und Medien reduzieren diese zweite Klasse nur auf die Ostdeutschen. Sie machen das an den Lohnunterschieden fest. Klassen unterscheiden sich nach arm und reich, oben und unten, Ausbeutern und Ausgebeuteten,

beendet werden. Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, das am 3. Oktober 1990 gültig war, heißt es am Ende: „Dieses Grundgesetz verliert eine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen wurde.“

Bis zum heutigen Tag trat keine solche Verfassung in Kraft. Den meisten Ostdeutschen war das egal. Sie interessierten sich weniger für eine Verfassung des vereinten Deutschlands, sie wollten die D-Mark. Und die meisten Westdeutschen wollten, daß die Bundesrepublik so bleibt, wie sie war. Das paßte den westdeutschen Herrschaften. Der Artikel 23 des Grundgesetzes (GG) lautete: „Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiet der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden, und Württemberg-Hohenzollern.“ Sie setzten im Mai 1989 hinzu: „In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.“

Im Einheitsvertrag wurde der 3. Oktober als Tag der Deutschen Einheit zum gesetzlichen Feiertag in Deutschland bestimmt. Als deutscher Nationalfeiertag soll er an die deutsche Wiedervereinigung erinnern, die „mit dem Wirksamwerden des Beitritts der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland ... am 3. Oktober 1990 vollendet“ wurde. Dem Artikel 23 des GG wurden die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zugefügt, Groß-Berlin in „Berlin in seiner Gesamtheit“ umgeschrieben.

Die Politologen streiten sich: Traten die neuen Bundesländer der alten Bundesrepublik bei oder annektierte die alte Bundesrepublik die neuen Länder? Annexion könnte passen: Unter den 200 deutschen Botschaftern und den 500 Generälen gibt es keinen einzigen Ostdeutschen. Von 84 Universitäten und Hochschulen in Deutschland wird nicht eine von Ostdeutschen geleitet. In den ostdeutschen Landeshauptstädten kommen 90 Prozent aller Staatssekretäre und Abteilungsleiter aus dem Westen, fast 100 Prozent sind es in Brandenburg. Nicht ein einziger Ostdeutscher ist in den Alt-Bundesländern

Staatssekretär, Hauptabteilungsleiter, Minister. Die fünf Oberlandesgerichte im Osten sind mit Altbundesdeutschen besetzt. Westdominanz herrscht auch an den Spitzen der Ostfilialen von Banken und Versicherungen, Redaktionen von Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehsendern, Immobilien- und Vermögensgesellschaften, Klubs und Vereinen des Profisports. In den Tagen der Währungsunion und danach stürmten Heerscharen von Steuer-, Unternehmens- und Vermögensberatern, Immobilienmaklern, Händlern und Rechtsanwältinnen, aber auch Glücksritter und Spekulanten die DDR. Viele zogen sich wieder zurück, aber noch mehr blieben.

Auf den Verhandlungstisch der „deutschen Einheit“ hätte die Frage nach der Paktgebundenheit beider deutschen Staaten gehört. Im Fall der DDR wurde sie beantwortet. Der Warschauer Vertrag löste sich auf, die DDR war entlassen. Die Zustimmung der US-Amerikaner, Briten und Franzosen für die „deutsche Einheit“ wäre mit dem Austritt der Bundesrepublik aus der NATO nicht zu haben gewesen. Frei sollte das vereinte Deutschland werden und einen Friedensvertrag erhalten. Es blieb und bleibt besetzt und abhängig von den USA.

Vor dem Tag der „deutschen Einheit“ legte die Bundesgesellschaft für Endlagerung von Atommüll den Bundesbürgern ein Ei ins Nest. Bis 2031 soll entschieden werden, an welchem Ort der Atommüll ab 2050 für eine Million Jahre begraben werden soll. Neunzig Gebiete stuft die Bundesgesellschaft als günstig ein. Gorleben ist nicht mehr darunter. Die Regierung der alten Bundesrepublik hatte sich vor vielen Jahren auch deshalb für das niedersächsische Dorf entschieden, weil es am weitesten im Osten, an der Grenze zur DDR lag. Unter den neunzig Gebieten sind auch welche, die weit im Osten, an der Grenze zu Polen liegen. Zwischen 1962 und 1982 wurden an 26 Orten der beiden deutschen Staaten Atomkraftwerke in Betrieb genommen, an 24 in der BRD und an zwei in der DDR. Im 30. Beitrittsjahr sind noch an zwölf Orten Atomkraftwerke in Betrieb, alle in den alten Bundesländern. Es könnte ein neues Beispiel deutscher Einheitspolitik werden: Der Westen hat die Atomkraftwerke und macht Kohle, der Osten den Atommüll und strahlt.

**Wolfgang Herrmann**  
Dreesch

## Konkurrenz statt „Globalisierung“

Die Weltsituation ist durch Chaos gekennzeichnet

**G**lobalisierung und Neoliberalismus entwickelten sich in den 80er Jahren und waren gekennzeichnet durch die Befreiung der Unternehmen von gesetzlichen und nationalen Schranken. Privatisierung, Deregulierung, Liberalisierung und schlanker Staat hießen die Schlagwörter. Das Ende der sozialistischen Staatengemeinschaft in Europa beschleunigte diesen Prozeß. Der Markt allein sollte alles richten. Davon ist 30 Jahre später keine Rede mehr. Finanz- und Überproduktionskrise verursachten das Scheitern dieser Konzepte. Die Corona-Pandemie verstärkt diese Krise, verschleiert aber gleichzeitig den Blick auf die ökonomischen Fakten und deren Verursacher. Heute muß der Staat durch Kredite und Schulden dafür sorgen, daß der Finanzkreislauf einigermaßen am Laufen bleibt und keine allgemeine Zahlungskrise eintritt. So werden Milliarden in neue Wachstumsfelder investiert – in Digitalisierung, Elektroautos, Computerclouds und Nachhaltigkeit.

Statt Vorantreiben der Globalisierung wird der Weltmarkt über Sanktionen, Zölle, Handelsschranken und Handelskriegen eingeschränkt, um die eigenen Unternehmen vor der Konkurrenz zu schützen und ihnen Investitionsmöglichkeiten zu verschaffen. Bei den internationalen Auseinandersetzungen geht es um die Konkurrenz der Weltwirtschaftsmächte beim Kampf um Märkte, Macht

und Einfluß – klassische Kriegsursachen. Das gegenwärtige internationale Chaos, das größte Gefahren birgt, ist die Folge.

Die stetig wachsende Wirtschaftskraft Chinas schränkt die Möglichkeiten der USA immer stärker ein. Daher der erbitterte Kampf der



**China hat nun auch die größte Flotte von Containerschiffen in der Welt**

USA gegen China. Donald Trump vertritt die Kräfte der US-Elite, die den Wirtschaftskrieg bevorzugen, da die militärischen Abenteuer und Exporte den USA zwar im Rüstungsreich enorme Gewinne brachten, ihre Gesamtwirtschaft aber schwächten.

Wirtschaftlicher Konkurrent der USA ist auch die EU unter der Dominanz Deutschlands. Sie gilt zwar als deren Vasall, hat

aber genau wie China gegenüber den USA eine große positive Außenhandelsbilanz. So gehört es zum Streben der USA, die Beziehungen zwischen Deutschland, Europa und Rußland massiv zu stören, um die EU wirtschaftlich zu schwächen und den eigenen Absatz zu verbessern. Dabei ist „Nord Stream 2“ nur eines der größten Projekte.

Da sich die Europäische Union gegen die USA nicht durchsetzen kann, glaubt man stark genug zu sein, Rußland in die Enge treiben zu können. Sanktionen und politische Aktivitäten aller Art sind auf dessen Schwächung ausgerichtet. Dazu gehört auch der Versuch, Belarus nach der Ukraine aus den engen Beziehungen zu Rußland herauszulösen. Zufällig gibt es gleichzeitig die Nawlny-Aktion, Unruhen in Kirgisien und den Krieg um Nagorny Karabach. Rußland soll so unablässig „beschäftigt“ werden. Die russisch dominierte Eurasische Wirtschaftsunion (Rußland, Belarus, Kirgisien, Armenien und

Kasachstan) wird damit geschwächt. Ob die EU daraus Vorteile ziehen wird, ist zu bezweifeln. Rußland wird sich wirtschaftlich noch enger auf China konzentrieren, den Handel mit Afrika, Asien und Südamerika ausbauen und den europäischen Markt einschränken.

**Horst Neumann**  
Bad Kleinen

# Übergang in Mali

## Militärs haben Schlüsselstellungen in der neuen Regierung

„Au boulot Maliens – An die Arbeit Malier“ – die Schlagzeile in der malischen Zeitung „L'Aube“ (Die Morgenröte) nach dem Rücktritt von Präsident Ibrahim Boubacar Keita am 19. August könnte heute auf die Übergangsregierung gemünzt sein. Die Ministerriege ist komplett. Das Embargo der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft CEDEAO ist seit 5. Oktober aufgehoben – einige kleine Details seien noch zu regeln, meint der Direktor der Zentralbank, Hamadou Boly. Der Berg an Arbeit aber ist gewaltig und in 18 Monaten abzarbeiten. Es gilt, den praktisch gescheiterten Staat, wiederzuerichten, die grassierende Korruption zu unterbinden und die Abtrennung des Nordens zu verhindern. Das Politbüro der marxistischen Partei „Solidarité africaine pour la démocratie et l'indépendance“ (Sadi) hatte bereits am 21. September Unterstützung angeboten. Aber die USA suspendierten bis zu den Neuwahlen in eineinhalb Jahren ihre „Militärhilfe“.

Die westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft CEDEAO hatte dem Militärkomitee CNSP zur Bedingung gemacht, die Führung des Übergangs einem zivilen Präsidenten und Premierminister zu übergeben. Mit der Vereidigung des pensionierten Generals Bah N'Daw am 25. September und der Ernennung des Diplomaten und früheren Außenministers (2004–2011) Moctar Ouane, „einem Mann des Konsens“, als Premierminister zwei Tage später, war formal die zentrale Bedingung erfüllt. Entsprechend der „Charta“ der Militärs vom 12. September wurde am 4. Oktober die 25köpfige Übergangsregierung Malis ernannt. Radio France International meinte, „die Militärs hätten kein Vertrauen in die Zivilisten“, will heißen: Sie verfügen über die Schlüsselpositionen im Staat wie z. B. Oberst Sadio Camara als Verteidigungsminister, der die in der Bevölkerung ungeliebte Kooperation mit den Militärmissionen Barkhane (Frankreich), MINUSMA (UN) und der EU zu bewerkstelligen hat. In der Truppe grummelt es, erst recht, seitdem am 12. und 13. Oktober durch eine Dschihadisten-Attacke 12 Soldaten getötet und acht verletzt wurden.

Oberst Modibo Koné hat das Ressort für die innere Sicherheit und Zivilschutz. Beide Minister sind verantwortlich für die Verfolgung der Schmuggelbanden, der dschihadistischen Terrorgruppen und die Auflösung der „Selbstschutz“-Milizen.

Oberstleutnant Ismael Wagué zeichnet verantwortlich für die „nationale Versöhnung“ zwischen den Dogon und Peuls, d. h. zwischen Ackerbauern und nomadischen Rinderzüchtern. Den die staatliche Einheit bedrohenden Konflikt mit secessionistischen Tuareg-Gruppierungen will man beilegen, indem der Vertrag von Algier von 2015 mit Leben erfüllt werden soll. Dabei geht es um den Wiederaufbau nationalstaatlicher Infrastrukturen wie Verwaltung, Schulen, Hospitäler etc., was in die Kompetenz von Oberst Abdoulaye Maïga als Minister für Territorialverwaltung und Dezentralisation fällt, und um die Einbeziehung

in ökonomische Entwicklungsprojekte, die im Vertrag von Algier auf 30 Prozent des Staatshaushalts veranschlagt worden waren. Der Wiederaufbau von Ambulatorien und Krankenhäusern ist im Norden Malis besonders dringlich, wo die Malaria, gemessen an der Einwohnerzahl, doppelt so viele Opfer fordert wie in den südlichen Provinzen. Aus der Junta ist einzig Oberst Malick Diaw, 1. Vize-Präsident des Militärkomitees CNSP, nicht auch zugleich Mitglied der Übergangsregierung, was reichlich Spekulationen nährt.

In die Regierung aufgenommen wurden Mitglieder der ehemals bewaffneten Gruppen, die den Vertrag von Algier unterzeichnet hatten: von der Coordination des mouvements de l'Azawad (CMA) Mossa Ag Attaher als Minister für Jugend und Sport und Mahmoud oud Mohamed als Landwirtschaftsminister. Er ist mit einer um 30 Prozent geringeren Baumwollernte, aber auch mit der Verhaftung eines CMA-Funktionärs am 12. Oktober durch französische Soldaten konfrontiert. Sie beschlagnahmten ein Waffenarsenal.

Die Strategiekommision der einstigen Oppositionsbewegung M5-RFP fühlt sich übergangen. Keiner ihrer führenden Köpfe findet sich im Kabinett. Dennoch wurden neben Technokraten und „Dinosauriern“ auch Minister aus der Zivilgesellschaft ernannt, die in der Bewegung M5-RFP aktiv waren. So Arbeitsminister Mohamed Salia Touré. Auf den früheren Antikorruptionsstaatsanwalt Mohamed Sida Dicko kommt als Justizminister Schwerstarbeit zu, wenn er die „Unberührbaren“ aus der Seilschaft des früheren Präsidenten Keita anklagen will.

Mohamed Coulibaly, ein Freund des weltberühmten Cinéasten Cheick Oumar Sissoko, wird sich um die Instandsetzung der staatlichen Organe und die Beziehungen mit Organisationen und staatlichen Institutionen zu kümmern haben.

Mit Recht kritisiert die Strategiekommision von M5-RFP, daß mit vier Frauen nur die Hälfte der von der Militär-„Charta“ geforderten Ministerinnen ernannt wurden: Kadiatou Konaré, Tochter des früheren Präsidenten Alpha Omar Konaré, wurde Kulturministerin, Fanta Siby Gesundheitsministerin, Bernadette Keita ist für Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung zuständig, Bintou Founé Samake fungiert als Familienministerin.

Es wird nur eine Formalität sein, die Forderung der CEDEAO zu erfüllen, das Militärkomitee CNSP aufzulösen. Das Verlangen, die letzten am 18. August verhafteten Militärs und Politiker freizulassen, wurde am 8. Oktober erfüllt. Einige von ihnen werden sich vor der Justiz verantworten müssen. Die Aufhebung des CEDEAO-Embargos wird auch den Engpaß an Bargeld bei einigen lokalen Banken beenden, der für Unruhe gesorgt hatte.

Eines der in der ersten Erklärung der Militärs genannten Ziele ist erreicht: Soumeïla Cissé, der gekidnappte frühere Führer der Opposition gegen den verhassten Präsidenten

Keita, wurde nach über 200 Tagen von den Dschihadisten freigelassen, wie auch andere Geiseln (u. a. aus Frankreich und Italien) – im „Austausch“ mit 204 verurteilten Terroristen. Das Nachbarland Burkina Faso ist wegen deren Freilassungen beunruhigt. Und die Gewerkschaften der Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung Malis sind empört über die Bevorzugung Prominenter und fordern die Befreiung des Präfekten, des Unterpräfekten und weiterer Geiseln.

Wie lange sich die Lehrerschaft, die am 18. August ihren nationalen Streik und die Besetzung aller Schulgebäude wieder abgeblasen hatte, gedulden muß, wird sich zeigen. Das Militärkomitee CNSP hatte die Erfüllung ihrer Forderungen – im wesentlichen die Eingliederung in den öffentlichen Dienst mit dementsprechender Bezahlung – als vordringlich angesehen.

In der Sitzung des Ministerrats am 14. Oktober rief Präsident Bah N'Daw drei Tage der Trauer für die Opfer des Anschlags auf die Soldaten vom 12. und 13. Oktober aus. Die Ministerrunde beschloß, mehrere im Mai abgeschlossene Kreditverträge zu ratifizieren, um die Ernährungssicherheit zu stabilisieren, 18 Kilometer Nationalstraße zu bauen und den ländlichen Raum durch Photovoltaik zu elektrifizieren. Wie es nach der spektakulären Wahl im Unternehmerverband CNPM am 26. September weitergeht, bleibt abzuwarten. Man stelle sich vor: Der bisherige „Boss der Bosse“, Mamadou Sinsy Coulibaly, ein Unterstützer der Anti-Korruptionsbewegung, wurde in der Hauptstadt Bamako auf der Straße vor verschlossener Tür des Verbandsgebäudes mit 89 gegen 1 Stimme, gegen die seines Vizepräsidenten, abgewählt. Seine Anhänger hatten die Abstimmung boykottiert. Der neue Vorsitzende Diadie Amadou Sangaré wollte privatisieren, neoliberal „der Privatwirtschaft Priorität geben ... Mali und die Wirtschaft transformieren ... nationale Unternehmen gründen“. Aber er blieb nur Vorsitzender bis zum 8. Oktober. An dem Tag wählte die CNPM-Hauptversammlung im repräsentativen Verbandsgebäude Coulibaly erneut zum Vorsitzenden. Dessen erste Stellungnahme galt der Übergangsregierung: Er will mit ihr zusammenarbeiten.

**Georges Hallermayer,**  
Sarreguemines/Schwerte

Am 1. November beging

### Heinrich Kaderschafka

seinen 80. Geburtstag. Langjährig als Vorsitzender der Regionalgruppe Magdeburg tätig, organisiert er trotz gesundheitlicher Belastungen mit großer Regelmäßigkeit die „RotFuchs“-Bildungsveranstaltungen. Lieber Heinrich, laß Dir herzlich gratulieren und Dankeschön sagen.

# Aufklärung tut not!

Wir wundern uns, so wenige zu sein, dabei ist es doch schon seit Jahren nicht mehr möglich, eine Zeitung aufzuschlagen oder den Fernseher anzuschalten, ohne daß einem das Kriegsgetrommel in den Ohren dröhnt. Alles ist recht, um die Menschen auf den Aufmarsch gen Osten einzustimmen. Denken wir nur an die Räuberpistole Skripal, an die Schmierkomödie über „russisches Staatsdoping“, an die hemmungslosen Lügen zur Ukraine. Die neueste Seifenoper über Nawalny, dem nächsten Opfer des wohl unzuverlässigsten Giftes der Weltgeschichte, wird nun genutzt, um neue Sanktionen gegen Rußland zu fordern. Und doch sind es heute wenige, verglichen mit den Massen, die gegen die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung protestierten.

Wir, die in der DDR geboren sind, sind mit Liedzeilen vom „Frieden, der das Glück erhält“ aufgewachsen. Und selbst im Westen gab es den Slogan, der Frieden sei nicht alles, aber ohne den Frieden sei alles nichts. Die Demonstration gegen den NATO-Raketenbeschluß 1981 im Bonner Hofgarten war die größte, welche die alte Bundesrepublik gesehen hatte.

Was hat sich verändert?

Wir wissen, die Manöver, die unter dem zynischen Titel „Defender 2020“ ablaufen, sind direkte Kriegsvorbereitungen. Wir vernehmen die Drohungen, die seitens der westlichen Staaten gegen China und Rußland ausgestoßen werden. Wir sehen, wie Panzer in Richtung Osten rollen, aber nicht wieder zurück. Es müßte doch einen Aufschrei geben, die Menschen wollen doch keinen Krieg.

„Frieden, der das Glück erhält“, diese Zeile aus dem DDR-Kinderlied geht mir nicht aus dem Kopf und ich stelle mir die Frage: Wie viel Glück hat diese Republik noch zu bieten?

In Wirklichkeit haben wir es mit zwei Kriegen zu tun, und einer überdeckt den anderen. Jeder kennt den Spruch des Milliardärs Warren Buffet, es gebe einen Krieg der Reichen gegen die Armen, und seine Klasse, die der Reichen, sei dabei, ihn zu gewinnen. Es gibt diesen Krieg. Er spielt in den Corona-Protesten eine gewaltige Rolle, selbst wenn die Beteiligten das nicht immer wahrnehmen. Denn plötzlich wurde aus der abstrakten Zahl, daß die Hälfte der bundesdeutschen Bevölkerung über keinerlei Vermögen verfügt, konkretes Erleben. Menschen stehen vor dem Nichts, weil sie keine Reserven haben, die sie über schwierige Zeiten retten könnten. Im Gegenteil, die schwierigen Zeiten wurden ihnen schon vor Corona aufgezwungen, mit Hartz 4, den Niedriglöhnen, den Rentenkürzungen. Jetzt, mit Corona, wird der Not nur die Maske heruntergezogen.

Wo ist also das Glück, das erhalten werden soll?

„Geh mir weg mit dem Zeug“, das ist im Grunde die Haltung, die einem oft begegnet, wenn man vor der steigenden Kriegsgefahr warnen will. Es ist ja nicht so, daß die Leute tatsächlich alles glauben, was ihnen so serviert wird. Aber die vielen Geschichten, die gesponnen werden, verdichten sich zu einem Gespinnst, klebrig wie Spinnenfäden, und man wendet sich lieber ab, als es berühren zu müssen.

Bewußt oder unbewußt erleben wir eine wachsende Inhumanität, die gerade von einer politischen Klasse ausgeht, die stets ihre Werte betont. Das beginnt nach außen mit forcierter Verachtung der Völker anderer Länder, denen vorgeschrieben wird, welche Regierung sie gefälligst haben sollen, wie Belarus, das mit Sanktionen genötigt und ausgehungert werden soll, wie Venezuela und Libanon, setzt sich fort in Putschen wie in Bolivien oder Interventionskriegen wie in Syrien. Dabei sind die korruptesten Verbündeten

gerade gut genug. Während eine inszenierte kleine Demonstration hierzulande mit den Fahnen des deutschen Kaiserreichs, die ganz zufällig bis zum Reichstagsgebäude gelangte, vor dem ganz zufällig kaum Polizei stand, belegen soll, wie gefährdet die Demokratie sei, sind Demonstranten in Belarus, die wirklich die Fahne der Nazikollaborateure verwenden, gute und unterstützenswerte Demokraten. So, wie auf dem Maidan in Kiew die Hakenkreuze und die Bandera-Portraits übersehen wurden, und wie man übersieht, daß der Putsch-Barbie in Bolivien in Drogengeschäfte verwickelt ist und gegen Indios hetzt.

Nach innen ist das nicht anders. Wenn, wie in Göttingen geschehen, ein Hochhaus voller armer Bewohner wegen Corona abgeriegelt wird und man vergißt, daß die Menschen Nahrung brauchen, und sie erst nach ein paar Tagen von der Tafel versorgen läßt, weil das für Arme ja gut genug ist.

Oder nehmen wir die Fälle, in denen gefordert wird, Kinder, die infiziert sind, alleine in Quarantäne zu schicken, d.h. das Kind in ein Zimmer zu sperren und keine gemeinsamen Mahlzeiten einzunehmen anstatt die ganze Familie mit in Quarantäne zu nehmen und dafür angemessen zu versorgen. Betroffenen Familien wird sogar damit gedroht, ihnen die Kinder zu nehmen, wenn sie sich an diese Vorgaben nicht halten.

Der Krieg nach innen, der nach 1989/90 mit den Raubzügen der Treuhand begann, trifft inzwischen so weite Teile der Bevölkerung in Ost wie in West, daß er nicht mehr verdrängt werden kann. Der Unmut ist groß.

Es ist unsere Aufgabe, den Kriegstreibern die Masken vom Gesicht zu reißen, damit der so sichtbar schwelende Zorn sein wahres Ziel finden kann. Nur gegen sie kann das Glück errungen werden, das den Frieden behüten soll.

**Liane Kilinc**

Friedensbrücke-Kriegsopferhilfe e.V.

## Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats November!

### Zum 100. Geburtstag

Prof. Dr. Hans Kölsch (Berlin) am 25. November

### Zum 95. Geburtstag

Erika Klatt-Marquardt (Frankfurt/Oder) am 4. November

### Zum 94. Geburtstag

Josef Grohmann (Boxberg) am 22. November

### Zum 93. Geburtstag

Achim Seifert (Wandlitz, OT Basdorf) am 14. November

### Zum 92. Geburtstag

Dr. Dieter Frielinghaus (Brüssow) am 14. November

### Zum 91. Geburtstag

Horst Scholz (Berlin) am 16. November

### Zum 90. Geburtstag

Horst Höppner (Schwerin) am 5. November  
Siegfried Lorenz (Berlin) am 26. November

### Zum 85. Geburtstag

Manfred Diedrich (Berlin) am 4. November

Horst Jäkel (Potsdam) am 11. November

Christa Biener (Reichenbach) am 28. November

### Zum 80. Geburtstag

Peter Weisz (Colditz) am 5. November

Jürgen Kurpjuhn (Frankfurt/Oder) am 9. November

Jürgen Söcknick (Pirna) am 15. November

Ottomar Blum (Neubrandenburg) am 15. November

Prof. Dr. Erika Kopf (Erfurt) am 17. November

Siegfried Schulz (Heidesee, OT Wolzig) am 26. November

### Zum 70. Geburtstag

Peter Neupert (Suhl) am 4. November

Michael Knischka (Lambrechtshagen, OT Sievershagen) am 5. November

Rainer Raddatz (Kloster Lehnin) am 11. November

Ulrich Thorwirth (Kremmen)

am 13. November

Reinhard Hänsch (Lutherstadt Wittenberg)

am 14. November

Wolfgang Seibt (Wettenberg)

am 18. November

Iris Rudolph (Berlin) am 25. November

### Zum 65. Geburtstag

Friedhold Praetorius (Berlin) am 6. November

Rüdiger Kurock (Berlin) am 10. November

### Zum 60. Geburtstag

Dr. Volker Külöw (Leipzig) am 12. November

Harold Sauerland (Premnitz)

am 15. November

Barbara Hammes (Ludwigsburg)

am 17. November

Wie immer gilt unsere Gratulation auch allen anderen Geburtstagskindern des Monats.

# Eine Gesellschaft in Gefahr

## Belarus: Die geplante geopolitische Konterrevolution

Die Machtkämpfe in Belarus fügen sich in die seit 100 Jahren andauernden Bestrebungen ein, aus Rußland wieder eine imperialistische Halbkolonie zu machen. Mit Michail Gorbatschow und Boris Jelzin wählte man sich im Westen schon fast am Ziel: Rußland verlor sein strategisches Vorfeld, alle europäischen Verbündeten und darüber hinaus noch hochentwickelte Regionen, die seit Jahrhunderten zum russischen Staatsgebiet gehörten. Schlimmer noch: Aus ihnen wurden durch die NATO-Osterweiterung Feindstaaten. Rußland wurde eingekreist und auf den territorialen Stand Mitte des 17. Jahrhunderts zurückgeworfen.

Die Versuche Wladimir Putins, aus dieser geschwächten Position zu einer friedlichen Nachbarschaft und gedeihlichen Partnerschaft mit Westeuropa zu gelangen, wurden mit Arroganz und verstärkter Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes quittiert.

Es ging um nicht mehr und nicht weniger als die ungehinderte Verfügungsgewalt über die Bodenschätze Rußlands, womit zugleich eine Teilhabe durch China verhindert werden sollte.

Die Zurückweisung der entgegengestreckten Hand Putins ist kein Mißverständnis, sondern Ausdruck unerbittlicher imperialistischer wirtschaftspolitischer Bestrebungen.

Unverhülltes Ziel ist der Sturz des russischen Präsidenten und die Etablierung eines prowestlichen „demokratischen“ Marionettenregimes in Moskau. Hierzu werden alle staatsfeindlichen Kräfte offen unterstützt und dem Kreml ultimative Forderungen gestellt. Bislang gelang es der EU, alle ehemaligen westlichen Unionsrepubliken von Rußland zu trennen und gegen Moskau auch militärisch in Stellung zu bringen.

Dem hat sich Belarus bislang entgegengestellt. Dabei spielt sein Territorium für die Bedrohungspolitik gegenüber Rußland eine entscheidende Rolle. Gelänge es, Belarus von Rußland zu trennen und einen geplanten NATO-Beitritt durchzusetzen, stünden NATO-Raketen faktisch im „Vorgarten Moskaus“, dann gäbe es für die russische Raketenabwehr keine Vorwarnzeiten mehr. Aus dieser Situation heraus, so glaubt man bei der NATO, in den USA und der EU, könne man Rußland, ohne einen Krieg zu riskieren, zu grundsätzlichen Änderungen seiner Politik zwingen. Darüber hinaus sieht sich Belarus einer Koalition feindlicher Nachbarstaaten gegenüber, die eigene Interessen verfolgen.

Litauen, vor allem Polen, wollen Belarus politisch und ökonomisch von sich abhängig machen, wie es vor 100 Jahren Polens Staatsführer Józef Piłsudski erfolglos versucht hatte, wobei hierbei auf die eine halbe Million zählende polnische Minderheit in Belarus gesetzt wird.

Für ukrainische Faschisten, die in der Ostukraine versagt haben, ist Belorußland eine neue Herausforderung.

Lettland und Estland, die gegenüber ihren zahlreichen slawischen, vor allem russischen Minderheiten eine faschistoide Apartheid-Politik betreiben, fürchten enorme innenpolitische Konsequenzen. Russen leben in Belarus wesentlich besser als dort, sind völlig gleichberechtigt und in die Gesellschaft integriert. Hinzu kommt die sozialpolitische Ausstrahlung der Republik Belarus. Hier hat man es verstanden, ohne in die wirtschaftliche und soziale Katastrophe führende Privatisierungen Massenarbeitslosigkeit und radikale Verelendung zu vermeiden sowie wesentliche sowjetische Elemente unter Führung von Linken beizubehalten. Es gelang, nicht nur einen relativ hohen Lebensstandard zu sichern, sondern diesen sogar zu verbessern.

Das belorussische Volk hatte sich mit russischer und später sowjetischer Hilfe von der jahrhundertelangen polnisch-litauischen, dann deutschen Fremdherrschaft, die sich als westlicher „Kulturbringer“ verstanden hatte, befreien können.

Während der deutsch-faschistischen Okkupation kehrten die 1939 durch einen Volksaufstand vertriebenen polnischen Großgrundbesitzer und Polizisten wieder zurück und der von London gesteuerte Widerstand (Heimatarmee) bekämpfte, von den Nazis mit Waffen ausgestattet, belorussische Partisanen. Hierzu und zur „Judenjagd“ wurden neben belorussischen Kollaborateuren unter der weiß-rot-weißen Fahne („Blutfahne“) auch faschistische litauische und lettische Kollaborateure herangezogen.

Daß gerade diese Staaten, in denen jene faschistischen Kollaborateure heute glorifiziert werden, sich Minsk als „Vermittler“ anbieten, überschreitet die Grenzen politischer Taktlosigkeit.

Die meisten Belorussen hingegen verteidigten die Sowjetmacht. Mit einer knappen halben Million Partisanen und Widerstandskämpfern wurde das Land zur „Partisanenrepublik“. Die Verluste waren mit 2,2 Millionen Toten prozentual höher als in jedem anderen europäischen Land. Durch den von allen Sowjetvölkern unterstützten Wiederaufbau wurde Belorußland zum modernsten Industriezentrum der UdSSR und erreichte neben den (subventionierten) Balten den höchsten Lebensstandard in der Sowjetunion. Politisch-ideologisch wurde Belorußland zur „sowjetischsten“ aller Unionsrepubliken.

Daher betrieb die belorussische Führung gegenüber der Perestrojka passiven Widerstand. Konterrevolutionäre Organisationen wurden nicht zugelassen, ihre Veranstaltungen zerschlagen.

Minsk konnte sich hierbei auf die Bevölkerungsmehrheit stützen. Bei den Parlamentswahlen 1990 mit Rechten als Einzelkandidaten stimmten 86 % für die kommunistische Partei. Ihre Gegner erhielten nur 14 %.

Beim Referendum zum Erhalt der UdSSR im März 1991 votierten 83 % für die Sowjetunion.

Damit lagen sie höher als der UdSSR-Durchschnitt (78 %) und sogar Rußlands (73 %). Allerdings stimmten 33 % in Minsk dagegen. Hier sammelte sich die Konterrevolution, vor allem unter der Intelligenz. Bis zu 60 % der Studenten waren zeitweise in antiozialistischen Jugendorganisationen tätig.

Im Juni 1991 begann die Führung zurückzuweichen. Die Nationalisten, 1990 im litauischen Vilnius formiert, wurden offiziell zugelassen. Die Rechten, deren Fraktion im Parlament durch Wendehälse vergrößert worden war, konnten nun auf 44 % der Mandate zählen, weshalb der Nationalist Stanislaw Schuschkiwicz als Parlamentspräsident durchkam.

Das Scheitern des „August-Putsches“ 1991 in Moskau, dem die Führung in Minsk abwartend gegenübergestanden hatte, rief eine tiefgreifende Orientierungskrise hervor. Da Minsk auf Gedeih und Verderb mit Moskau verbunden war, ließ es anschließend die kommunistische Partei suspendieren und erklärte die völlige Unabhängigkeit, die von Polen als erstem Land anerkannt wurde.

Daraufhin forderten die Nationalisten mit einer halben Million Unterschriften Neuwahlen. Das lehnten die Abgeordneten, die inzwischen offiziell aus der KP ausgetreten waren, aber dennoch sozialistische Positionen vertraten, strikt ab. Partei und Komsomol wurden nicht enteignet, die sowjetischen Strukturen nicht zerschlagen. Zwar wurde sogar die „Blutfahne“ der prodeutschen Kollaborateure als Staatsflagge und die belorussische Sprache als einzige Staatssprache dekretiert, doch zur Realisierung dieses Beschlusses kam es nie, da die Belorussen zu 60 % lieber russisch sprachen.

Grundlegende bürgerliche Reformen wurden stets von der sozialistischen Mehrheit abgelehnt bzw. blockiert. Die Privatisierung begann erst 1993, umfaßte keine strategischen Betriebe und nur 15 % der Industrie insgesamt. Über 70 % der Industrie und 87 % der Landwirtschaft sind weiterhin staatlich bzw. genossenschaftlich.

Die Kommunistische Partei Belorußlands (KPB) wurde schon 1992 wieder zugelassen und bildet seither nach den sogenannten Unabhängigen (ehemalige KP-Mitglieder) die zweitstärkste Fraktion im Parlament.

1992 wurde ein neues politisches und militärisches Bündnis mit Rußland abgeschlossen. Die Nationalisten, die nur noch auf 12 % der Bevölkerung zählen konnten, hatten eine strategische Niederlage erlitten.

Inzwischen hatte sich aber die wirtschaftliche Lage drastisch verschlechtert. Die Bruttoproduktion fiel um 30 %, das Nationaleinkommen um 20%. Die meisten hatten nach drei Jahren genug von der „Demokratie“, die als Chaos und Verelendung empfunden wurde. Der ohnehin nicht mehrheitsfähige Einfluß der Rechten ging rapide zurück. Große Teile des Volkes forderten eine Rückkehr zu sowjetischen Verhältnissen.

Diese Stimmung griff der 40jährige ehemalige Grenztruppen-Politoffizier, Geschichtslehrer und Sowchos-Vorsitzende Alexander Lukaschenko von der sozialistischen Fraktion auf und setzte 1994 den Rücktritt des Nationalisten Stanislaw Schuschkiewicz als Parlamentspräsident durch.

Nach einem harten Wahlkampf erhielt Lukaschenko bei 71 % Wahlbeteiligung 80,34 % der Stimmen als Staatspräsident.

Sofort betrieb er den „Rücklauf“ der Konterrevolution, die in einigen Bereichen politisch schon erheblich fortgeschritten war. In Minsk erhielten die Rechten die meisten Stimmen, kein Wunder also, daß man hier in den letzten 24 Jahren nach jeder Wahl, so auch jetzt, Tausende auf die Straßen bringen konnte.

Das damalige Kräfteverhältnis hat sich seither stabilisiert. In Minsk und Umgebung konnte sich Lukaschenko auf 46 % steigern. In Grodno, der zweitgrößten Stadt mit 22 % polni-

kleinbürgerliche und bürgerliche, von denen aber die Hälfte Lukaschenko unterstützt.

Eine prinzipielle Auseinandersetzung mit den de facto staatsfeindlichen Organisationen gibt es nicht. Das hängt auch damit zusammen, daß die meisten dieser nicht im Parlament vertretenen Rechtsparteien nur jeweils knapp 1 % der Wählerschaft hinter sich haben. Diese Parteien, die von der Intelligenz und dem Kleinbürgertum getragen werden, sind untereinander zerstritten und kaum bündnisfähig. Zu den außerparlamentarischen Oppositionsparteien gehört auch die dortige Linkspartei, deren Flagge neben der nationalistischen „Blutfahne“ bei den Demonstrationen zu sehen ist. Diese als demokratische Sozialisten auftretenden Renegaten sind für die EU und gegen Lukaschenko.

Auf Klassenkampf wurde in Belarus unter Lukaschenko verzichtet, ein Fehler, mit dem man sich jetzt unter Druck auseinandersetzen muß.



Mahnmal für die Brester Festung in Belarus

scher Bevölkerung, kam er aber nur auf 36 %. Lukaschenko, von den Kommunisten und Linken unterstützt, verfügt in 94 % aller Wahlkreise über Mehrheiten. In den Städten um 50 000 Einwohner kam er auf 52 %, in den Dörfern auf 61 %.

Obwohl mit Lukaschenko in vielen Bereichen sowjetische Verhältnisse wiedereingeführt und Sozialleistungen bewahrt worden waren, so auch die sowjetischen Geschichtsbücher wieder obligatorisch wurden, ist Belarus kein sozialistischer Staat, der auf eine sozialistische Perspektive orientiert und gegen bürgerliche Ideologie und ihre Parteien vorgeht.

Formationsgeschichtlich ist Belarus wegen seiner Einmaligkeit gegenwärtig kaum einzuordnen. Ein Großteil der materiellen Basis und des politischen Überbaus ist gleichsam sozialistisch. Die Kommunistische Partei ist aber nicht führende Kraft und ihre Ideologie weder bestimmend noch auf dem Vormarsch. Belarus ähnelt einer Volksdemokratie gegen Ende der 40er Jahre in der – allerdings stagnierenden – progressiven Übergangsphase.

Andererseits herrscht ein bürgerlicher Parlamentarismus, dessen Ausfuern durch energisches Einschreiten Lukaschenkos behindert wird. Immerhin gibt es 15 Parteien, linke,

Dafür glaubte der Präsident, mit seinen Volksabstimmungen seine Macht sichern zu können und Fakten geschaffen zu haben, die von den Rechten nicht in Frage gestellt werden können. 1995/96 ließ er die Blutfahne als Staatsfahne abschaffen, führte die sowjetische (ohne Hammer und Sichel, aber mit Stern) sowie das dem sowjetischen nachempfundenen Wappen ein (75% Zustimmung), dekretierte eine weitere Annäherung an Rußland (82 % Zustimmung), verbot den freien Landverkauf (83 % Zustimmung), führte russisch neben belorussisch als offizielle Staatssprache ein (83% Zustimmung) und die Erlaubnis, das Parlament auflösen zu können (78 % Zustimmung).

Unter Lukaschenko wurde auch die Wirtschaft wieder in Schwung gebracht. Obwohl mit der Modernisierung der Landwirtschaft etwa die Hälfte der Angestellten ihren Arbeitsplatz verloren hatte, konnten sie integriert und die Arbeitslosigkeit auf 2 % gesenkt werden. Die Armut wurde von 42 % (2000) auf 8 % (2007) verringert.

Ab 1997 wuchs die Wirtschaft um durchschnittlich 10 % jährlich an. In der Landwirtschaft konnte das Niveau der besten Sowjetjahre wieder erreicht werden. Belarus besitzt heute von allen ehemaligen (außer den

baltischen) Unionsrepubliken den höchsten Lebensstandard. Das Land steht heute in dieser Hinsicht international an 69. Stelle (Polen an 62., Rußland auf dem 120. Platz).

Allerdings wurde das auch durch die langjährige Subventionierung der Energiepreise durch Rußland möglich. Rußland ist mit etwa 50 % des Außenhandels größter Partner, in die EU geht etwa ein Drittel. Belarus ist heute das politisch fortschrittlichste Land Europas mit guten Beziehungen zu China, Kuba und Venezuela.

Doch all das ist in Gefahr.

Die KP Belorußlands, früher 600 000 Mitglieder zählend, besitzt heute nur noch 6 000, bildet aber die zweitstärkste Kraft im Parlament. Die meisten Abgeordneten anderer Linksparteien halten aber am Sozialismus fest. Die Linken hätten demnach ein Bündnis mit gesellschaftlichen Mehrheiten bilden können. Das ist bislang unterblieben.

Mit der Propagierung sowjetischer Traditionen, dem erreichten Lebensstandard, den Sozialleistungen und der stets proklamierten Unabhängigkeit allein kann man allerdings das Erreichte politisch-ideologisch nicht absichern. Zudem haben sich die Strukturen dafür ungünstig entwickelt. So sind im Verlauf der letzten 25 Jahre die Kriegsveteranen, immerhin 30 % der linken Wählerschaft, verstorben oder haben sich aus Altersgründen zurückgezogen. Die Arbeiterklasse und die Kolchos/Sowchos-Bauern als Hauptwählergruppe der Linken haben sich zahlenmäßig erheblich dezimiert. Viele sind in den staatlichen, aber auch den privaten Bereich abgewandert.

In den staatlichen Einrichtungen, die 70 % des Nationaleinkommens erwirtschaften, sind aber nur 43 % der Angestellten, im privaten Bereich hingegen 57 % beschäftigt. Hier verfügt der Staat kaum über Einfluß, wird kleinbürgerliches und bürgerliches Denken reproduziert und potenziert.

Auf den größten Teil der Jugend, die unter Lukaschenko herangewachsen ist, und die Intelligenz hat die Linkregierung ihren dominierenden Einfluß verloren. Seit der späten Perestroika hat es im größten Teil der sogenannten humanistischen, künstlerischen, weniger der technischen Intelligenz, die insgesamt etwa 20 % der Bevölkerung ausmacht, einen Rechtsruck gegeben. Der wurde nicht zuletzt durch die vielen EU-Austauschprogramme, die gezielt Hunderte von Belorussen erfaßt haben, forciert. Wenn heute die meisten im Ausland lebenden Belorussen in den Botschaften rechts wählen, ist das durchaus glaubhaft.

Eine EU-Mitgliedschaft, die auch massiv von den polnischen Medien gepredigt wird, ist für viele Jugendliche durchaus erstrebenswert. Der Staat hat jahrzehntelang versäumt, die gesamte Bevölkerung über die Folgen aufzuklären.

Andererseits meinen viele, eine Übernahme des russischen Oligarchen-Kapitalismus hätte für die Bevölkerung möglicherweise dramatischere Folgen als eine EU-Übernahme.

Für Rußland geht es darum, seinen „Vorgarten“ nicht zu verlieren, um den Imperialismus an Bug und Njemen Paroli bieten zu können.

**Holger Michael**  
Königs Wusterhausen

## WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

## Träume von einer besseren Welt (1)

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen.

RF

13. Januar 1977

Der Praxis des sozialistischen und kommunistischen Aufbaus ist die Theorie vorausgegangen. Das revolutionäre Handeln der Arbeiterklasse, ihr Kampf zum Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung und die planmäßige Errichtung der neuen, der kommunistischen Gesellschaftsformation, fußen auf dem wissenschaftlichen Kommunismus. Der von den Klassikern des Marxismus-Leninismus ausgearbeiteten Theorie von den objektiven Gesetzmäßigkeiten, die mit Notwendigkeit die Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus und Kommunismus bewirken, sind utopische kommunistische Vorstellungen vorhergegangen.

Ehe der Kommunismus als Wissenschaft möglich und notwendig wurde – das war um die Mitte des vorigen Jahrhunderts –, existierte er als Utopie, als Projekt kühner, oft revolutionärer Denker, als Traum von einer besseren Welt. Gedankliche Entwürfe einer kommunistischen Zukunft haben den geschichtlichen Entwicklungsweg der Menschheit, insbesondere aber seine revolutionären Umschlagspunkte, die Epochen sozialer Revolution, durch viele Jahrhunderte begleitet. Was diese Projekte alle gemeinsam haben und weshalb sie den Ehrennamen „kommunistische Utopie“ tragen, ist die folgende Grundidee: Die Gesellschaft glücklicher, brüderlich verbundener Menschen sollte durch Beseitigung des feudalen und des kapitalistischen Privateigentums, durch Herstellung des Gemeineigentums an Ländereien, Bodenschätzen, Produktionsstätten und Ausrüstungen geschaffen werden. In der Tat ist die Verwirklichung eben dieser Idee, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, ihre Besitzergreifung durch die Produzenten selbst die Basis, auf welcher der ganze sozialistische Lebensprozeß beruht, die Basis für die Verwirklichung der kommunistischen Ideale.

Ich will nun zeigen, daß die utopischen Vorläufer des wissenschaftlichen Kommunismus nicht nur wegen der genannten Grundidee und der weit in die Zukunft weisenden Forderung, das Privateigentum an Produktionsmitteln abzuschaffen, unsere Sympathie und unseren Respekt verdienen. Solchen Denkern wie Thomas Morus und Tommaso Campanella, Saint-Simon, Fourier und Owen, Gracchus Babeuf, Etienne Cabet und Louis-August Blanqui, Thomas Müntzer und Wilhelm Weitling zollen wir auch deshalb allergrößte Hochachtung, weil sie mit genialem Scharfsinn

die Widersprüche der Ausbeutergesellschaft bloßlegten, jene Laster und Gebrechen entlarvten, die der Herrschaft des Privateigentums entspringen, und nicht zuletzt deshalb, weil sie dem Protest und Widerstand der Aus-



Thomas Morus als Lordkanzler auf einem Gemälde von Hans Holbein

gebeuteten und unterdrückten Klassen gegen die herrschenden Mächte, ihren revolutionären Forderungen, ihren Hoffnungen auf eine Gesellschaft der Freiheit und Gerechtigkeit Ausdruck gegeben haben. Diese für ihre Zeit kühnen Entwürfe einer neuen Gesellschaft, die allesamt mit dem „Projekt Kommunismus“ zu tun haben, wollen wir in den folgenden Sendungen in Erinnerung bringen.

Wenden wir uns zunächst zwei Männern zu, die am Beginn des neuzeitlichen utopisch-sozialistischen Denkens stehen. Es sind dies der Engländer Thomas Morus und der Italiener Tommaso Campanella. Thomas Morus wurde 1478 in London geboren und 1535 – nach vieljähriger juristischer und politischer Tätigkeit, zuletzt als Lordkanzler – auf Betreiben König Heinrichs VIII. hingerichtet. Er ist in die Geschichte des philosophischen und sozialtheoretischen Denkens eingegangen durch sein Werk mit dem Titel „Vom besten Zustand des Staates und über die neue Insel Utopia“. Morus ist der Schöpfer des aus zwei griechischen Vokabeln zusammengesetzten Wortes Utopie, das Nirgendwo bedeutet. „Utopia“, das ist ein Land, eine Insel, die es nirgendwo wirklich gibt, die nicht real, sondern nur als Gedanke, als Wunschbild, als Zukunftstraum existiert.

Freilich darf hierbei zweierlei nicht übersehen werden:

Erstens versuchte die Utopie des Thomas Morus ebenso wie die anderer utopischer Sozialisten und Kommunisten auf durchaus reale Fragen des gesellschaftlichen Lebens, auf Probleme der ökonomischen und politischen Entwicklung Antwort zu geben. Den realen Untergrund der gedanklichen Konstruktion eines Idealstaates bilden bei Morus jene ökonomischen, sozialen und politischen Probleme, die sich aus der Ablösung des Feudalismus durch die frühe kapitalistische Warenproduktion zu entwickeln begannen. Zu den barbarischen Seiten der Entstehungszeit des Kapitalismus, der nach einem Marxwort „aus allen Poren blut- und schmutztriefend“ auf die Welt kam, gehört folgendes: Die gewaltsam von ihrem wichtigsten Produktionsmittel, dem Grund und Boden, getrennten Bauern wurden massenhaft wegen Diebstahls, zu dem sie der Hunger zwang, hingerichtet. Thomas Morus nimmt in seiner „Utopia“ hierzu mehrfach Stellung. So schreibt er beispielsweise: „Einfacher Diebstahl ist kein so großes Verbrechen, daß es den Tod verdient. Und es gibt keine Strafe, diejenigen vom Stehlen abzuhalten, denen nur das eine Mittel übrig bleibt, um nicht Hungers zu sterben ... Statt über die Diebe große und entsetzliche Strafen zu verhängen, wäre es besser, Vorkehrungen zu treffen, daß sie ihren Lebensunterhalt finden könnten, so daß kein Mensch gezwungen wäre, zuerst zu stehlen und dann dafür zu sterben.“<sup>1</sup> Marx hat Morus' Darstellung und Verurteilung dieser grausamen Folgen der sogenannten ursprünglichen Akkumulation des Kapitals in seinem Hauptwerk ausführlich zitiert; ich verweise auf den 1. Band des „Kapitals“, 24. Kapitel.<sup>2</sup>

Sie werden mir recht geben, wenn ich behaupte, daß Morus allein schon deshalb lebendige Bedeutung behalten hat, weil die von ihm gebrandmarkten Schandtaten des eben entstehenden Kapitalismus sich auf höchster Stufe in der Zeit seines Untergangs wiederholen. Das Kapital geht auch schmutz- und bluttriefend unter.

Zweitens hat Morus in seiner „Utopia“ betont, daß er die in diesem Werk entwickelten Ideen verwirklicht sehen wollte. Er beschließt nämlich seinen Roman mit den folgenden Worten: „Doch gestehe ich ohne weiteres, daß ich sehr vieles von der Verfassung der Utopier in unseren Staaten eingeführt sehen möchte. Allerdings muß ich das wohl mehr wünschen, als daß ich es hoffen dürfte.“ Der einflußreichste

Humanist seiner Zeit, gelegentlich als „Voltaire des 16. Jahrhunderts“ bezeichnet, Erasmus von Rotterdam, schreibt in einem Brief über Thomas Morus' Werk: „Die ‚Utopie‘ verfaßte er mit der Absicht, zu zeigen, woran es liege, daß die Staaten in schlechtem Zustand seien, namentlich aber hatte er bei seiner Darstellung England vor Augen, das er gründlich durchforscht und kennengelernt hatte.“<sup>3</sup>

Ich habe diese Belege deshalb gebracht, um zu zeigen, daß es verfehlt wäre, den Ausdruck „Utopie“ nur im Sinne des Illusionären, Weltfremden, Aktiven und Spekulativen zu gebrauchen. Sicher ist dies eine Seite utopisch-kommunistischer Projekte. Aber ebenso gehört zu ihnen, daß sie eine spezifisch ideologische Form der Kritik bestehender Mißstände sind, Ausdruck realer Klasseninteressen, wirklicher gesellschaftlicher Entwicklungsprobleme.

Friedrich Engels hat nachdrücklich darauf hingewiesen, daß sich in den Utopien der vor-marxistischen „Stifter des Sozialismus“ eine konkrete geschichtliche Lage widerspiegelt: „Dem unreifen Stand der kapitalistischen Produktion, der unreifen Klassenlage entsprachen unreife Theorien. Die Lösung der gesellschaftlichen Aufgaben, die in den unentwickelten ökonomischen Verhältnissen verborgen lag, sollte aus dem Kopf erzeugt werden. Die Gesellschaft bot nur Mißstände; sie zu beseitigen war Aufgabe der denkenden Vernunft. Es handelte sich darum, ein neues, vollkommeneres System der gesellschaftlichen Ordnung zu erfinden ...“<sup>4</sup> Es sei in diesem Zusammenhang schließlich noch Lenin zitiert, der dazu auffordert, bei aller notwendigen Kritik an der geschichtlichen Begrenztheit der Utopien auch deren wertvollen Kern zu bewahren. Lenin spricht in einem Artikel aus dem Jahre 1912 von der volkstümlicheren Utopie, die noch während des ersten Jahrzehnts unseres Jahrhunderts Einfluß auf das politische Denken in Rußland ausübte. Ihre grundlegende Vorstellung bestand darin, daß es möglich sein müßte, die Herrschaft des Kapitals und die Ausbeutung der Lohnarbeit durch eine gerechte Verteilung des gesamten Grund und Bodens zu beseitigen. Dieser kleinbürgerliche und kleinbäuerliche Utopismus wird von Lenin zugleich als ein Symptom gewertet für den „geschichtlich bedingten demokratischen Kampf der Bauernmassen, der ein untrennbares Moment der bürgerlichen Umbildung und ihres vollen Sieges ist“. Und weiter: „Es ist klar, daß die Marxisten aus der Schale der volkstümlicheren Utopien sorgfältig den gesunden und wertvollen Kern, den ehrlichen, entschiedenen, kämpferischen Demokratismus der Bauernmassen herauslösen müssen.“<sup>5</sup> Kehren wir zum Idealstaat des Thomas Morus zurück. Welches sind die Wesenszüge der „Verfassung der Utopier“? Zunächst: in ihr ist das Privateigentum abgeschafft. Es gibt keine Armut, aber auch keinen Luxus. Morus übt heftige und vielfältige Kritik an Verschwendung und Prunksucht. Alle Bewohner der Insel Utopia sind zur Arbeit verpflichtet. Es wird jedem ermöglicht, die Annehmlichkeiten des Lebens zu genießen und seine geistigen Bedürfnisse zu befriedigen. Die Produktionsweise wird bestimmt durch Agrikultur und Handwerk; wobei zwei

Gesichtspunkte eine ganz moderne Bedeutung haben. Morus konzipiert die Aufhebung des Gegensatzes von Stadt und Land. Zum anderen sieht sein kommunistisches Projekt die Einbeziehung der Frau auch in die industrielle Berufsarbeit vor. Damit aber entwickelte er eine Idee, die für den utopischen wie auch den wissenschaftlichen Kommunismus ganz wesentlich ist: die Idee der Frauenemanzipation. Freilich muß auch vermerkt werden, daß seine Vorstellungen von Ehe und Familie widersprechende Seiten enthalten. Die Familie der Utopier ist patriarchalisch. Ich zitiere aus der „Utopia“: „Der Älteste ist das Oberhaupt jeder Familie. Die Frauen dienen den Männern, die Kinder den Eltern, die Jüngeren überhaupt den Älteren.“

Naturgemäß mußte es auch für den scharfsinnigsten und kritischsten Denker am Beginn des 16. Jahrhunderts – die „Utopia“ erschien 1516 – eine Unmöglichkeit sein, die realen



Tommaso Campanella

Wege, die sozialökonomischen, politischen, arbeitsorganisatorischen, technischen, kulturellen Bedingungen zu zeigen, die beim Aufbau des Sozialismus und Kommunismus tatsächlich beschränkt werden und erfüllt sein müssen, um zunächst den Antagonismus und später die wesentlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land zu beseitigen. Aber Morus hatte einen Blick für das Problem. Die politischen Verhältnisse seines Idealstaats sind durch Wählbarkeit aller Amtspersonen gekennzeichnet, allgemeine Demokratie und allgemeine Menschlichkeit sollten herrschen. Morus konnte noch keine Einsicht darin haben, daß Humanismus und Demokratie stets konkret-historische Erscheinungen sind, gebunden an die herrschenden Produktionsverhältnisse und die bestehenden Klassenbeziehungen und Klassenwidersprüche in einer Epoche.

Und nun zum zweiten der großen Utopisten, derer wir uns erinnern wollen: zu Tommaso Campanella. Er lebte von 1568 bis 1639 und stammt aus der süditalienischen Provinz Kalabrien. Seine Utopie erschien erst ein reichliches Jahrhundert nach der des Morus, nämlich im Jahre 1623. Sie hat den Titel „Civitas solis“, „Der Sonnenstaat“. Campanella verfaßte sie 1602, während seiner 27jährigen Kerkerhaft. Dem Kampf und den Lebensinteressen der plebejischen Schichten Kalabriens verleiht sein Werk einen utopisch-sozialistischen Ausdruck. Die plebejischen Schichten

litten unter einem doppelten Druck: Zum einen verelendeten sie im Gefolge des wirtschaftlichen Niedergangs Italiens an der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert. Zum anderen waren es die Armen, die unter der Herrschaft der in der süditalienischen Provinz regierenden Spanier besonders hart zu leiden hatten. 1599 kam es zu einem Aufstand. Campanella nahm an ihm teil und wurde nach der Niederschlagung der Rebellion eingekerkert. Nachdem er 1626 aus der Kerkerhaft befreit worden war, verbrachte er noch drei Jahre in den Gefängnissen der römischen Inquisition. 1634 floh er nach Frankreich, wo er seine letzten Lebensjahre verbrachte.

In der Idealgemeinschaft des „Sonnenstaates“ ist wie in Morus' „Utopia“ das Privateigentum aufgehoben, aber auch – zum Unterschied von Morus – die Einzelzelle. Überhaupt widerspiegeln sich im „Sonnenstaat“ die für das ruinierte Italien dieser Zeit charakteristischen Verhältnisse in einer Reihe unterschiedlicher Momente im Vergleich zur „Utopia“ Morus'. So ist im „Sonnenstaat“ nur von einem Produktionszweig, der Landwirtschaft, die Rede. Im übrigen betont Campanella die Rolle der Schifffahrt und eines streng organisierten Staates. Fundament der neuen Gesellschaft ist die landwirtschaftliche Arbeit. Für alle besteht Arbeitspflicht. Zugleich gilt die Arbeit als höchste Ehre. Als entscheidend für die Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse betrachtet Campanella wissenschaftliche Entdeckungen und technische Erfindungen. Dem entspricht auch das Bildungssystem des „Sonnenstaates“: Der Unterricht hat entscheidende Bedeutung, insbesondere werden Mathematik und Naturwissenschaften betrieben. Das Wissen soll nicht nur aus den alten Lehrbüchern geschöpft, sondern durch Anschauung und Erfahrung befestigt und erweitert werden. Ebenso wie Morus legt Campanella großen Wert auf ein hochentwickeltes Militärwesen: Das Heer soll den Idealstaat vor den Angriffen raubgieriger Nachbarn zuverlässig schützen. Das höchste Ziel des Idealstaates ist das Wohlergehen seiner Bewohner, die Förderung ihrer geistigen und kulturellen Entwicklung. Der „Sonnenstaat“ wird von einem Gremium von Gelehrten geführt – hier klingt, wenn auch in naiver Form, die Forderung nach wissenschaftlicher Leitung der Gesellschaft an. Beiden, Morus wie Campanella, gebührt ein Ehrenplatz in der Geschichte des fortschrittlichen und humanistischen Denkens. Wenn ihre Gesellschaftsprojekte auch zur Utopie verurteilt waren – es bleiben, um mit Engels zu sprechen – geniale Gedankenkeime, die unter der phantastischen Hülle überall hervorbrachen. Trotz aller wissenschaftlichen und klassenbedingten Schranken weisen viele ihrer Ideen in die Zukunft des sozialen Fortschritts.

#### Anmerkungen

1 Zitiert nach K. Kautsky: *Thomas More und seine Utopie*, Dietz-Verlag, Berlin 1947, S. 230

2 Vgl. Marx/Engels, *Werke*, Bd. 23, S. 764

3 Zitiert nach K. Kautsky, a. a. O., S. 129

4 MEW, Bd. 20, S. 230

5 W. I. Lenin, *Werke*, Bd. 18, S. 350 f.

6 Zitiert nach K. Kautsky, a. a. O., S. 292

# Die Kraft des Sozialismus

## Die DDR – Leuchtfleur der Erinnerung

1945 erklärte Kurt Schumacher, später Vorsitzender der SPD: „Auf der Tagesordnung steht heute als der entscheidende Punkt die Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutung und die Überführung der Produktionsmittel aus der Hand der großen Besitzenden in gesellschaftliches Eigentum, die Lenkung der gesamten Wirtschaft nicht nach privaten Profitinteressen, sondern nach Grundsätzen volkswirtschaftlich notwendiger Planung.“ Und in das Parteiprogramm der rheinischen CDU, deren Vorsitzender damals Konrad Adenauer war, wurde 1947 die Erkenntnis aufgenommen: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund auf erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert.“

Unbestritten ist sicher, daß politisch denkende Menschen in Deutschland nach 1945 die Ursache des erlebten Elends im Kapitalismus sahen. Doch als der kalte Krieg begann, wurde diese Einsicht vergessen gemacht, vergessen bei der CDU, vergessen bei der SPD. Stattdessen ging es um die Wiederbelebung kapitalistischer Verhältnisse in der BRD. Seit der Niederlage des europäischen Sozialismus hält das Kapital selbst Kosmetik nicht mehr für erforderlich.

Doch so wie der deutsche Bauernkrieg von 1525 als frühbürgerliche Revolution in die Historie eingegangen ist, so ist auch die DDR keine „Fußnote“ in der Menschheitsgeschichte. Ihr Markenzeichen war das von gegenseitiger Achtung und Fürsorge gekennzeichnete

menschliche Miteinander. Zu erinnern ist hier u.a. an sozialpolitische Maßnahmen für die Bürger, die zur Verbesserung ihrer Lebenslage beitrugen:

- Rentner zahlten keinen Sozialversicherungsbeitrag, keine Rundfunk- und Fernsehgebühren. Renten waren steuerfrei.
- Bei der Eisenbahn sowie bei anderen öffentlichen Verkehrsmitteln erhielten sie Fahrpreisermäßigungen.
- Für Kultur- und Sportveranstaltungen wurden Eintrittspreisermäßigungen gewährt.
- Mieten waren nicht höher als 10 Prozent des Einkommens.
- Für einen Platz in einem Feierabendheim zahlte der Bürger bis zu 105 Mark und im Pflegeheim 120 Mark pro Monat. Aus dem Staatshaushalt wurden daher pro Heimplatz monatlich 639 Mark finanziert.
- Die Sozialversicherung gewährte allen Werktätigen, Rentnern und ihren Familienangehörigen umfassende unentgeltliche Leistungen, wie die ambulante ärztliche und zahnärztliche Betreuung sowie die medizinische Behandlung in Krankenhäusern, Arzneimittel, andere Heil- und Hilfsmittel, Körperersatzstücke und Zahnersatz, Krankentransporte, prophylaktische Betreuung durch das Betriebsgesundheitswesen, Heil- und Genesungskuren sowie prophylaktische Kuren einschließlich der Fahrtkosten.
- Der Pflichtbeitrag zur Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten war seit Gründung der DDR unverändert und betrug 10 Prozent des beitragspflichtigen Bruttoverdienstes bis zu 600 Mark, also höchstens 60 Mark monatlich.
- Ein Brötchen kostete in 40 Jahren DDR immer 5 Pfennig. Grundnahrungsmittel waren extrem preisgünstig.

Wenn noch 30 Jahre später die neuen herrschenden kapitalistischen Klassenkräfte und ihre ideologischen Diener vor allem in den Medien die DDR verleumdten, verunglimpfen oder lächerlich machen, zeugt das nur von der nachhaltigen Wirkung sozialistischer Gesellschaftsgestaltung.

Millionen Bürger der DDR vergleichen ihr Leben bis 1989/90 mit dem in der Bundesrepublik Deutschland. Die Beseitigung sozialistischer und die Wiedereinführung kapitalistischer gesellschaftlicher Zustände führte in sehr vielen Familien zwischen Werra bzw. Elbe und Oder und Neiße zu einem Nachdenken über das reale Leben bis 1989. Heute sind sie Zeugen der Gebrechen des Kapitalismus, die von der Schließung von Schulen, Kindergärten, Jugendclubs, Bibliotheken, Theatern, Ferienobjekten der Gewerkschaften, Kulturhäusern und Polikliniken bis zur Entrechtung der Frauen reichen. Naziparteien werden nicht verboten, sondern zugelassen, Profite für die Rüstung steigen ins Unermeßliche, militärische Auslandseinsätze und die Beteiligung an völkerrechtswidrigen Aggressionskriegen der USA sind an der Tagesordnung.

Und um zu verhindern, daß die Menschen beginnen, nachzudenken, taufte sie die Konterrevolution in „friedliche Revolution“ und den ersten konterrevolutionären Versuch zur Liquidierung der DDR nannten sie „Arbeiteraufstand“ – ganz im Gegensatz zur Tatsache, daß sie sonst von „Arbeitnehmern“ und nicht von Arbeitern sprechen. Mehr als 30 Fernsehsender, ebenso viele Rundfunkstationen, viele hunderte Druckerzeugnisse und weitere Medien besorgten schon damals eine noch nie dagewesene politisch moralische Massenmanipulation.

Doch fortschrittliche Bewegungen haben auch in der Vergangenheit schwere Niederlagen erlitten, denken wir an den Spartakusaufstand, den großen deutschen Bauernkrieg, die Kämpfe in den zwanziger Jahren in Mitteldeutschland und Hamburg, den Kampf gegen den Faschismus in Deutschland und anderen Ländern. Aber letztlich haben diese Niederlagen auch stets zu gesellschaftlichen Fortschritten geführt. Fortschrittliche Kräfte haben nie dauerhaft aufgegeben, wenn es darum geht, der Menschheit eine Perspektive zu geben.

Welche Kraft muß dem Sozialismus in der DDR innegewohnt haben, wenn dessen Feinde sogar alles Erinnern an ihn auslöschen wollen?

**Heinz Pocher**

## Hetze der Ewiggestrigen

### Warum der Diktaturvergleich von DDR und Hitlerfaschismus strafrechtliche Ahndung erfordert

Wer sich ernsthaft mit der Zeit des deutschen Faschismus der 30er und 40er Jahre befaßt, kann – wenn er nur ein Fünkchen Redlichkeit besitzt – nicht auf die Idee kommen, in einem Atemzug von zwei deutschen Diktaturen oder zwei vergleichbaren Unrechtsstaaten zu sprechen.

Von Anfang bis Ende durchzog den Hitler-Staat ein gigantischer Blut- und Unrechtsstrom. Vom ersten Tag der „Machtergreifung“ bis zum letzten Tag nach zwölfjähriger Herrschaft reihte sich Verbrechen an Verbrechen: Verbrechen gegen den Frieden, gegen die Menschlichkeit, Völkermord und

Kriegsverbrechen des schlimmsten, in der Weltgeschichte bis dahin noch nicht dagewesenen Ausmaßes. Annexion und Okkupation fremder Länder, Versklavung und Beraubung von Millionen Menschen, Zerstörung von Fabriken, Wohn- und Krankenhäusern und Ausplünderung der besetzten Länder,

industriemäßige systematische Tötung von Männern, Frauen und Kindern in Gaskammern, in Krematorien, weil sie nicht ins „arische“ Menschenbild paßten.

DDR-Rechtsanwalt Prof. Friedrich Karl Kaul begründete in seinem Schlußvortrag am 28. November 1968 im Frankfurter Euthanasie-Prozeß, „daß diese erste von dem nazistischen System durchgeführte Massenmordaktion sich in ihrer Zielsetzung und Durchführung in genau der gleichen Weise gegen die gesamte Menschheit richtete, wie die ihr folgenden, denen sie als Muster diente. ... Denn diese erste Massentötungsaktion stellt den Beginn einer in der Menschheitsgeschichte an Art und Umfang bislang noch nie dagewesenen, industriemäßig durchgeführten Massenvernichtung auf dem Verwaltungsweg für lebensunwert erklärten Menschen dar ...“<sup>1)</sup>

Und das soll vergleichbar sein mit 40 Jahren DDR, mit „Schießbefehl“, „Mauertoten“, „Stasi“, „SED-Diktatur“, fehlender Meinungs-, Presse- und Reisefreiheit und anderen Schlagworten, mit denen die herrschende Meinung die DDR diskreditiert und diffamiert?

Vor der Deportation und physischen Vernichtung der Juden gab es abertausend gesetzliche Verbote, über welche die Bevölkerung damals Bescheid wußte. Niemand kann behaupten, er hätte davon nichts gewußt. In die Verbotsvorschriften waren wiederum Aber-tausende einbezogen, die diese als „Recht setzen“ und „umsetzen“.

Gab es so etwas in der DDR? Waren politische Gegner oder Ethnien oder gläubige Menschen derartigen Gesetzen oder Rechtsvorschriften unterworfen?

Daß der faschistische Staat als Unrechtsstaat einmalig und nicht mit anderen Staaten, weder mit der UdSSR noch mit der Volksrepublik China oder den anderen osteuropäischen Volksdemokratien vergleichbar ist, kann konkret an NS-Gesetzen verifiziert werden, die eben nicht nur in Recht oder besser Unrecht gegossen waren, sondern mit brutalster Gewalt durchgesetzt und vollstreckt wurden. Es gab keinen gesellschaftlichen Bereich, der von gesetzlichem Unrecht ausgenommen war. Ein besonderes Kapitel, aber nicht das einzige, ist die Justiz. Und damit sind eben nicht nur die 16 hohen Justizbeamte und Richter gemeint, die im 3. Prozeß der zwölf Nürnberger Nachfolgeprozesse zu vergleichsweise milden Strafen verurteilt wurden, sondern die Tausende Staatsanwälte und Richter an den Sondergerichten, an den „ordentlichen“ Kriminalgerichten, der Militärjustiz und am Volksgerichtshof.

Der DDR gebührt höchste Anerkennung für die Aufarbeitung dieses dunkelsten Kapitels der faschistischen Schreckenszeit durch wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Dokumentationen, die es verdienen, erneut, also hier und heute, einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht zu werden und sie zum permanenten Bestandteil politischer Bildungsangebote einschließlich staatsbürgerlichen und Geschichtsunterricht werden zu lassen.

Zu diesen denkwürdigen Publikationen gehören u. a. die Broschüren „Wir klagen an

– 800 Nazi-Blutrichter – Stützen des Adenauer Regimes“ 1959, „Blutjuristen Hitlers – Gesetzgeber Adenauers“ 1961, „Von der Reichsanwaltschaft zur Bundesanwaltschaft – Wolfgang Fränkel, neuer Generalbundesanwalt“ 1962 und 1965 das „Braunbuch – Kriegs- und Naziverbrecher in der BRD und in Westberlin“.



Das von der DDR herausgegebene Braunbuch von 1965

Einerseits wurde mit diesen Dokumentationen der nationalen und internationalen Öffentlichkeit ein detailliertes Bild von den Strukturen, Funktionsweisen und dem verbrecherischen Handeln des NS-Staats, seiner Schreibtischtäter und gnadenlosen Mordgesellen gegeben und andererseits auch aufgezeigt, daß diese Täter allesamt in der BRD nicht nur Wiederverwendung fanden, sondern maßgebliche Positionen bekleideten. Statt strafrechtlicher Verfolgung – wie sie die Opfer der Hitler-Diktatur und ihre Angehörigen in aller Welt erwarten durften – belohnte man sie im vielgepriesenen und vielverklärten demokratischen Rechtsstaat mit hohen Posten im Staatsdienst und Höchstpensionen.

Die BRD, die abertausende Täter und ganze Tätergruppen in ihr neues Machtsystem integrierte, statt sie zu verfolgen, sie zu maßgeblichen Stützen des Systems machte, hat jedes historische Recht verwirkt, Juristen oder andere Verantwortungsträger der DDR nach Übernahme unseres Staates gemäß Artikel 23 Grundgesetz für deren hoheitliches Tätigwerden wegen vermeintlicher Rechtsverletzungen zur Verantwortung zu ziehen. Wenn es trotzdem getan wurde, dann ist das pure Siegerjustiz im Gegensatz zum Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß und den Folgeprozessen in den Besatzungszonen.

In der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR wurden Nazi- und Kriegsverbrecher konsequent verfolgt, bestraft und enteignet. Die historische Chance, den Faschismus an den Wurzeln auszurotten, wurde genutzt.

Ein Rückblick auf Vergangenes und ein Vergleich mit dem Gegenwärtigen offenbart durchaus den beachtlichen gesellschaftlichen, zivilisatorischen, emanzipatorischen Fortschritt, den es in der DDR gab.

Fourier „spricht es zuerst aus, daß in einer gegebenen Gesellschaft der Grad der weiblichen Emanzipation das natürliche Maß der allgemeinen Emanzipation ist.“<sup>2)</sup> Und daß dieser in der DDR unvergleichbar höher war als in 40/70-jähriger BRD-Geschichte, kann nicht ernsthaft bestritten werden.

DDR-Rechtspraxis und Rechtswissenschaft standen auf dem Standpunkt, daß die „menschliche Gesellschaft“ oder „die vergesellschaftete Menschheit“<sup>3)</sup> nur erreicht werden könne, wenn sie den „bürgerliche Rechtshorizont“ überschreitet.

Während Marx in der „Judenfrage“ die politische Emanzipation durchaus als großen Fortschritt und als letzte Form der menschlichen Emanzipation innerhalb der bisherigen Weltordnung<sup>4)</sup> anerkennt, macht er auch ihre epochale Begrenztheit im Kapitalismus deutlich: „Keines der sogenannten Menschenrechte geht also über den egoistischen Menschen hinaus, über den egoischen, wie er Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft, nämlich auf sich, auf sein Privatinteresse und seine Privatwillkür zurückgezogenes und vom Gemeinwesen abgesondertes Individuum ist.“<sup>5)</sup>

Im DDR-Recht wurde der Versuch unternommen, die Gesetze und andere Rechtsvorschriften so zu gestalten und zu formulieren, daß dieser bürgerliche Rechtshorizont überschritten und Gemeinschaftliches, das Miteinander gefördert und Trennendes, Abgrenzendes, Egoistisches, Individualistisches überwunden wird. Dies fand sowohl in der DDR-Verfassung, im Familien-, im Arbeits- und im Zivilgesetzbuch und selbst im Strafgesetzbuch, aber auch in Umfang und Art der Kriminalität exemplarische Bestätigung. Weder das Diktatur- noch das Unrechtsstaat-Verdikt paßt auf die DDR, schon gar nicht im Vergleich mit dem NS-Staat. Wer so etwas behauptet, weigert sich, geschichtliche Fakten zur Kenntnis zu nehmen. Um Wahrheit, Objektivität, Redlichkeit geht es ihm nicht, sondern um böswillige Hetze, um Verunglimpfung des Werkes von Millionen DDR-Bürgern, um die Delegitimierung der DDR. Es ist üble Propaganda der Ewiggestrigen, die weder fähig noch imstande sind, in der DDR in die Zukunft Weisendes zu entdecken. Die Gebrechen des Kapitalismus werden sie eines Besseren belehren, denn das Ziel ist deutlich sichtbar und hoffentlich für uns, für unsere Kinder und Enkelkinder noch erreichbar.

Dr. Hans-Jürgen Joseph, Berlin

#### Anmerkungen und Fußnoten

1) Prof. Dr. Friedrich Karl Kaul, gedruckter Schlußvortrag S. 2 und 4

2) Friedrich Engels, Anti-Dühring, MEW Bd. 20, S. 242, dort Fußnote 136

3) vgl. Karl Marx, Thesen über Feuerbach, MEW Bd. 3, S. 535

4) Karl Marx, Zur Judenfrage, MEW Bd. 1, S. 356

5) a.a.O., S. 366

# Stärkste Bürgerbewegung

## Die Nationale Front der DDR – eine landesweite demokratische Initiative

Es ist geradezu auffallend still um die „Nationale Front der DDR“. Die Medien schweigen sich aus. Offensichtlich fällt es ihnen schwer, dieser Bürgerbewegung eine Diktatur zu unterstellen. Und so verschweigt man, was nicht ins öffentliche Bewußtsein gelangen soll.

Aber es ist Zeit, sich zu erinnern.

Wer sich einen raschen Überblick verschaffen will, sollte in der Verfassung der DDR nachlesen. Dort heißt es im Artikel 3, Punkt 1: „Das Bündnis aller Kräfte des Volkes findet in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland seinen organisierten Ausdruck.“

Punkt 2: „In der Nationalen Front des demokratischen Deutschland vereinigen die Parteien und Massenorganisationen alle Kräfte des Volkes zum gemeinsamen Handeln für die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft. Dadurch verwirklichen sie das Zusammenleben aller Bürger in der sozialistischen Gemeinschaft nach dem Grundsatz, daß jeder Verantwortung für das Ganze trägt.“

Welch ein Satz in Zeiten der Individualisierung und sozialer Isolation unter neoliberaler Kapitaldiktatur.

Um die Bezeichnung „Nationale Front des demokratischen Deutschland“ zu verstehen, muß man die Ereignisse in der Zeit nach 1945 ins Gedächtnis rufen.

Nach dem Ende des mörderischen faschistischen Weltkrieges und der Befreiung des deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus durch die Rote Armee war der Wille sehr verbreitet, ein antifaschistisches, demokratisches und friedliches Gesamtdeutschland aufzubauen. Dafür gründete sich der Antifaschistische Demokratische Block. Es fanden Volkskongresse statt, die das politische Ziel formulierten.

Der 3. Volkskongreß im Mai 1949 führte schließlich zur Gründung der Nationalen Front.

Alle diese Initiativen hatten das ganze einheitliche Deutschland zum Ziel.

Die Volkskongreßbewegung wurde in den Westzonen gewaltsam beendet. Mit der Einführung der separaten Währung 1948, mit der Annahme des Grundgesetzes im Mai 1949 und damit der Gründung des Separatstaates BRD war die Teilung Deutschlands vollzogen.

Einher ging die Restaurierung des deutschen Industrie- und Finanzkapitals in den Westzonen, nicht unwesentlich mit Hilfe riesiger Finanzleistungen der Westmächte.

Die politischen Kräfte der Ostzone waren gezwungen, darauf zu reagieren. Sie bereiteten die Gründung der DDR vor, die dann am 7. Oktober 1949 stattfand.

Erst 1973 wurde die Bürgerbewegung in „Nationale Front der DDR“ umbenannt.

Die Struktur der Nationalen Front umfaßte den Nationalrat, die Bezirksausschüsse, Kreisausschüsse, Ortsausschüsse und Wohnbezirksausschüsse.

Die Aufgaben waren den demokratischen Anforderungen entsprechend sehr vielfältig. Vorrangige Bedeutung hatte die Führung des Wahlkampfes in Vorbereitung der Wahlen zur Volkskammer, den Bezirkstagen und Kreistagen, einschließlich der Aufstellung



Berlin, 7. Oktober 1949: Der Deutsche Volksrat beschließt die Gründung der DDR

von Wählerlisten und der Durchführung von Einwohnerversammlungen.

Nachdem im Demokratischen Block, in dem die Parteien und Massenorganisationen vertreten waren, die Mandatsverteilung nach Mitgliederstärke beschlossen wurde, erarbeitete die Nationale Front die einheitliche Kandidatenliste.

Mitglieder im Demokratischen Block waren die Vorsitzenden der regionalen Vorstände folgender Parteien und Organisationen: SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), (LDPD) Liberal demokratische Partei Deutschlands, (CDU) Christlich Demokratische Union, (DBD) Demokratische Bauernpartei Deutschlands, (NDPD) Nationaldemokratische Partei Deutschlands, (FDGB) Freier Deutscher Gewerkschaftsbund, (FDJ) Freie Deutsche Jugend, (DVD) Demokratischer Frauenbund Deutschlands, (KB) Kulturbund, (VdGB) Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe.

Nach der Aufstellung der Kandidatenliste begannen hochaktive Wochen des Wahlkampfes. Jeder Kandidat mußte sich in seinem Arbeitskollektiv und in mehreren Einwohnerversammlungen vorstellen. Stimmten die Arbeitskollegen und die Einwohner zu, erhielt der Kandidat seinen endgültigen Platz auf der Liste. Bei Ablehnung wurde er gestrichen und die zuständige Partei oder Massenorganisation unterbreitete einen neuen Vorschlag. Auf diese Weise wurden wahrhaftige Volksvertreter gewählt, die bereits am Wahltag eine vertrauensvolle Wählerprüfung hinter sich hatten.

Die Nationale Front stellte sich die Aufgabe, mit vielen Bürgern ins Gespräch zu kommen, um alle die Menschen bewegenden

politischen und sozialpolitischen Fragen und Probleme offen anzusprechen. Dazu war eine enge Zusammenarbeit mit allen Parteien und Massenorganisationen wichtig.

Neben den bereits aufgeführten Massenorganisationen gab es auch enge Beziehungen zur (DSF) Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, zur (VS) Volkssolidarität, zur (GST) Gesellschaft für Sport und Technik, zum (DTSB) Deutscher Turn- und Sportbund

sowie zur (Urania), dem Verband zur Vermittlung populärwissenschaftlicher Themenbereiche.

Ein weiteres Betätigungsfeld der Nationalen Front waren in Zusammenarbeit mit den Stadt- und Gemeinderäten die kommunalen Initiativen für Ordnung und Sauberkeit in den städtischen Wohngebieten und Dörfern. Wettbewerbe, wie „Schöner unsere Städte und Gemeinden – mach mit!“ oder die Zielstellung „Goldene Hausnummer“ sowie Wohngebietsfeste und gesellige Hauszusammenkünfte führten die Menschen zueinander, förderten die sozialen Bindungen

und machten das Leben in den Wohngebieten behaglich.

Bei den Ausschüssen der Nationalen Front auf Kreis- und Bezirksebene waren Arbeitsgruppen tätig, die sich mit bestimmten Bevölkerungsschichten beschäftigen. So die Arbeitsgruppen „Handwerker und Gewerbetreibende“ und die Arbeitsgruppen „Christliche Kreise“.

Veranstaltungen und Erfahrungsaustasche mit den Angehörigen des Mittelstandes wie auch mit Laienchristen und kirchlichen Amtsträgern entsprachen den Bedürfnissen dieser Bürger, um mit der Nationalen Front über politische, aber auch über sehr persönliche Probleme zu reden.

Überall, ob in den Wohngebieten oder in den gesonderten Bereichen, war eine offene kameradschaftliche Atmosphäre spürbar, und es wurde dabei kein brisantes Thema ausgelassen.

Man spürte, daß die Bürger an eine derartige Offenheit gewöhnt waren. Das kannte jeder aus den volkseigenen Betrieben, in denen sie beschäftigt waren. Während der Rechenchaftslegungen der Betriebsdirektoren vor ihrer Belegschaft wurden oft sehr deutlich kritische Meinungen über die Betriebsführung geäußert, ohne daß sich jemand fürchten mußte, deswegen entlassen zu werden. Diese demokratische Vorgehensweise der volkseigenen Betriebe setzte die Nationale Front in den Wohnbereichen der Bürger auf vielfältige Weise fort. Die Nationale Front der DDR war die stärkste und breiteste demokratische Bürgerbewegung, die es je in Deutschland gab.

# Wider die „Herrschaft des Geldes“

## Die neue Enzyklika von Papst Franziskus und der Islam (Teil I)

Enzykliken sind seit dem 7. Jahrhundert ausgegebene Rundschreiben des autoritativen Oberhauptes der katholischen Gesamtkirche. In der von Papst Franziskus in Assisi unterzeichneten Enzyklika „Fratelli tutti“ (3. Oktober 2020) wird erstmals ein repräsentativer Vertreter des Islam, in dem es kein autoritatives Oberhaupt gibt, als Verbündeter für die Utopie und Hoffnung genannt, daß diese Welt eine andere sein könnte, eine Welt in Geschwisterlichkeit und sozialer Freundschaft. Das stößt besonders im Westen auf viel Widerspruch, weil von seinen führenden Systemideologen der Islam als Bedrohung der christlich abendländischen Werte dargestellt wird.

Islam bedeutet „Gehorsam“ gegenüber dem Willen des einen angenommenen göttlichen Schöpfers und Richters und bezeichnet die sich mit dem Propheten Mohammed in der ersten Hälfte des 7. Jahrhunderts in Arabien ausbreitende Religion. Mohammed hat den von ihm als Ergebnis von Meditationen gesammelten Koran an den Offenbarungslegenden mit Abraham, Mose und Jesus ausgerichtet. Der Islam ist also keine neue Religion, in ihm ist wie im Christentum die transzendente Dimension des Menschen Grundlage. Christen mit der Bibel und Muslime mit dem Koran glauben nicht national, sondern universalistisch. Der Islam war revolutionär, weil er an die Stelle der Stammesgesellschaften mit ihren Familienclans die Gemeinschaft der Gläubigen („Umma“) ohne Unterschied, also gleich welcher Ethnie zugehörig, gesetzt hat. Der historische Jesus von Nazareth war Revolutionär, weil er die Befreiung aller unterdrückten Menschen gelebt hat.

Sowohl in der Bibel wie im Koran kann der Mensch Antworten auf Gott geben. Dieser Ausgangspunkt muß sowohl bei den Christen wie bei den Muslimen immer mit dem geographischen und geschichtlichen Umfeld verbunden werden, weil die Antworten des Menschen nicht außerhalb der ökonomischen, sozialen und politischen Epoche sind. Was der italienische Marxist Antonio Gramsci 1931/1932 über Vergangenheit und Gegenwart des Christentum sagt, gilt für den Islam ebenso: Von dem Augenblick an, in dem das Christentum „zur äußeren Denkweise einer herrschenden Gruppe wurde, kann man sein Schicksal und seine Ausbreitung nicht trennen von der allgemeinen Geschichte und folglich von den Kriegen; jeder Krieg ist auch ein Religionskrieg gewesen, immer“. Der in Marseille geborene, historisch materialistisch denkende Philosoph Roger Garaudy schrieb 1990, daß außerhalb des keine Diskriminierung zulassenden Grundprinzips des Islam, Gott habe ein einziges Wesen geschaffen, gleich an Würde und verschieden nur durch Aufgaben (Sure 4,1), alles Sache der Überlieferung und geschichtlichen Umstände ist. Vor allem hob Garaudy jene Gemeinsamkeit von Islam und Christentum

hervor, die der Enzyklika von Papst Franziskus zugrunde liegt. Der tiefste Grund für die „Menschenrechte“ liege bei Muslimen und Christen in der Forderung, „gegen all das zu kämpfen, was unter Millionen von Menschen durch die Ungerechtigkeit das Angesicht Gottes verunstaltet. Dieser Befreiungstheologie bedarf der Islam genauso gut wie das Christentum“.



Die neue Enzyklika des Papstes

Der Glaube als solcher gilt im Islam als ein freier Akt des Individuums. Ausdrücklich heißt es, daß der Glaube ein freier und befreiender Akt des Menschen ist, „laß den gläubig sein, der will, und den ungläubig sein, der will“ (Sure 18, 29), und daß es „keinen Zwang im Glauben“ gibt (Sure 2, 256). Diesen Glauben hat Karl Marx 1844 als verkehrtes Weltbewusstsein, als Seufzer der bedrängten Kreatur im „Jammertal“ seines Daseins definiert. Marx wie sein Mitstreiter Friedrich Engels waren aber nicht daran interessiert, gläubigen Menschen einen Krieg zu erklären oder von einer sozialistischen Arbeiterpartei ein direktes Bekenntnis zum Atheismus, der ihnen eine Art von negativer Anerkennung Gottes war, zu verlangen.

Im Westen gibt es über die Stellung der Frau im Islam nur Vorurteile. Diese Vorurteile lenken davon ab, daß im Westen die massenhafte Diskriminierung durch Frauenhandel, Zwangsprostitution oder pornographische Kommerzialisierung der Sexualität als Randerscheinungen abgetan werden. Die „Me Too“-Bewegung zeigt Abgründe. Der Koran gibt dem Mann den „Vorrang“, was mit der traditionellen nahöstlichen Lebensweise zu tun hat. Aber ausdrücklich heißt es im Koran „Ein einziges Wesen in zweien, gleich an Würde, verschieden nur durch ihre Aufgaben“ (Sure 4, 1). Dasselbe gilt für das Christentum, welches Petrus im ersten Brief den Frauen ausrichten läßt, sie mögen sich den „Männern unterordnen“. Es ist populistisch, überheblich und ahistorisch, das Kopftuch als politische Deklaration des Islam abzutun.

### Islam und katholische Kirche

Mit Papst Franziskus hat die Katholische Kirche seit einigen Jahren die Begegnung mit dem Islam auf eine neue Ebene gehoben. Das konnte ihm nur gelingen, weil er von den Grundprinzipien der christlichen und islamischen Botschaften ausgeht. Die vor allem im Westen anhaltende Kollaboration der Katholischen Kirche mit dem Reichtum möchte Papst Franziskus beenden und den Katholizismus zu den Ursprüngen des Christentums zurückzuführen. Das gilt besonders auch für sein Bemühen, eine neue Dimension im Denken über den Islam zu öffnen. Dabei kann Papst Franziskus an oft nur Jahrzehnte zurückliegende Erfahrungen seiner Kirche im Dialog mit dem Islam nutzbar machen. Als Kardinal Jorge Mario Bergoglio SJ hat er als erster Papst den Namen des 1226 verstorbenen Franziskus von Assisi angenommen (2013). Papst Franziskus beginnt seine neue Enzyklika mit einer Erinnerung an Franz von Assisi, der sich „an alle Brüder und Schwestern“ gewandt habe, „um ihnen eine dem Evangelium gemäße Lebensweise darzulegen“. Franziskus habe zu „zu einer Liebe“ eingeladen, „die alle politischen und räumlichen Grenzen übersteigt“. Franziskus hat mit Sultan Melek-el-Kamel 1219 inmitten des Kreuzzuges zur Rückeroberung des „Heiligen Grabes“ die Begegnung gesucht, über die es viele Legenden gibt. Historisch belegbar scheint als roter Faden das Bemühen von Franziskus zu sein, nirgends als militäristischer Missionar gegenüber den „Ungläubigen“ aufzutreten, sondern als ihr „Bruder“. Und der Sultan hat ihn angehört, weil er mit dem nicht als militaristischen Kreuzfahrer auftretenden Christen Franziskus keine Differenz zum reinen Wesen des Korans erkennen konnte. Der Gläubige ist vor allem seinem Gott untertan, so wie Abraham, Jesus oder Mohammed. Und Jerusalem gehört so den Juden, Christen und Muslimen. Im vorigen Jahrhundert hat Papst Johannes XXIII. 1963 in seiner Enzyklika „Pacem in terris“ im Namen des gemeinsamen Menschentums zur Beteiligung an der Organisation der Arbeit für Frieden und Verständigung zwischen allen Menschen, die guten Willens sind, und sich für die von der Liebe bestimmten Einheit der menschlichen Gemeinschaft aufgerufen. Das von diesem Papst angeregte II. Vatikanische Konzil (1962–1965) war vor allem die Ermöglichung einer Umkehr der Kirche hin auf die Seite der Armen und Unterdrückten.

Im September 1974 fand in der vormaligen Hauptstadt des arabischen Spaniens Córdoba der 1. islamisch-christliche Kongreß statt. In der ehemaligen, in eine Kathedrale umgewandelte Moschee von Córdoba fand noch unter faschistischen Bedingungen sowohl ein muslimischer wie ein katholischer Gottesdienst statt. Der Baske Mikel de Epalza SJ, der als Mitglied der spanischen Gesellschaft für islamisch-christliche Freundschaft den

Kongreß vorbereitet hatte, meinte 1976: „Namentlich wenn die Christen wüßten, wie nahe die muslimische Moral der christlichen steht und wie sehr der Islam Gott, Jesus und Maria – also das, was den Christen das Teuerste ist –, hochschätzt, würden sicherlich manche Vorurteile und Aggressivitäten dahinfallen“. Es kann angenommen werden, daß Papst Franziskus als 1973 ernannter Provinzial des Jesuitenordens in Argentinien über solche Begegnungen in seinem Orden informiert war. Der Islam blieb eine Herausforderung für die Katholische Kirche, zumal die Vatikanhierarchie bereit war, dem Mars des Westens Weihrauch zu streuen, wie Daniel Berrigan SJ am Beginn der 1970er Jahre wiederholt geklagt hat. Der schweizerische Theologe Hans Küng hat sich Ende der 1980er Jahre bemüht, den Islam als Herausforderung des Christentums zu vermitteln. Schade, daß Küng durch den ihm aus diversen Gründen entgegengebrachten Applaus abgelenkt wurde und sein Projekt Weltethos in den akademischen Sphären versenkte.

### Islam und Volksbewegungen

Der Islam steht in jenen Ländern, für die er Richtschnur ist, für eine eigene kulturelle Welt. Wie im mit dem Katholizismus identifizierten Christentum gibt es im Islam in Wahrheit unterschiedliche Richtungen wie Sunniten und Schiiten. Er erlebte und erlebt nach Jahrhunderten der Stagnation eine Renaissance besonders bei jenen islamischen Völkern, die sich gegen den europäischen und später gegen den US-Kolonialismus erhoben haben und erheben. Der Islam nahm und nimmt Anteil an antikolonialen und nationalen Befreiungsbewegungen. Der Begriff „Dschihad“, der sich im Wort „Mudschahidin“ widerspiegelt, bedeutet nicht Kampf gegen die „Ungläubigen“, sondern Kampf für eine gerechte Sache. Die österreichische jüdische Historikerin und Journalistin Eva Priester berichtet in ihrem Buch über den algerischen Befreiungskampf 1959, daß der islamische Scheich Ben Badis ein Dreierprinzip aufgestellt hat: „Der Islam ist unsere Religion, Arabisch ist unsere Sprache, Algerien ist unser Vaterland“. In Europa wurde das anders gesehen. Sogar Albert Camus sah 1958 in einem freien Algerien „für das Abendland die Gefahr einer Einkreisung“. 1979 hat Eva Priester über den iranischen Freiheitskampf unter den grünen Fahnen des Islam geschrieben: „Die antiimperialistische Revolution im Iran war in vieler Hinsicht eine Revolution ‚wie sie im Buche steht‘. Nach Monaten von Kämpfen und Demonstrationen, an denen sich trotz Ausnahmezustand und Militärterror Millionen Menschen beteiligten, nach monatelangen politischen Streiks, vor allem der Erdölarbeiter, die das wirtschaftliche und politische Gefüge der Schahherrschaft erschütterten, haben schließlich ganze Einheiten der Armee ‚die Gewehre umgedreht‘ und sich mit dem Volke verbündet, hat sich das Volk selbst bewaffnet und die letzten Bastionen der alten Herrschaft im Sturm genommen. Doch in einem unterschied sich diese Revolution von anderen. Sie wurde unter der grünen Fahne, der Fahne des Islams, geführt, und neben politischen Forderungen



Treffen von Papst Franziskus und Großimam Ahmad Al-Tayyib 2017 in Kairo

war eine ihrer Losungen ‚Allah Akbar!‘ (‚Gott ist groß‘).

### Franziskus und der interreligiöse Dialog

Am 12. Juni 2015 appellierte im Auftrag von Papst Franziskus der Päpstliche Rat für den interreligiösen Dialog als Botschaft zum Ramadan an Christen und Muslime, „gemeinsam gegen Gewalt im Namen der Religion“ tätig zu werden. Angesichts der Vielfalt kriegerischer Verbrechen und des Leids, das ethnische und religiöse Gemeinschaften in einer Reihe von Ländern auf der Welt haben („Ermordung von Mitgliedern, Zerstörung ihres religiösen und kulturellen Erbes, Vertreibung aus ihren Häusern und Städten, Mißbrauch und Vergewaltigung ihrer Frauen, Versklavung von Mitgliedern, Menschenhandel, Organhandel und selbst den Verkauf von Leichen“), erinnert die Botschaft daran, daß niemand im Namen Gottes töten dürfe, denn das wäre ein „zweifaches Verbrechen: gegen Gott und gegen den Menschen“. Leben und Verhalten von Christen und Muslime müßten diese Überzeugung widerspiegeln. Papst Franziskus weiß, daß seine Kirche bis auf die Gegenwart herauf, sich an den angeprangerten Verbrechen beteiligte. Der Kazike Hatuey sagte 1512 auf Kuba am Kreuz vor seiner Verbrennung einem Franziskanermönch, der ihn noch mit Aussicht auf den „Himmel“ taufen wollte, er wolle lieber in die „Hölle“, weil er im „Himmel“ nicht derart grausamen Menschen, wie sie die Christen sind, begegnen wolle. Die katholische Kirche hat den antibolschewistischen Kreuzzug der Deutschen Wehrmacht mit seinen völkermörderischen Verbrechen gesegnet. Viel zu lange hat sie das Christentum vergessen und jede Klassenherrschaft als gottgewollt gerechtfertigt. Die katholische Soziallehre bis hin zu Papst Franziskus ist nicht darüber hinaus gegangen.

Am 4. Februar 2019 unterzeichneten Papst Franziskus und der Großimam von Al-Azhar Ahmad Al-Tayyib nach langen Vorbereitungen gemeinsam ein Dokument, das die Begegnung von Islam und katholischer Kirche auf eine neue Ebene hob. Ahmad Al-Tayyib lehrt an der Al-Azhar Universität in Kairo, wohin der Wiener Kardinal Franz König 1964 gereist ist. Papst und Großimam laden nun ein „zur Versöhnung und zur Brüderlichkeit unter allen Glaubenden, besser noch unter Glaubenden und Nichtglaubenden sowie unter allen Menschen guten Willens“. Das Schreiben von Papst Franziskus ist „an alle Menschen guten Willens“ adressiert. Das erinnert an

einen gewissen Wladimir I. Lenin, der 1905 in seinem Aufruf für den Kampf gegen „die finsternen Mächte des Kapitalismus“ die Einheit der unterdrückten Klasse als wichtiger hervorgehoben hat als die „Einheit der Meinungen der Proletarier über das Paradies im Himmel“. Großimam und Papst haben gemeinsam erklärt, woran Papst Franziskus in seiner Enzyklika erinnert, „mit Festigkeit, daß die Religionen niemals zum Krieg aufwiegeln und keine Gefühle des Hasses, der Feindseligkeit, des Extremismus wecken und auch nicht zur Gewalt oder zum Blutvergießen auffordern“. Papst Franziskus bleibt beim gemeinsamen Aufruf für Frieden, Gerechtigkeit und Geschwisterlichkeit und bei seinem Appell, „als Brüder und Schwestern miteinander zusammenzuleben, die Erde zu bevölkern und auf ihr die Werte des Guten, der Liebe und des Friedens zu verbreiten“, nicht stehen. Die Barbarei der Gegenwart mit ihren ungeheuren Opfern des „dritten Weltkrieges in Abschnitten“, der Unterdrückung und ausweglosen Versklavung ist für Papst Franziskus das Ergebnis der herrschenden Eigentumsverhältnisse und der damit verbundenen „Herrschaft des Geldes“. Hier trifft er sich mit dem ursprünglichen Islam, für den feststeht, daß die soziale Gerechtigkeit ein höherer sittlicher Wert als die Verteidigung des Eigentums ist. Papst Franziskus nennt den lateinischen Kirchenvater Johannes Chrysostomus von Byzanz, der mit seinen Predigten so wie Papst Franziskus auf die Praxis abzielt, der klagt, wie alles nach dem Reichtum ausgerichtet ist, dessen Wurzel „notwendigerweise in irgendeinem Unrecht“ liegt. Der Christen unverdächtige Thomas Morus hat 1516 geklagt, daß überall dort, wo infolge des Privateigentums als Maßstab für alles nur das Geld gilt und deshalb keine Gerechtigkeit herrsche. Den Blick von der „Legitimität des Privateigentums“ wendet Papst Franziskus hin zum „ersten Grundsatz der gemeinsamen Bestimmung der Güter“, hin zu den Flüchtlingen. Und dieser Blick läßt ihn sagen, „daß jedes Land auch ein Land des Ausländers ist, denn die Güter eines Territoriums dürfen einer bedürftigen Person, die von einem anderen Ort kommt, nicht vorenthalten werden“. Papst Franziskus hat sich an die Seite jener Bewegungen unterdrückter Völker gestellt, in der die Befreiungstheologie ihre Wurzeln hat und deren Vertreter dafür den „Preis der Gerechtigkeit“ zahlen mußten.

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler

Teil II des Textes folgt im „RotFuchs“-Dezemberheft

# Nachlesen lohnt sich

## Zur Eigentumsfrage in Schriften von Friedrich Engels

Friedrich Engels wurde vor 200 Jahren am 28. November 1820 in Barmen geboren und starb vor 125 Jahren am 5. August 1895 in London. Am Grabe seines Freundes Karl Marx auf dem Londoner Friedhof Highgate in London am 17. März 1883 sagte Engels: „Sein Name wird durch die Jahrhunderte fortleben und so auch sein Werk.“ Diese Worte gelten aber auch für ihn selbst, selbst wenn Engels sich stets nur in der zweiten Reihe sah und bescheiden meinte „Marx war ein Genie. Wir anderen sind höchstens Talente.“

Wladimir Iljitsch Lenin bemerkte, das Proletariat könne sagen, „daß seine Wissenschaft von zwei Gelehrten geschaffen worden ist, deren Verhältnis die rührenden Sagen der Alten über menschliche Freundschaft in den Schatten stellt.“

Gemeinsam mit Marx war Engels der Autor des „Manifestes der Kommunistischen Partei“, wofür Engels mit den Grundsätzen des Kommunismus wesentliche Vorarbeiten geleistet hat. Es war das wissenschaftliche Programm des Bundes der Kommunisten. Bereits 1845 veröffentlichten Marx und Engels in Auseinandersetzung mit dem Idealismus der Junghegelianer die „Heilige Familie“. In dieser Schrift begründeten sie die historische Mission des Proletariats. Ohne Friedrich Engels hätten die Bände II und III des Kapitals, die nach dem Tode von Marx erschienen, nicht fertiggestellt werden können. Engels habe „seinem genialen Freunde mit der Herausgabe von Band II und III des ‚Kapitals‘ ein großartiges Denkmal gesetzt, auf dem er, ohne es zu beabsichtigen, seinen eigenen Namenszug mit unauslöschlichen Lettern eingetragen hat. In der Tat, diese beiden Bände des ‚Kapitals‘ sind das Werk von zweien, von Marx und Engels“, stellte Lenin fest.

Engels publizierte aber auch eigenständige Arbeiten, wie 1845 „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“, 1850 „Die deutsche Reichsverfassungskampagne“, und „Der deutsche Bauernkrieg“, 1878 „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“, 1883 „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“, 1884 „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“, 1893 die Artikelserie „Kann Europa abrüsten?“

Friedrich Engels war aber nicht nur Wissenschaftler, sondern auch ein Revolutionär der Tat. Als Adjutant in der Freischar von August Willich nahm er 1849 an den bewaffneten Kämpfen für die Durchsetzung der Reichsverfassung teil. Ohne Mitglied der Sozialdemokratischen Deutschen Arbeiterpartei (ab 1890 Sozialdemokratische Partei Deutschlands) zu sein, leistete er Hervorragendes für die Entwicklung der Partei. Ebenso übte er einen wichtigen Einfluß auf die internationale Arbeiterbewegung aus, deren anerkannter Ratgeber er nach dem Tod von Karl Marx war. Wirken und Werk von Friedrich Engels sind so umfangreich und vielfältig, daß man sie in einem kurzen Beitrag nicht ausreichend

würdigen könnte. Deshalb beschränke ich mich auf eine besonders wichtige Thematik, auf die Frage des Eigentums an Produktionsmitteln und an Grund und Boden sowie die Verfügungsgewalt darüber.



Die früheste Fotografie von Friedrich Engels 1845

### Eigentum und Macht

Sicher sind die Versuche, das Privateigentum an Produktionsmitteln aufzuheben und Volkseigentum zu schaffen, weitgehend gescheitert. Über die Form des gesellschaftlichen Eigentums heute in China, Nordkorea, Vietnam und auch in Kuba kann man unterschiedlicher Meinung sein.

Karl Marx und Friedrich Engels schrieben im „Manifest der Kommunistischen Partei“: „Man hat eingewendet, mit der Aufhebung des Privateigentums werde alle Tätigkeit aufhören und eine allgemeine Faulheit einreißen. Hiernach müßte die bürgerliche Gesellschaft längst an der Trägheit zugrunde gegangen sein; denn die in ihr arbeiten, erwerben nicht, und die in ihr erwerben, arbeiten nicht.“ Nicht alle Vorstellungen, die Friedrich Engels zu Problemen der gesellschaftlichen Entwicklung hatten, sind heute noch aktuell. Aber in der Frage des Eigentums an den Produktionsmitteln sollte man durchaus auf ihn zurückgreifen.

Engels stellte in „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“ fest: „Alle bisherigen Revolutionen sind Revolutionen gewesen zum Schutz einer Art des Eigentums gegen eine andere Art. Sie können das eine nicht schützen, ohne das andere zu verletzen. In der großen französischen Revolution wurde das feudale Eigentum geopfert, um das bürgerliche zu retten, in der solonischen mußte das Eigentum der Gläubiger erhalten, zum Besten des Eigentums der Schuldner ... Und in der Tat, von der ersten bis zur

letzten sogenannten politischen Revolution sind sie alle gemacht worden zum Schutz des Eigentums einer Art und durchgeführt durch Konfiskation, auch genannt Diebstahl des Eigentums einer anderen Art. So wahr ist es, daß seit drittehalbtausend Jahren das Privateigentum hat erhalten werden können nur durch Eigentumsverletzung.“

An anderer Stelle heißt es: „So war der antike Staat vor allem Staat der Sklavenbesitzer zur Niederhaltung der Sklaven, wie der Feudalstaat Organ der Adligen zur Niederhaltung der leibeigenen und hörigen Bauern und der moderne Repräsentativstaat Werkzeug der Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital.“ Am letzten Teil des Satzes muß nach meiner Überzeugung kein Abstrich gemacht werden, und alle Umschreibungen dieses brutalen Ausbeutungsverhältnisses ändern daran nicht das Geringste.

Auch bei einem der nächsten Sätze von Engels erscheint es unwahrscheinlich, daß er schon vor über 100 Jahren geschrieben wurde: „Die neueste Leistung dieser Art, bei der Herrscher und Beherrschte gleich komisch erscheinen, ist das neue Deutsche Reich Bismarckscher Nation: hier werden Kapitalisten und Arbeiter gleichmäßig gegeneinander geprellt zum Besten der verkommenen preußischen Krautjunker.“

Für absolut zeitgemäß halte ich auch die Einschätzung von Engels: „In den meisten geschichtlichen Staaten wurden außerdem die den Staatsbürgern zustehenden Rechte nach dem Vermögen abgestuft und damit direkt ausgesprochen, daß der Staat eine Organisation der besitzenden Klasse zum Schutz gegen die nichtbesitzende ist.“

Engels spricht von der Form der direkten Beamtenkorruption, nennt die USA als klassisches Beispiel, weist auf die Form der Allianz von Regierung und Börse hin, „die sich umso leichter vollzieht, je mehr die Staatsschulden steigen und je mehr Aktiengesellschaften nicht nur den Transport, sondern auch die Produktion selbst in ihren Händen konzentrieren ...“ Laut Engels erfordert der Bruderbund zwischen Regierung und Börse gar keine demokratische Republik. Das beweise außer England auch das neue Deutsche Reich – damals ja auch noch Monarchie, „wo man“, so Engels, „nicht sagen kann, wen das allgemeine Stimmrecht höher gehoben hat, Bismarck oder Bleichröder.“

„Solange die unterdrückte Klasse, also in unserem Falle das Proletariat“, so Engels, „noch nicht reif ist zu seiner Selbstbefreiung, solange wird sie, der Mehrzahl nach die bestehende Gesellschaftsordnung als die einzig mögliche erkennen und politisch der Schwanz der Kapitalistenklasse, ihr äußerster linker Flügel sein.“ Wie wahr, nicht selten ist es ja noch nicht einmal der linke Flügel.

Nun mag es ja heute in Deutschland und anderswo nicht wenige geben, die glauben, daß die brutale Marktwirtschaft wenigstens Freiheit und Demokratie sichert. Der Zwang, bei

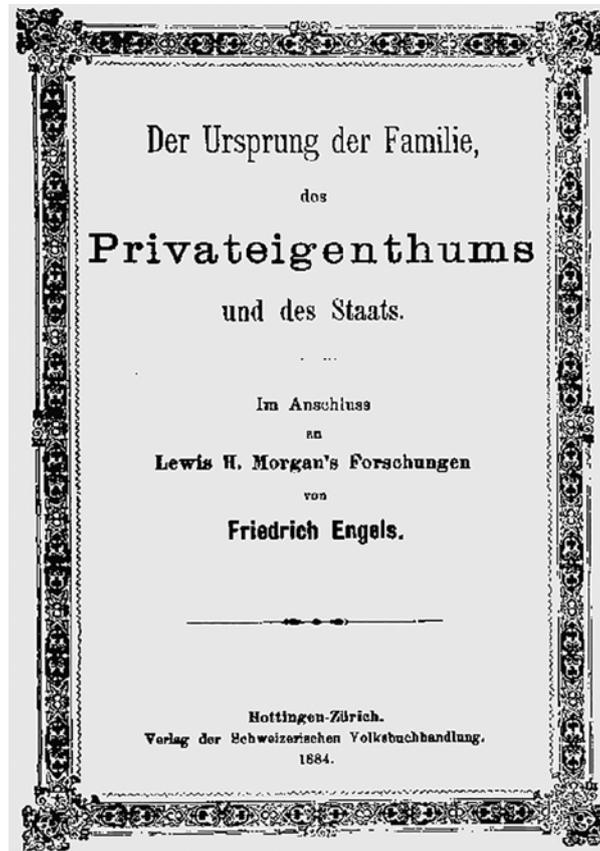
Wahlen, sich geheim in der Wahlkabine für Personen, Parteien und deren nicht immer sehr unterschiedliche Programme entscheiden zu können, ist sicher besser als das Zetelfalten in der DDR unter dem Motto: „Wer für den Frieden ist, kann seine Stimme auch offen für die Kandidaten der Nationalen Front abgeben!“ Aber an den realen Machtverhältnissen der Besitzenden ändert das im Grunde genommen nichts. Etwas anders wäre es schon, wenn pluralistische Demokratie im Bereich der Wirtschaft gelten würde und die „Arbeitnehmer“ über die Produktionsmittel verfügen könnten. Es gibt auf Dauer keine andere Lösung, als die großen Eigentümer zu expropriieren. Allerdings, selbst wenn eine radikale Eigentumsveränderung möglich wäre – gegenwärtig scheint es nicht die geringste Chance dafür zu geben – würde das noch lange nicht bedeuten, daß damit alle Probleme gelöst wären und eine gerechte, ökonomisch effiziente und ökologisch gesunde Gesellschaftsordnung entstehen könnte. Doch solange die große Mehrheit der Menschheit vom Eigentum an Produktionsmitteln, insbesondere an Grund und Boden ausgeklammert ist und dieses sich in den Händen von relativ wenigen befindet, lassen sich die Probleme der Menschheit mit Sicherheit nicht lösen. Die kapitalistische Marktwirtschaft bietet keine Möglichkeit dafür. Im „Manifest der Kommunistischen Partei“ schrieben Marx und Engels: „Ihr entsetzt Euch darüber, daß wir das Privateigentum aufheben wollen. Aber in eurer bestehenden Gesellschaft ist das Privateigentum für neun Zehntel ihrer Mitglieder aufgehoben; es existiert gerade dadurch, daß es für neun Zehntel nicht existiert. Ihr werft uns also vor, daß wir das Eigentum aufheben wollen, welches die Eigentumslosigkeit der ungeheuren Mehrheit der Gesellschaft als notwendige Bedingung voraussetzt.“

### Vergesellschaftung

Engels meinte, daß wir „uns jetzt mit raschen Schritten einer Entwicklungsstufe der Produktion (näher), auf der die Existenz der Klassen nicht nur aufgehört hat, eine Notwendigkeit zu sein, sondern ein positives Hindernis der Produktion wird.“ Nun kannten ja nicht nur Kaiser Wilhelm II. und die deutschen Faschisten keine Klassen mehr, aber die Notwendigkeit des Privatbesitzes wird für die Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse nach wie vor für absolut notwendig gehalten.

Häufig wird die Fähigkeit der Kapitalisten, ihre Herrschaft immer noch zu behaupten, mit ihren Möglichkeiten, die Produktivkräfte, die aber tatsächlich meist schon Destruktivkräfte sind, weiterzuentwickeln. In der Schrift „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ vertrat Engels die Auffassung: „Aber wie ihrerzeit die Manufaktur und das unter ihrer Einwirkung

weiterentwickelte Handwerk mit den feudalen Fesseln der Zünfte in Konflikt kam, so kommt die große Industrie in ihrer volleren Ausbildung in Konflikt mit den Schranken, in denen die kapitalistische Produktionsweise sie eingengt hält.“



Originalausgabe von 1884

Die Überführung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln zum Zweck der Vergesellschaftung in Gemeineigentum, wenn es dem Wohle der Allgemeinheit dient, ist nach den Artikeln 14 und 15 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland im Prinzip möglich. Das Grundgesetz müßte nicht einmal dafür geändert werden, wie das für die faktische Abschaffung des Asylrechts und den Einsatz der Bundeswehr überall in der Welt notwendig war. Es müßte, falls sich irgendwann einmal eine politische Mehrheit für die Anwendung der entsprechenden Passagen findet, lediglich über eine „angemessene Entschädigung“ der Eigentümer nachgedacht werden, falls das Eigentum redlich erworben wurde. Aber das war meist nicht so. „Die industriellen Arbeiter können sich nur befreien“, schrieb Engels in der Vorbemerkung zum deutschen Bauernkrieg, „wenn sie das Kapital der Bourgeoisie, d. h. die Rohprodukte, Maschinen und Werkzeuge und Lebensmittel, welche zur Produktion erforderlich sind, in das Eigentum der Gesellschaft, d. h. in ihr eigenes, von ihnen gemeinsam benutztes verwandeln.“ Nach Engels konnten auch die „Landarbeiter nur aus ihrem scheußlichen Elend erlöst werden, wenn vor allem ihr Hauptarbeitsgegenstand, das Land selbst, dem Privatbesitz der großen Bauern und noch größeren

Feudalherren entzogen und in gesellschaftliches Eigentum verwandelt und von Genossenschaften von Landarbeitern für ihre gemeinsame Rechnung bebaut wird.“ „Die Hauptsache bei alledem ist und bleibt die“, betonte Engels in „Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland“, „den Bauern begreiflich zu machen, daß wir ihnen ihren Haus- und Feldbesitz nur retten, nur erhalten können durch Verwandlung in genossenschaftlichen Besitz und Betrieb.“ Es ärgert ja so manchen Fürsten und Großgrundbesitzer aus den alten Bundesländern, daß sich landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften der DDR als durchaus konkurrenzfähig erwiesen. Aber es gibt in der brutalen Marktwirtschaft genügend ökonomische und auch politische Zwangsmittel, um unliebsame Konkurrenten auszuschalten.

Im „Manifest der Kommunistischen Partei“ schrieben Marx und Engels: „Die interessierte Vorstellung, worin ihr eure Produktions- und Eigentumsverhältnisse aus geschichtlichen, in dem Lauf der Produktion vorübergehenden Verhältnissen in ewige Natur- und Vernunftgesetze verwandelt, teilt ihr mit allen vorangegangenen Klassen. Was ihr für das antike Eigentum begreift, was ihr für das feudale Eigentum begreift, dürft ihr nicht mehr begreifen für das bürgerliche Eigentum.“

### Profit einzige Triebfeder

In der Schrift „Der Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen“ schrieb Engels: „Wo einzelne Kapitalisten um des unmittelbaren Profits willen produzieren und austauschen, können in erster Linie nur die nächsten, unmittelbarsten Resultate in Betracht kommen. Wenn der einzelne Kapitalist oder Fabrikant die fabrizierte oder eingekaufte Ware nur mit dem üblichen Profiten verkauft, so ist er zufrieden, und es kümmert ihn nicht, was nachher aus der Ware und deren Käufer wird. Ebenso mit den natürlichen Wirkungen derselben Handlungen.“ Engels schilderte dann, wie die spanischen Pflanzler in ganz kurzer Zeit die Umwelt in Kuba zerstörten. Nun wissen wir, daß das heute international organisierte Finanzkapital keineswegs in der Lage ist, die Umweltzerstörung, die globalen Charakter angenommen hat, aufzuhalten, sondern im Gegenteil deren Hauptverursacher ist. In der gleichen Schrift warf Engels der in Westeuropa herrschenden kapitalistischen Produktionsweise vor: „Die einzelnen, Produktion und Austausch beherrschenden Kapitalisten können sich nur um den unmittelbaren Nutzeffekt ihrer Handlungen kümmern. Ja selbst dieser Nutzeffekt – soweit es sich um den Nutzen des erzeugten oder ausgetauschten Artikels handelt – tritt vollständig in den Hintergrund; der beim Verkauf zu erzielende Profit wird die einzige Triebfeder.“ Es lohnt sich, für das Verständnis der heutigen Welt bei Friedrich Engels nachzulesen.

Dr. Kurt Laser

# Was ist Freiheit?

## Eine Engels-Ehrung vor 60 Jahren

In der kanadischen Stadt Toronto gibt es – wie das in vielen kapitalistischen Staaten üblich ist – für ausgesteuerte Arbeitslose eine große, auf Wohltätigkeit beruhende Suppenküche. Über den Hungrigen, die dort an dichtbesetzten Tischen auf die Brosamen der Satten warten, hängt ein Spruchband mit der biblischen Verheißung: „Frohlocket, denn die Rettung naht!“

Hätten diese Ärmsten der Armen das Geld, um sich die Zeitung „Globe and Mail“ zu kaufen, könnten sie dort nachlesen, was sie unter der „nahenden Rettung“, zu verstehen haben. Kaltschnäuzig belehrt das konservative Blatt seine Leser, in einer Wirtschaft des freien Unternehmertums könne „die Regierung nicht allen Arbeit verschaffen, die welche brauchen“. Unternehmer und Arbeiter müßten sich ins Zeug legen und beweisen, daß „in der freien Welt die Menschen sich selbst helfen können und wollen“.

Immer wieder dasselbe: „Freies Unternehmertum“ – „Freie Welt“ – „Freies Berlin“ – „Freie Universität“ – „abendländische Freiheit“ – „Freiheit“, „Freiheit“ – immer wieder „Freiheit“. Gibt es heutigentags eigentlich einen Begriff im menschlichen Sprachschatz, der von der Monopolbourgeoisie noch mehr strapaziert wird als dieser? Schamlos und demagogisch mißbrauchen sie die echten, erhabenen Gefühle der Menschen, indem sie von der Freiheit reden und die Unfreiheit meinen. Imperialismus und Freiheit – das sind zwei so entgegengesetzte, sich widersprechende Dinge, daß man sie genausowenig wie Feuer und Wasser vermengen kann. Die echte, die

wirkliche Freiheit kann die menschliche Gesellschaft nur im Sozialismus haben.

Es ist das unsterbliche Verdienst von Friedrich Engels, dessen Geburtstag sich morgen zum 140. Male jährt, in seinem „Anti-Dühring“ unter anderem all die mehr oder minder verworrenen Vorstellungen vergangener Zeiten vom Freiheitsbegriff vom Kopf auf die Füße gestellt und den einzig wissenschaftlichen, den dialektischen Standpunkt dazu präzisiert zu haben. Engels' Arbeit auf diesem Gebiet ist heute so aktuell wie ehemals. Engels schreibt: „Nicht in der geträumten Unabhängigkeit von den Naturgesetzen liegt die Freiheit, sondern in der Erkenntnis dieser Gesetze und in der damit gegebenen Möglichkeit, sie planmäßig zu bestimmten Zwecken wirken zu lassen. Es gilt dies mit Beziehung sowohl auf die Gesetze der äußeren Natur wie auf diejenigen, welche das körperliche und geistige Dasein der Menschen selbst regeln – zwei Klassen von Gesetzen, die wir höchstens in der Vorstellung, nicht aber in der Wirklichkeit voneinander trennen können ... Freiheit besteht also in der auf Erkenntnis der Naturnotwendigkeiten gegründeten Herrschaft über uns selbst und über die äußere Natur.“

Das heißt also: Der Mensch kann die objektiv wirkenden Gesetze in Natur und Gesellschaft nicht aufheben, er kann sich ihnen nicht entziehen, aber er kann sie erkennen, kann auf sie einwirken und die materielle Welt entsprechend seinen Plänen verändern. Darin besteht die Freiheit des Menschen.

Hätte es dafür aus der Jahrtausendlangen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft

noch praktischer Beweise bedurft – die gegenwärtige Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus liefert sie tagtäglich in erstaunlicher Fülle. Die Raumfahrt, die Ausnutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke wie überhaupt die ganze moderne Wissenschaft und Technik demonstrieren immer wieder aufs neue, wie der Mensch sich die Gesetze der Natur unterwirft und sich damit immer mehr vom blinden Wirken der Naturgewalten befreit.

Genauso im Bereich der Gesetze des gesellschaftlichen Lebens: Unter Führung der Arbeiterklasse hat eine Milliarde Menschen bereits die Konsequenzen aus ihrer Erkenntnis der objektiv wirkenden Gesetze in der Gesellschaft gezogen und sich von der kapitalistischen Sklaverei befreit. Und da der Kampf der Arbeiterklasse die letzte, die höchste Etappe der Menschheit auf ihrem Marsch zur Freiheit darstellt, gilt es jetzt, den werktätigen Massen in aller Welt das Bewußtsein zu vermitteln, daß ihre Freiheit nur durch die bewußte und planmäßige Tätigkeit, durch ihren revolutionären Kampf gegen die kriegswütigen und beutehungrigen Imperialisten, das heißt in Übereinstimmung mit den gesellschaftlichen Entwicklungsgesetzen verwirklicht werden kann.

Der Kampf um die Freiheit, so lehrt uns Friedrich Engels, ist keine Stubenangelegenheit von Philosophen, denn er findet nur Erfüllung unter der Losung: „Keine Freiheit den Mördern der Freiheit!“

H. M.

(Aus: LVZ, 27. November 1960; RF-Archiv)

## Den Kampfplatz gezeigt

### Ein Erinnerungsbuch, das zum 150. Geburtstag von Engels in der DDR erschien

„Friedrich hat mittelmäßige Zeugnisse in voriger Woche gebracht. Im Äußeren ist er, wie Du weißt, manierlicher geworden, aber trotz der früheren strengen Züchtigungen scheint er, selbst aus Furcht vor Strafe, keinen unbedingten Gehorsam zu lernen. So hatte ich heute wieder den Kummer, ein schmieriges Buch aus einer Leihbibliothek, eine Rittergeschichte aus dem dreizehnten Jahrhundert, in seinem Sekretär zu finden. ... Gott wolle sein Gemüt bewahren, oft wird mir bange um den übrigens trefflichen Jungen.“

So der Vater von Engels an seine Frau unter dem 27. August 1835 über seinen Fünfzehnjährigen, in dem sich, was der Vater offenbar für negativ hielt, schon Züge jener geistigen Selbständigkeit, jenes Phantasie reichums und jener Charakterfestigkeit offenbarten, die ihn später zur geschichtsbestimmenden Persönlichkeit werden ließen.

Der Brief seines, wie Friedrich Engels später einmal sagte, „despotischen Alten“ ist eines der zahlreichen Zeugnisse von Familienangehörigen und vor allem von Mitstreitern für die Sache des wissenschaftlichen Sozialismus, zusammengetragen im vorliegenden Büchlein, das zum 150. Geburtstag des Mitbegründers des wissenschaftlichen Sozialismus erschienen ist. Die Skala der Eindrücke reicht von Julian Harney, dem englischen Chartistenführer, der bereits die ersten Schritte von Engels zu sozialistischen Ideen verfolgte, bis hin zu Sam Moore, dem englischen Oberrichter in Nigeria und Übersetzer des „Kapitals“ von Karl Marx, sowie zu Victor Adler, dem österreichischen Sozialistenführer, dem Engels als Arzt vertraute und der als einziger die Vorgeschichte des tödlichen Kehlkopfkrebsleidens kannte, dem Engels mit knapp 75 Jahren zum Opfer fiel.

Wer möchte sich anmaßen, in diesem Rahmen alle jene Nuancen und vielfältigen Züge zu vermerken, die in den Erinnerungen zahlreicher Zeitgenossen niedergelegt sind. Einiges nur sei erwähnt.

Da ist Wilhelm Liebknechts Bericht von 1896, als er zusammen mit Eleanor Marx-Aveling, der jüngsten der Marx-Töchter, gleichsam als erster sozialistischer Reporter „auf den Spuren von Engels“ wandelte, die zugleich Pfade der eigenen Lebensreife waren. Da ist die unvergeßliche Episode, geschildert von Eleanor Marx, als Engels in Manchester zum letzten Male auf das Kontor ging, um von da an den „hündischen Kommerz“ für immer an den Nagel zu hängen. Viele der Reminiszenzen rühmen die große Sprachbegabung von Engels anhand einprägsamer Begebenheiten. Einmal sprach Engels mit einem in brasilianische Uniform gesteckten Zwerg auf einer

Londoner Schaustellung, zuerst auf Portugiesisch, dann auf Spanisch, ohne jedoch Antwort zu erhalten, bis sich herausstellte, daß der angebliche Brasilianer in Wahrheit ein Ire war, und Engels ihn zu dessen Freude in seinem heimischen Idiom anredete. Da ist die Schilderung der alljährlichen Zeremonie um den Plumpudding zu Weihnachten im Hause von Engels mit all ihren Umständlichkeiten. Es gibt Berichte und Mitteilungen von der Reise des 68jährigen nach den USA, den der Seegang ebensowenig aus der Ruhe bringen konnte wie andere Strapazen der Reise, abgesehen von 68 Moskitostichen, die er einmal einstecken mußte.

Selbst Gegner der Anschauungen von Marx und Engels, die das unzertrennliche Paar kennenlernten, kommen in dem Büchlein mit aufschlußreichen Beobachtungen zu Wort. Natürlich spielt in diesem Erinnerungsband das Verhältnis zwischen Marx

und dem „anderen Ich“ von Karl Marx, wie Engels genannt wurde, eine Hauptrolle. Doch auch Erinnerungen an die vielfachen Äußerungen zu politischen Tagesfragen sind zu finden, die Engels gegenüber seinen Gästen machte. Ausdrücklich vermerkt einer von ihnen, daß Engels 1894 richtig vorher sagte, die russische Revolution werde der Arbeiterklasse des Westens einen neuen Anstoß und neue, bessere Kampfbedingungen geben und damit den Sieg des modernen industriellen Proletariats beschleunigen. Es erscheint angesichts dieser Prognose wie ein Omen, daß Engels das letzte ihm beschiedene Silvester gemeinsam mit russischen Revolutionären beging, wie Vera Sassulitsch in einem hier abgedruckten Briefe lebhaft schildert. Wir Heutigen wissen, daß eine Begegnung zwischen Engels und Wladimir Iljitsch Lenin nur durch den Tod von Engels verhindert wurde.

Am Sarge des großen Wissenschaftlers und Kämpfers sprach Paul Lafargue, wie Wilhelm Liebknecht für den „Vorwärts“ niederschrieb, die tiefempfundenen Worte: „Adieu, teurer Freund! Einen so liebevollen, guten und nachsichtigen Freund werde ich nicht mehr finden. Du gabst uns im Vereine mit Marx das ‚Komunistische Manifest‘, Du gabst dem französischen Proletariat das Programm, welches uns zum Klassenbewußtsein weckte und uns leitet in den täglichen Kämpfen um die Eroberung der politischen Macht. ... Du zeigtest uns den Kampfplatz, Du gabst uns die Waffen und die Parole, wir werden kämpfen und siegen!“

**Werner Müller**  
(RF-Archiv)

*Ich erinnere mich gern. Zeitgenossen über Friedrich Engels. Zusammengestellt und eingeleitet von Manfred Kliem. Dietz-Verlag, Berlin 1970. 250 S., 16 Bildseiten mit Illustrationen von Werner Klemke*

## Universales Wissen

1970 erschien zum Engels-Geburtstag ein Band mit einer Auswahl aus dem Briefwechsel des Wissenschaftlers und Revolutionärs

Aus Anlaß des 150. Geburtstages von Friedrich Engels erschien vor 50 Jahren ein gleichermaßen unterhaltsames wie belehrendes Buch, das die Reihe solcher Bändchen wie „Englischer Alltag“, „Engels auf Reisen“, „Karl Marx: Wie ich meinen Schwiegersohn erzog“ fortsetzt.

„Engels ist ein wunderbarer Mensch“, schrieb Paul Lafargue, „ich bin niemals einem Menschen begegnet, der geistig so jung und so beweglich ist und ein derart enzyklopädisches Wissen besitzt. Wenn man bedenkt, daß er 20 Jahre in Manchester in einem Handelshause leitend tätig war, so fragt man sich, woher er die Zeit genommen hat, um alles, was er weiß, in seinem Kopf aufzuspeichern.“ Von dieser Feststellung wird sich der Leser anhand von Briefen überzeugen können, die Engels in den Jahren von 1839 bis 1895 an Marx, an Kampfgenossen und Familienangehörige richtete. Aber nicht nur über das vielseitige Wissen von Engels auf dem Gebiet der politischen Ökonomie, der Philosophie, der Geschichte, der Militärwissenschaft, der Philologie, der Naturwissenschaften sowie über seinen schöpferischen Beitrag zum Marxismus legen seine Briefe Zeugnis ab.

Einzigartig war seine Freundschaft mit Marx. Voller Freude nahm jeder an den Leistungen des anderen teil. Sie sparten nicht mit Kritik, und die Zustimmung des Freundes war das höchste Lob. Als nach dem Tode von Karl Marx die ganze Arbeit in den Händen von Engels lag, betrachtete er es als seine erst-rangige Aufgabe, das hinterlassene Erbe seines Freundes für die Arbeiterklasse zur Veröffentlichung vorzubereiten. So stellte er die eigenen wissenschaftlichen Vorhaben erst einmal zurück, um z. B. den zweiten und dritten Band des „Kapitals“ herauszugeben.

Wieviel Anstrengung, aber auch wieviel Freude es Engels bereitete, zeigen seine folgenden Worte: „Zunächst gilt es, den 2. Band des ‚Kapitals‘ herauszugeben, und das ist kein Spaß. Vom 2. Buch existieren vier bis fünf Bearbeitungen, von denen nur die erste vollendet, die späteren nur angefangen; das wird Arbeit kosten, bei einem Mann wie M(arx), der jedes Wort auf die Goldwaage legte. Aber es ist mir eine liebe Arbeit, ich bin doch wieder mit meinem alten Kameraden zusammen.“

Anerkennungen, die Engels von Seiten seiner Freunde und Kampfgenossen aus den verschiedensten Ländern zuteilwurden, kommentierte er u. a. so: „Die Komplimente, die Du mir so unverdienterweise gemacht hast, haben mich um so mehr beschämt, als ich leider in den 18 Jahren so gut wie gar nichts direkt für unsere Sache habe tun können ...“ Aus diesen Zeilen spricht eine charakteristische Seite seiner Persönlichkeit: seine große Bescheidenheit. Es ist bekannt, welchen großen Anteil Engels selbst an der Schaffung der weltanschaulichen Theorie des Proletariats hat. Denken wir nur an solche fundamentalen Arbeiten wie „Anti-Dühring“, „Der Ursprung der Familie“, „Ludwig Feuerbach“, um nur einige zu nennen. Im gleichen Atemzuge muß man seine umfangreiche revolutionäre Tätigkeit in der internationalen Arbeiterbewegung nennen, seine aktive Hilfe, seine Ratschläge und Hinweise, sein Lob und seine Kritik, die in seiner Korrespondenz mit den Vertretern der Arbeiterbewegung in den verschiedensten Ländern zum Ausdruck kommen. Sowohl als Mitglied des „Bundes der Kommunisten“, als auch in der I. Internationale, bei der Ent-stehung der II. Internationale und in seinen Verbindungen zu den Arbeiterparteien in vielen Ländern stellte Engels sein universales

Wissen freigebig in den Dienst des Kampfes um die Befreiung der Arbeiterklasse. In Treue zur Partei und zum Proletariat kämpfte er konsequent gegen all ihre Feinde.

Viele Briefe widerspiegeln die selbstlose Unterstützung, die aufmunternden und anerkennenden Worte, die Engels stets seinen Freunden und Kampfgenossen gewährte: „Wir haben aber auch die Pflicht, nach Kräften dafür zu sorgen, daß unsre verhafteten Freunde und ihre Familien in Deutschland nicht Not leiden, und gerade jetzt, wo ihnen das bevorstehende Weihnachtsfest ohnehin so verbit-tert wird. Wir sind daher so frei, inliegend eine Fünfpfundnote ... beizulegen. ... Leben Sie wohl, liebe Frau Liebknecht, und lassen Sie den Mut nicht sinken!“

Und auch das ist Engels: „Der Humor geht mir darum doch nicht aus.“ Diese Maxime konnte er voll für sich in Anspruch nehmen. Er liebte die fröhlichen Feste und die kleinen Freuden des Alltags, er war ein glänzender Reiter und Schwimmer und begeisterte sich für Theater, Literatur und Musik. Alles in allem: Es ist den Bearbeitern dieser mit originellen Illustrationen ausgestatteten Briefsammlung gelungen, ein lebendiges Bild von der faszinierenden Persönlichkeit Friedrich Engels zu vermitteln. Erläuternde Bemerkungen zum Inhalt der Briefe, eine Chronik der wichtigsten Lebensdaten von Friedrich Engels, ein Verzeichnis der erwähnten Personen sowie ein Quellen-nachweis vervollständigen die Ausgabe.

**Irma Baude**  
(RF-Archiv)

*Friedrich Engels: Zwischen Bureau und Barrikaden. Zusammengestellt und eingeleitet von Käte Schwank und Lotti Reiher. Illustrationen von Fred Westphal. Dietz-Verlag, Berlin 1970. 270 S.*

# Erinnerungsbibliothek DDR

## Spätere Generationen werden sie finden

Nachdem ich meine eigene Autobiographie fertiggestellt hatte, reifte in mir die Idee von einer Bibliothek der Erinnerungen als einem Ort, der gelebtes Leben in der DDR bewahrt. Dieser Traum wurde mit der Gründung des Vereins „Erinnerungsbibliothek DDR“ im August 2012 Wirklichkeit.

Unserer Bitte, biographische Aufzeichnungen vom Leben in der DDR an den Verein zu übergeben, damit sie der Nachwelt erhalten bleiben, sind mehr als 2 500 Bürgerinnen und Bürger gefolgt. Insgesamt wurden 1 000 Bücher gesammelt. Auch viele Leser des „RotFuchs“ sind darunter, die uns nach meinem Aufruf im Mai-RF 2014 bei der Suche nach biographischem Material unterstützten oder selbst zur Feder griffen. Allen an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön für die Hilfe, denn auch, wenn wir unseren Verein vor einem Jahr auflösen mußten, bleibt doch erhalten, was wir zusammengetragen haben: authentische Berichte, Aufzeichnungen und Niederschriften vom Leben in der Familie, der Arbeit in der Industrie, Landwirtschaft, den Universitäten, der Erziehung ihrer Kinder, der Landesverteidigung und vieles andere mehr. Sie erzählen von Urlauben in betrieblichen Einrichtungen und von Kinderferienlagern, die für die Eltern fast kostenlos waren, von Kultur, Sport und medizinischer Versorgung und alles unabhängig vom Geldbeutel

der Familie. Sie berichten vom eigenen Weg in der DDR, auf dem wir versuchten alle mitzunehmen, keinen zurückzulassen, jedem eine Chance zu geben, jeden zu fördern und zu fordern. Und: Konflikte wurden nicht ausgespart, doch bei all unseren Fehlern und Schwächen stand der Mensch immer im Mittelpunkt – das ist es, was das Leben in der DDR bestimmte. Heute dagegen, wo auf allen Kanälen der 30. Jahrestag der „Wiedervereinigung“ Dauerkonjunktur hat, nimmt die Hetze gegen den sozialistischen deutschen Staat kein Ende, werden immer neue Gruselgeschichten wie in einer Endlosschleife aufgelegt.

In den Büchern gegen das Vergessen steht, wie es wirklich war.

Mein 80jähriges Leben war geprägt von vielen Erfolgen, ob als FDJ-Sekretär an der Veterinärmedizinischen Fakultät der Humboldt Universität Berlin, ob als Kreistierarzt oder als Bürgermeister. Die zurückliegenden acht Jahre „Erinnerungsbibliothek DDR“ aber gehören zu den gewichtigsten in diesem erfüllten Leben. Sie sind geradezu zu einem Höhepunkt meiner Existenz geworden. Ich hatte das große Glück, unzählige wunderbare Menschen kennenlernen zu dürfen, eine Erfahrung, die ich auf keinen Fall missen möchte. Ein besonderes Dankeschön sage ich unseren Vorstandsmitgliedern Dr. Rosemarie Werner,

Werner Griebel, Dr. Hildegard Wagenbreth, Rainer Schneider, Dr. Eva Elsner sowie Edelgard Griebel und Raimon Brete. Durch ihr Engagement ist diese Bibliothek zu einem einmaligen Dokument der Zeitgeschichte über den ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat auf deutschem Boden geworden.

Es ist uns gelungen, die gesammelten 1 000 Bücher im Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde für die Nachwelt zu erhalten. Dort können sie künftig gelesen und auch ausgeliehen werden. Noch für 20 Jahre wird unsere Homepage im Internet präsent sein. Damit aber auch spätere Generationen diesen einmaligen Bestand nutzen können, haben wir ein sogenanntes Findbuch, bestehend aus drei Bänden, erarbeitet. Ein Exemplar davon befindet sich im „Findmittelraum“ des Bundesarchivs, die Bände stehen auch in der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin und einmal im Nachlaß des Vereins. Wir hoffen, daß sich auch einzelne Landesverbände der Stiftung diese Nachschlagewerke kaufen werden. Nicht zuletzt bieten wir die Findbücher auch Interessierten zum Kauf an.

Der Selbstkostenpreis beträgt inklusive Porto 105 Euro, zu beziehen über Dr. Rolf Funda, Salzeck 6 in 39418 Staßfurt, Tel. 0160/1861454.

**Dr. Rolf Funda**  
Staßfurt

## BUCHTIPPS

**Ekkehard Lieberam:** Wendige Vergeßlichkeit – Sozialismusanlauf in der DDR und 30 Jahre Schluckvereinigung

Bundesregierung und Bundestag übernahmen mit dem „Vereinigungsvertrag“ und zwei Enquetekommissionen zur „SED-Diktatur“ selbst die Rolle von Geschichtsschreibern. Sie bestimmten als Geschichtspolitiker die Richtlinien des Umgangs mit der DDR-Geschichte, mit der Geschichte der deutschen Zweistaatlichkeit und der Vereinigungsgeschichte. DDR-Geschichte wurde fortan zur Kriminal- und Repressionsgeschichte.

Der Anschluß der DDR an die Bundesrepublik galt als Befreiung und als Erfolgsstory. Von den Schandtaten der Treuhänder redete man nicht. Wenn Politiker im Überschwang ihrer Abneigung gegen die DDR Greuelthaten erfanden, so brauchten sie nicht zu fürchten, der Lüge bezichtigt zu werden. Der DDR war schließlich alles zuzutrauen. Als Gesellschaft mit politischen und sozialen Errungenschaften hatte sie nicht existiert. Eine nach wie vor differenzierte, überwiegend positive Sicht der heute noch lebenden „Erlebnisgeneration“ in Ostdeutschland auf die DDR macht allerdings deutlich, daß die Ausrichtung des politischen Alltagsdenkens dieser Generation auf DDR-Bashing weitgehend gescheitert ist.

*Pad-Verlag, Bergkamen 2020, 84 Seiten, 6 Euro. Staffelpreis im Direktvertrieb: ab 5 Exemplaren: 5 Euro pro Stück; ab 10 Exemplaren: 4.50 Euro pro Stück. pad-verlag, Am Schlehdorn 6, 59192 Bergkamen. E-Mail: pad-verlag@gmx.net*

**Albrecht Müller:** Die Revolution ist fällig – aber sie ist verboten

Der langjährige SPD-Politiker und Gestalter der „Nachdenkseiten“ schreibt zum Anliegen seines Buches: „Ich will mit meiner Analyse und meinem Text die junge Generation dazu ermuntern, an andere und bessere Möglichkeiten zu glauben und nicht zu resignieren.“ Weiter heißt es: „Vor 40 Jahren begann eine schleichende Veränderung unserer Wirtschaft, unserer Politik, unseres Lebens. Die neoliberale Ideologie hat in dieser Zeit bleibende Schäden angerichtet, Strukturen verändert, Bewährtes zerstört. Wir leben heute in einer anderen Welt.

Einer schlechteren! Was es braucht, sind radikale Veränderungen, nichts weniger als eine Revolution.

Sie wird nicht kommen, denn sie ist nicht vorgesehen. Nicht erlaubt. Wichtig ist, die Zerstörung zu erkennen, die Lügen zu durchschauen.

Vielleicht können wir das Schlimmste verhindern, wenn wir uns zusammentun.“

*Westend Verlag, Frankfurt am Main 2020, 192 Seiten, 16 Euro*

**Eva Ruppert:** In Zeiten der Konterrevolution. Gedichte

Eva Ruppert setzt sich mit der Gegenwart und der Vergangenheit auseinander. In verdichteter Sprache. Im letzten Gedicht dieser Auswahl, sie nennt es „Lebenslauf“, heißt es biografisch:

„Als ich sechszwanzig war, / wurde das Saarland wieder deutsch. / Als ich achtundvierzig war / schlief ich unter der roten Fahne. / Als in der Deutschen Demokratischen Republik die Konterrevolution gesiegt hatte, / wurde ich Kommunist.“ Die ehemalige Gymnasiallehrerin gehörte nie einer Partei an. Und noch immer ist sie parteilos. Aber sie hat eine Haltung, einen Standpunkt, vom dem aus sie die Welt sieht und beurteilt. Dabei nimmt sie nie ein Blatt vor den Mund, wohl aber auf ihren Schreibtisch. Und artikuliert ihre Meinung im Versmaß. Ohne sich fremden Maßstäben zu unterwerfen.

*Verlag am Park, Berlin 2020, 232 Seiten, 15 Euro*

# „RotFuchs“-Veranstaltungen im Monat November 2020

## ■ Regionalgruppe **Güstrow**

**Am 5. November um 15 Uhr** spricht das Mitglied der Friedensinitiative Horst Neumann zum Thema: **Kriege im Nahen Osten – Kriegsvorbereitungen an der russischen Grenze?**

**Ort:** Haus der Generationen der Volkssolidarität, Weinbergstraße 28, 18273 Güstrow

## ■ Regionalgruppe **Frankfurt (Oder)**

**Am 6. November um 15 Uhr** spricht Prof. Dr. Edeltraut Felfe, Mitglied des Ältestenrates der Partei Die Linke, zum Thema: **Gibt es eine neue Ausrichtung der Partei Die Linke?**

**Ort:** Klub der Volkssolidarität, Logenstraße 1, 15230 Frankfurt (Oder)

## ■ Regionalgruppe **Gera**

**Am 7. November um 14 Uhr** spricht Richard Dollinger anlässlich des 200. Geburtstages von Friedrich Engels zum Thema: **„Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“.**

**Ort:** Geschäftsstelle der Partei Die Linke, Markt 12 A, 07545 Gera

## ■ Regionalgruppe **Königs Wusterhausen**

**Am 7. November um 10 Uhr** spricht Dr. Peter Elz zum Thema: **Kapitalistische Wirtschaft in der Systemkrise, unausweichlicher Strukturwandel weltweit im Interesse der Menschheit, verbunden mit der Lösung des alles zerstörenden Klimawandels.**

**Ort:** Bürgertreff, Fontaneplatz 2, 15711 Königs Wusterhausen

## ■ „RotFuchs“-Gruppe **Oranienburg**

**Am 11. November um 13 Uhr** spricht Dr. Udo Stegemann zum Thema: **Rechtsterrorismus und Staatsterrorismus.**

**Ort:** Geschäftsstelle der Volkssolidarität, Bernauer Straße 18 A, 16515 Oranienburg

## ■ „RotFuchs“-Gruppe **Torgau**

**Am 14. November um 10.30 Uhr** spricht Dieter W. Feuerstein zum Thema: **Wie zwingen wir die deutschen Kriegstreiber zum Frieden? Mein Beitrag als früherer Kundschafter – Unsere gemeinsame Verantwortung heute.**

**Ort:** „Komm Treff“, Schloßstraße 14/16, 04860 Torgau

## ■ Regionalgruppe **Leipzig**

**Am 15. November von 9 bis 17 Uhr** Konferenz zum Thema: **Die Rolle Polens in Vergangenheit und Gegenwart. Gemeinsame Veranstaltung mit der Marx-Engels-Stiftung Wuppertal**

**Ort:** Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Straße 77, 04105 Leipzig

## ■ Regionalgruppe **Berlin Marzahn-Hellersdorf**

**Am 17. November um 18 Uhr** Diskussion mit dem Autor des Buches „Der letzte Mann“ Generalmajor a. D. Heinz Engelhardt, der am Schluß seiner Bilanz feststellt: **„Am Ende des langen Weges bleibt die Erkenntnis, daß die Staatssicherheit die DDR nicht retten konnte, sie war aber auch nicht schuld an ihrem Untergang!“**

**Ort:** Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahn Promenade 38, 12679 Berlin

## ■ „RotFuchs“-Gruppe **Plauen**

**Am 18. November um 17.00 Uhr** sprechen Petra Rank, Ortsvorsitzende Die Linke Plauen, und Wolfgang Dockhorn, stellv. Vorsitzender des „RotFuchs“-Fördervereins, zum Thema: **Schulterschuß im Kampf für Frieden und soziale Gerechtigkeit.**

**Ort:** Wohngebietstreff, August-Bebel-Straße 1, 08525 Plauen

## ■ Regionalgruppe **Strausberg**

**Am 19. November um 15 Uhr** spricht der Historiker Dr. Bernhard Majorow zum Thema: **Analyse der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung in Belarus und Rußland.**

**Ort:** Mehrgenerationenhaus Strausberg, Wirtschaftsweg 70 (Eingang über Steremat), 15344 Strausberg

## ■ Regionalgruppe **Harz**

**Am 20. November um 14 Uhr** spricht Generalmajor a. D. Heinz Engelhardt zu seinem Buch **„Der letzte Mann. Countdown fürs MfS“.**

**Ort:** Gaststätte „Lindenhof“, Spiegelsbergenweg 16, 38820 Halberstadt

## ■ Regionalgruppe **Berlin-Lichtenberg**

**Am 21. November um 10 Uhr** Gedankenaustausch zu aktuell-politischen Themen und der weiteren Arbeit der Regionalgruppe

**Neuer Ort:** Miteinander Wohnen e. V., Seniorentreff, Volkradstraße 8, 10319 Berlin

## ■ Regionalgruppe **Chemnitz-Zwickau**

**Am 21. November um 10 Uhr** spricht Prof. Dr. Klaus Müller zum Thema: **Die Werttheorie nach Marx und ihre Aktualität (Beginn einer Reihe zur politischen Ökonomie).**

**Ort:** „Rothaus“, Lohstraße 2, 09111 Chemnitz

## ■ Regionalgruppe **Neubrandenburg**

**Am 21. November um 10 Uhr** spricht Dr. Ulyrk Gruschka, Vorsitzender des Deutsch-Chinesischen Freundschaftsvereins e. V., zum Thema: **Warum ist die VR China für die USA die größte Bedrohung?**

**Ort:** Mehrgenerationenhaus Seniorenbüro e. V., Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg

## ■ Regionalgruppe **Rostock**

**Am 21. November um 10 Uhr:** Podiumsdiskussion zum Thema „Jesus – Marx – und ich“ Wege im Wandel einer Achtundsechzigerin (nach dem gleichnamigen Buchtitel aus 2020) mit Edda Lechner (Pastorin, Buchautorin/ Norderstedt)

**Ort:** Mehrgenerationenhaus Evershagen, Maxim-Gorki-Straße 52, 18106 Rostock

## ■ Regionalgruppe **Potsdam**

**Am 24. November um 15 Uhr** Wahlversammlung der Regionalgruppe. An aktiver Mitarbeit interessierte „RotFuchs“-Leser sind herzlich eingeladen.

**Ort:** Restaurant „China Haus“, Zeppelinstraße 147, 14471 Potsdam

## ■ Regionalgruppe **Bitterfeld-Wolfen**

**Am 25. November um 13 Uhr** Wahlversammlung der Regionalgruppe.

**Ort:** Haus der Volkssolidarität Bitterfeld, An der Sorge 2, 06749 Bitterfeld-Wolfen

## ■ Regionalgruppe **Berlin-Hohenschönhausen**

**Am 25. November um 18 Uhr** spricht Oberstleutnant a. D. Hans Becker zum Thema: **Die Arbeit der Strafverfolgungs- und Rechtspflegeorgane der DDR. Kriminalitätsentwicklung im vereinten Deutschland**

**Ort:** Nachbarschaftshaus im Ostseevierviertel, Ribnitzer Straße 1 B, 13051 Berlin

## ■ Regionalgruppe **Magdeburg**

**Am 26. November um 14 Uhr** spricht Oberst a. D. Gerhard Giese zum Thema: **Droht Rußland den USA/NATO mit Krieg oder ist es umgekehrt?**

**Ort:** Servicezentrum, Leipziger Straße 43, 39120 Magdeburg



Zu Prof. Dr. Eike Kopf: *Übergangsperiode in China und die Klassiker*, RF 270/271, S. 9 ff. Die Einschätzungen von Friedrich Engels zur Übergangsperiode wurden klar und ausführlich dargelegt. Ich hätte mir aber mehr zum eigentlichen Thema gewünscht. Die Übergangsperiode in China begann ja nicht erst mit Deng Xiaoping, sondern bereits 1949 mit der Gründung der Volksrepublik. In dieser Zeit wurden beachtliche Erfolge erzielt. Es gab aber auch ernsthafte Rückschläge durch den „Großen Sprung“ und die „Kulturrevolution“. Unter Deng Xiaoping gelang China tatsächlich der große Durchbruch zur heute zweitgrößten Wirtschaftsmacht der Welt. Es gibt allerdings unterschiedliche Ansichten, ob China sich auf dem Weg zum Sozialismus befindet oder eine staatskapitalistische Entwicklung nimmt. Nach den USA hat China die größte Zahl von Milliardären. Nicht gut war das Bündnis, das China in dieser Zeit gegen die Sowjetunion mit den USA einging, auch wenn die sowjetische Führung sicher Mitschuld an der Verschlechterung der Beziehungen trug. Man stelle sich einmal vor, wie die Entwicklung hätte verlaufen können, wenn die Beziehungen Chinas zur Sowjetunion damals so gewesen wären wie heute zu Rußland.

Es ist gut, daß im „RotFuchs“ die Wahrheit über den „Krieg in Korea“ verbreitet wird. (Nr. 272, S. 21). Es war auch wichtig, darauf hinzuweisen, daß die UdSSR bereits 1948 ihre Truppen aus der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik zurückzog, während die USA ihre Militärlager in Südkorea weiter massiv ausbauen und die Aggression gegen den Norden vorbereiteten. Zur Solidarität der sozialistischen Länder sollte noch konkret der Einsatz der chinesischen Freiwilligen erwähnt werden, mit deren Hilfe es gelang, den Aggressor USA und seine Verbündeten in den Süden zurückzudrängen.

**Dr. Kurt Laser, Berlin**

Es ist ein Verbrechen geschehen, ein Mann wurde angeblich vergiftet. Beweise wurden der Öffentlichkeit nie vorgestellt, dafür um so mehr Vermutungen und Behauptungen. Es gibt kein Verbrechen ohne Motiv, selbst der geisteskranken Mörder hat eines, er weiß es nur nicht. Mit dem Motiv zusammenhängend ist die Frage, wem das Verbrechen nutzt oder eben auch schadet. Also, dem vermutlichen Vergifter Putin schadet es mehr als es nützt. Deshalb hat man gewiß auch genauestens nachgeforscht, ob sich ein Gift finden läßt, denn

schon als Nawalny zusammenbrach, war das internationale Echo abzusehen. Wie schnell doch der Kranke nach Deutschland eingeladen und transportiert wurde und dann hat ausgerechnet die Bundeswehr ein Gift ausfindig gemacht. Zivile Forschungseinrichtungen hat man offenbar absichtlich außen vorgelassen, selbst die Charité hatte nichts wirklich gefunden. Ist der Fall Nawalny vielleicht doch eine gigantische kriminelle Selbstinszenierung? Dann wäre das Opfer nicht Nawalny, sondern Putins Rußland und einer Beweislastumkehr, die nicht erfolgreich sein kann, weil alle mit falschen Karten spielen. Wenn es dumm läuft, dann könnte der Fall noch zu einer „Emser Depesche“ werden.

**Jochen Singer, Leipzig**

Mit Interesse verfolge ich die Diskussion über Stopp oder Fertigstellung von „Nord Stream 2“ in den Medien und im Bundestag. Da die Pipeline bereits zu 97 Prozent fertiggestellt ist, wäre die Beendigung jetzt ein Milliardengrab für die eingesetzten Steuermittel. Man muß sich wundern, wie großzügig und leichtfertig in Regierungskreisen damit umgegangen wird. Das Argument der Grünen, die Fertigstellung von „Nord Stream 2“ würde Arbeitsplätze in Mecklenburg-Vorpommern kosten, ist nicht nachvollziehbar. Diese Leute wollen uns doch nicht weismachen, daß die Riesentanker mit US-Gas an den Häfen der Ostseeküste festmachen würden.

Um vielleicht doch noch zum Ziel zu kommen und den großen Bruder USA zu unterstützen, ist nun die angebliche Giftattake auf Nawalny aus der politischen Trickkiste gezogen worden. Natürlich ist auch dafür, wie kann es anders sein, Putin persönlich verantwortlich. Es bleibt bei genauer Überlegung immer die Frage, wem nutzt die Tat am meisten? Den Russen mit Sicherheit nicht. Deshalb ist es meiner Meinung nach wichtig, den Fall Nawalny nicht mit der Fertigstellung von „Nord Stream 2“ in einen Topf zu werfen.

**Ralf Kaestner, Bützow**

Natürlich sponsert der Westen die Ost-Revolution, was denn sonst? Oder wie soll man verstehen, daß die USA und die EU ohne jeglichen Beweis die Ergebnisse der Wahlen in Belarus nicht anerkennen? Auch die spontan zugesicherten 53 Millionen wurden nicht Belarus zur Verfügung gestellt. Sie sollen nun der „Zivilgesellschaft“ zu Gute kommen. Das ist nichts anderes als Sponsoring der Opposition.

Die Einflußtechnologien sind heute so weit, daß in fast jedem Land eine Protestbewegung aktiviert werden kann. Polen hat eine „Karta Poljaka“ für Belarussen, ein System zur Umgehung von schwer zu erhaltenden Schengen-Visa initiiert. Über Studienplätze und Medien erhalten sie Massenzugang. Die vom Westen unterstützte Tichanowskaja-Opposition in Belarus, deren auf Demos mitgeführte weiß-rot-weiße Fahnen 1943 bis 1945 die Farben der Kollaborateure mit der faschistischen Wehrmacht waren, verspricht den Bürgern relativ sichere Löhne und Gehälter, ein hohes Wohneigentum, kostenlose Bildung und Gesundheitsversorgung, Ordnung und Sicherheit. Doch in Wahrheit will sie die volle Privatisierung der Betriebe und das könnte zu sozialen, ökonomischen und politischen Ver-

werfungen, ähnlich wie in der Ukraine, führen. Die antirussische Strategie ist der Hebel, um die Wirtschaft von Belarus zu schädigen oder gar zum Stillstand zu bringen, wobei man wissen muß, daß bis zu 60 % von deren Produktion in die Russische Föderation geht.

Im Westen wünscht man nichts sehnlicher als Machtverhältnisse wie sie in Polen, Ungarn und den baltischen Ländern erzwungen worden sind. Man könnte auf diese Art und Weise zugleich Rußland militärisch noch näher aufs Fell rücken.

**Liane Kilinc, Wandlitz**

In der Sendung bei Maybrit Illner am 10. September stolperte Gregor Gysi augenfällig über seine Eitelkeit. Neben Heiko Maas sitzend, fühlte er sich offenbar zu einer Profilierung herausgefordert. Nachdem er mit der Verurteilung Putins und der angeblichen Krim-Annexion seine prinzipielle Übereinstimmung mit der aggressiven BRD-Außenpolitik bekundet hatte, ging er auf Belarus ein.

So berichtete er über ein Gespräch mit dem Botschafter dieser Republik, wobei er zur Verwunderung des Außenministers offenkundig diskrete Informationen zum Besten gab. Offenbar fühlte er sich genötigt, aus seinen Erfahrungen im angeblichen totalitären DDR-Regime Lukaschenko Ratschläge zu erteilen, die, wie er stolz bekanntgab, aufgeschrieben und nach Minsk weitergereicht werden sollten. Jetzt müsse man sehen, was daraus werde. Er riet Lukaschenko, seine Politik grundsätzlich zu ändern, einen Kompromiß mit den Oppositionellen zu suchen und einen Runden Tisch wie in der DDR zu führen.

Gysi schien trotz seiner „Erfahrungen“ entfallen zu sein, daß alle runden Tische nur zur Etablierung der Konterrevolutionen in Polen, Ungarn und der DDR und zum Untergang der sozialistischen Staaten führten. Welch ein „Kompromiß“ sollte zwischen Lukaschenko und denjenigen, die ultimativ und einzig seinen Sturz fordern, ausgehandelt werden? Der angeblich sozialistische Außenpolitiker Gysi fordert hier das Gleiche wie die Bundesregierung, die Rechtsparteien, die SPD, die Grünen, die EU und USA, erhebt also eine großbürgerliche und konterrevolutionäre Forderung.

Am Rande beklagte er die Verhaftung des Führers der (einflußlosen) Linkspartei von Belarus, die an den staatsfeindlichen Demonstrationen teilnimmt und mit Gysi verhandelt ist. Wer zum Sturz einer gewählten Regierung aufruft und sich mit subversiven Aktionen strafbar macht, muß schon mit Konsequenzen rechnen.

Gysi weiß natürlich, daß es den Reformisten dort nicht gelungen war, die kommunistische Partei wie die SED in der DDR zu zerschlagen. Die dortige KP ist die zweitstärkste Fraktion im Parlament und steht zu Lukaschenko. Dort sind die Reformisten deutlich das, was sie in der DDR auch waren: Erfüllungsgehilfen der Konterrevolution.

**Dr. Bernhard Majorow, Königs Wusterhausen**

Mit immer größerem Interesse lese ich den „RotFuchs“. Die profunden Beiträge in- und ausländischer Autoren sind ein gutes Rüstzeug, um sich der bürgerlichen Pressemanipulation zu erwehren. Besonders interessieren mich

Beiträge zur Geschichte der DDR, zu Kuba, Rußland und China.

Das Herausbrechen von Belarus ist jetzt ein besonderes Beispiel für die von westlicher Seite finanzierten Aktionen, sekundiert von Polen, der Ukraine und Litauen. Man will den russischen „Bären“ in die Zange nehmen. Belarus und Rußland sind vereint in einem Verteidigungspakt und ökonomisch über die Eurasische Wirtschaftsunion (EUAWU) verbunden. Was man im Wirtschaftskrieg mit Sanktionen nicht erreicht oder mit Militärmanövern wie „Defender2020“ soll über eine global-politische Diversion erfolgen. Der Kampf um „Nord Stream 2“ ist in vollem Gange.

**Udo Hammelsbeck, Ilsenburg**

Ich bin mit dem offiziellen Umgang gegen die Ausbreitung des Virus in vielen Punkten nicht einverstanden. So erfolgte z. B. die Einführung der Maskenpflicht viel zu spät, weil keine oder nicht genügend Masken vorhanden waren. Der Skandal in diesem Zusammenhang besteht darin, daß bereits im Jahr 2012 laut Bundestagsdrucksache 17/12051 die Gefahr einer Pandemie beschrieben wurde. Geschehen ist in Sachen Vorsorge nichts.

Mit der Maskenpflicht ist meine persönliche (Bewegungs-)freiheit stark eingeschränkt (keine Urlaubsreise, Verbot öffentlicher Veranstaltung, teilweise häusliche Isolierung), aber aus Rücksicht auf die Mitmenschen halte ich mich an die Festlegung.

Erschüttert war ich, als ich die Berichterstattung über die, zum größten Teil von Rechten und Faschisten organisierte Demonstration in Berlin verfolgte. Besonders erschreckt hat mich dabei, daß sich neben den Faschisten, Rechten, Reichsbürgern, Verschwörungstheoretikern auch die sogenannte bürgerliche Mitte vor den Karren der Veranstalter, denen es schon lange nicht mehr um die Pandemie geht, spannen ließ. Mir persönlich hat es einen Stich ins Herz versetzt, als ich in der ersten Reihe der Demonstranten die Peace-Fahne sah.

**Sigi Schoenfeld, Bremen**

Güstrows Bürgermeister empfahl 2019 darüber nachzudenken, ob die Antifaschisten Bernhard Quandt, Klaus Sorgenicht und Johannes Warnke Ehrenbürger der Stadt bleiben sollen. 720 Bürger entschieden sich unterschriftlich für die Beibehaltung der Ehrenbürgerschaft. Eine Reaktion des Bürgermeisters steht aus. Bernhard Quandt, bekannt als Vater der Bodenreform, wird vorgeworfen, daß „das Recht auf Eigentum mit Füßen getreten (wurde)“. Die Reform war aber keine Entscheidung Quandts, sondern eine der Alliierten (1991 vom Bundesverfassungsgericht bestätigt). Er setzte sie mit der Aufteilung von 164 Gütern sowie sieben Bauernhöfen in 5 406 Siedlerstellen um. Viele Umsiedler (980 000 in Mecklenburg) erhielten ein neues Zuhause und eine Zukunft. Zu den Enteigneten gehörte z. B. Graf Henning von Bassewitz-Behr, höherer SS- und Polizeiführer. Superintendent Sibrand Siegert, der aktiv an der Bodenreform mitwirkte, befürchtete, der Graf könne wiederkommen. Die damals 15jährige Brunhilde Pries aus Bredentin pflegt noch heute den Gedenkstein „Junkerland in Bauernhand“, „übergeben von Landrat Bernhard

Quandt und Superintendent Sibrand Siegert“. Johannes Warnke half, die kampflöse Übergabe der Stadt an die Rote Armee vorzubereiten. Er und Bernhard Quandt kämpften gegen den Kapp-Putsch. Sie waren von den Nazis in die Konzentrationslager Sachsenhausen und Dachau verschleppt worden. Klaus Sorgenicht lief 1944 zur Sowjetarmee über und wirkte als Fronthelfer des NKFD. Nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus standen sie an der Spitze des demokratischen Neuanfangs. Da sie aber SED-Kader waren, soll ihnen die Ehrenbürgerschaft aberkannt werden. Drei Präsidenten, 1 Kanzler und 25 Minister der BRD waren vor 1945 in Hitlers Partei. Wird ihnen die Ehre auch aberkannt?

**Wilfried Schubert, Güstrow**

Angeregt durch Beiträge im Juni-Heft des „RotFuchs“ habe ich mit Freunden die Gedenkstätte Seelower Höhen besucht. Nach der 89er Konterrevolution wurde dort dem Zeitgeist sehr viel Tribut gezollt. Ich kann mich nur fremdschämen. Was wird die überschäumende anti-russische Hysterie wohl noch alles anrichten?

**MR Dr. Manfred Gries, Oranienburg**

Ich muß Hans-Joachim Schulz aus Kreischa entschieden widersprechen, wenn er in seiner Leserschrift im September-„RotFuchs“ schreibt, daß seines Erachtens die Beiträge „Wissenschaftliche Weltanschauung“ im RF überflüssig sind. Mit „uneingeschränkter DDR-Nostalgie“ haben diese Beiträge nichts zu tun. Das beweist der im gleichen Heft erschienene Beitrag zu den Menschenrechten (S. 23/24).

Es ist doch das entscheidende Problem in der Linkspartei, daß sie eben dieses unentbehrliche Handwerkszeug aus der Hand gelegt hat und ihre Führung eine opportunistische und revisionistische Politik betreibt.

Die Aneignung politischer Bildung auf der Grundlage einer wissenschaftlichen Weltanschauung und das Handeln danach wird entscheidend dafür sein, ob es uns gelingt, die letzte Ausbeutergesellschaft zu überwinden.

**Bernd Gnant, Kühlungsborn**

Wem der Kompaß fehlt, abhandengekommen ist oder wer meint, er brauche keinen, torkelt nicht selten orientierungslos durch die Meinungs- und Politwelt. Was ist glaubhaft, wahr, gelogen, halb wahr, was verschwiegen, geheuchelt oder was gar Verschwörungstheorie? Zunutze machen sich das jene, die ihre „Wahrheiten“ nicht gern klar aussprechen, die uns vor ihren Karren zu spannen gedenken. Wie erkennen wir die Absichten derer, die uns täglich in Verwirrung, Ratlosigkeit bringen, die nichts erklären, was wir verstehen könnten, wozu wir uns unsere Meinung bilden können? Welche Partei gibt uns Kompaß und Orientierung ohne eigene Interessen und Eigennutz dahinter? Wir sehen keine! Allgemein, nichtssagend wird Gerechtigkeit gefordert, worunter jeder alles, nichts oder nur seine eigne versteht. Regierende Politik, die sich vordergründig moralisch, gerechtigkeitsliebend, menschenrechtlich gibt und heuchelt, kann jedes beliebige Ereignis für sich vereinnahmen, passend machen, benutzen und jedem weißmachen. Seit vielen Jahren gelingt es, unbemerkt für die meisten, sich hierzulande

stets antifaschistisch zu gebärden und zugleich den Nazi-Sumpf zu nähren, zu fördern und zu behüten. Rechte Aktionen liefern auf Wogen entfachten Volkszorns die Rechtfertigung für brutalstes Vorgehen gegen Linke wie in Hamburg und anderswo.

Die Interessenfrage ist die erste und wichtigste Frage, die wir uns zu stellen haben, wenn wir schon nicht Klassenfrage sagen wollen. Ohne sie fehlt uns der Kompaß, der uns unsere Interessen anzeigt.

**Roland Winkler, Aue**

*Zu Prof. Gerhard Oberkofler: Für wen schreibt Gregor Gysi, RF 270/271, S. 3*

Endlich! Es wurde Zeit, daß wir im RF zu Gregor Gysi Klartext schreiben. Gysis Redetalent, seine Schlagfertigkeit und juristischen Erfolge trugen dazu bei, daß er in Berlin viermal ein direktes Bundestagsmandat gewann. Jahrelang war er Spitzenfunktionär in der PDS/Die Linke und schließlich Vorsitzender der Europäischen Linkspartei. Es verwundert also nicht, daß er nach wie vor viele Anhänger unter den Linken hat. Selbst nach der Veröffentlichung seiner Biographie 2018 änderte sich das nicht, obwohl er sich in dem Buch mehrfach als Antimarxist, Antileninist, Anti-SED/DDR-Politiker, als Bewunderer rechter Sozialdemokraten (Bernstein, Kautsky, Hilferding), als Befürworter der bürgerlichen parlamentarischen „Demokratie“, der die sozialistische Demokratie ablehnte, zu erkennen gab.

Es ist gut, daß der RF unter dem Text von Gerhard Oberkofler den Beitrag von Bernhard Majorow „Die Zerschlagung der SED“ gesetzt hat.

Als am 20./21. Januar 1990 14 SED-Politbüromitglieder selbstherrlich und anmaßend aus der SED ausschlossen, tauchte der Name des seit dem 8. Dezember 1989 „gewählten“ SED-Vorsitzenden Gregor Gysi zwar nicht auf, aber nach 30 Jahren Niedergang dieser Linkspartei dürfte marxistisch-leninistisch denkenden Genossen klar sein, welche Rolle er dabei gespielt hat.

Was wurde auf dem chaotischen „Parteitag“ am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin nicht alles geschwafelt über „demokratischen Sozialismus“, „Dritten Weg“, „Freiheit“, „Demokratie“, Abkehr vom „Stalinismus“, „Privilegien“ der SED-Führung usw. Und was haben diese „linken Besserwisser“ erreicht bei den „freien Wahlen“ nach BRD-Gesetzen: Raub des Volkseigentums, Arbeitslosigkeit, Deindustrialisierung, Kriegsbeteiligung, Kulturabbau, Abriß Ost (Sozialwohnungen, Kulturhäuser, Bibliotheken ..), Demokratieabbau (Liquidierung der DDR-Verfassung, des Arbeitsgesetzbuches, der Konflikt- und Schiedskommissionen, Abbau der Rechte für Frauen, politische Massenverdummung etc.). Dennoch gehört auch zur Wahrheit, daß in der Partei noch einige Zehntausend ehrliche frühere SED-Mitglieder gemeinsam mit jungen Neumitgliedern und westdeutschen Friedensfreunden für Frieden, soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz kämpfen. Im Zusammenwirken mit Gewerkschaften und Mitgliedern vieler Verbände, Organisationen und Bürgerinitiativen praktizieren wir das in Potsdam im „RotFuchs“, in der GRH, in der Friedenskoordination, in der Bewegung „Aufstehen“, in der IG Metall, im Verband der Gartenfreunde, in der Volkssolidarität, in der Mahnwache für Frieden und Gerechtigkeit. Ein eindrucksvolles Zeugnis dafür war die am 29. August durchgeführte

Konferenz zum 75. Jahrestag des Potsdamer Konferenz, deren Anliegen es war, einen Beitrag für eine Neubestimmung auf Entspannung, gegenseitiges Verstehen und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Staaten auf der Grundlage des Völkerrechts zu leisten.

**Horst Jäkel, Potsdam**

Da wo heute Reichsbürger und Neonazis marschieren dürfen, ihre Flaggen schwenken und damit deren Ziele öffentlich dokumentieren, wird mehr als deutlich, daß die Bundesrepublik keine Lehren aus Nazideutschland gezogen hat. Mit dem Nachkriegsverbot der KPD – einer Partei mit Erfahrungen aus der Anti-Hitler-Bewegung, die vor einem faschistischen Krieg gewarnt hatte –, war der Nährboden für das Erstarken der rechten Gruppierungen freigegeben. Mit dem „Verschwinden“ der DDR schwappte diese Entwicklung auf den Osten Deutschlands über. Ich denke da an die DDR-Künstlerin, Heidrun Hegewald, Menschenrechtsträgerin der GBM, die mit ihrem Bild „Kassandra sieht ein Schlangenei“ bereits 1981 ein bildhaftes Symbol mit Bezug auf alte Mythen wie auch mit zeitbezogenen realistischen Blick auf faschistische Verführung schuf. Die Schlange als ein Symboltier von Zweispieltigkeit, Falschheit, wandlungsfähig, ihr Gift vernichtet Leben. Ihre „Kassandra“ beschwört die Menschen als Mutter, alarmiert von wiederholten und neuen Katastrophen. Warnungen vor einer faschistischen Entwicklung gestern und heute können durch Corona-Maßnahmen und Gegenbewegung nicht ungehört bleiben. Denn der „Sturm auf den Reichstag“ mit Nazisymbole, Reichsbürgern und Kaiserreichsflaggen ist deutlich genug und brandgefährlich.

**Ernst Jäger, Panketal**

Mit großem Interesse habe ich den Beitrag „Neue Geschichtspolitik“ von Prof. Dr. Zbigniew Wiktor der Juli-August Ausgabe des RF aufgenommen. Da meine Vorfahren im ehemaligen Ostpreußen lebten und dort infolge der verbrecherischen Politik der Nazis ihr Leben lassen mußten, verbrachte ich auch in diesem Jahr meinen Erholungsurlaub zu ihrem Gedenken in der Wojewodschaft Ermeland sowie im wiedererstandenen Gdansk. So kann ich aus eigenem Erleben die im Beitrag des Genossen Wiktor dargestellten antikomunistischen und vor allem antisowjetischen Ausfälle der gegenwärtig dort herrschenden äußerst rechten PiS-Regierung nur bestätigen. Der Sowjetunion wird jahrzehntelange Okkupationspolitik des Landes unterstellt, ihre Befreiungsmision wird böse verunglimpft oder totgeschwiegen, so als habe es z. B. Auschwitz – das Symbol des Holocaust und Völkermordes von mehr als 1,5 Millionen Menschen, darunter Tausende Polen, nie gegeben. Somit fand ich in keinem der von mir besuchten Orte auch nur eine Straße, welche die an der Seite der Sowjetarmee heroisch kämpfende, in der Sowjetunion aufgestellte Polnische Armee würdigte, die bekanntlich Warschau befreite und erfolgreich an der Einnahme Berlins teilnahm. Die noch vor einiger Zeit existierenden Denkmäler der Sowjetarmee, auch jene, welche an die Waffenbrüderschaft mit den polnischen Streitkräften erinnern, wurden beseitigt. An deren Stelle findet man nunmehr oft Gedenkstätten für die nationalistischen Untergrund-

banden, die nach der Befreiung des Landes weiter gegen die junge Volksmacht und die Sowjetarmee kämpften.

In den von mir besuchten Kirchen würdigt man ausschließlich die Opfer der „Heimatarmee“ (AK), insbesondere jene, die in dem mit antisowjetischer Zielsetzung durchgeführten Warschauer Aufstand 1944 ihr Leben ließen oder in den mit den westlichen Alliierten kämpfenden polnischen Einheiten fielen.

In dieser Atmosphäre der Geschichtsklitterungen über den Zweiten Weltkrieg geschah auch unlängst der Diebstahl des Denkmals des großen Sohnes des polnischen Volkes, des Marschalls der Sowjetunion und Polens und dessen zeitweiligen Verteidigungsministers Konstantin Rokossowski, eines berühmten Heerführers der Sowjetarmee. Insgesamt spürt man bei unseren östlichen Nachbarn eine direkte NATO-Unterwürfigkeit. Ihr Territorium steht bereitwillig militärischen Verbänden – darunter auch der Bundeswehr – für provokatorische Manöver an den Grenzen Rußlands zur Verfügung. Damit wird der Kriegsgefahr Vorschub geleistet.

In diesem Zusammenhang ist es unerlässlich, auch die Rede Wladimir Putins anlässlich des 75. Jahrestages des Sieges der Sowjetarmee über die faschistischen Aggressoren nachzulesen. Er erklärte mit gebotener Schärfe und Deutlichkeit auch Polen für mitschuldig am Zweiten Weltkrieg. Es schloß bereits 1934 einen Nichtangriffspakt mit Nazideutschland! Es bleibt die Hoffnung, daß sich jene Kräfte in unserem Nachbarland durchsetzen, die für eine Abkehr von der NATO-Kriegspolitik eintreten.

**Heinz Behrendt, Plauen**

Am 1. Oktober 1990, vor 30 Jahren, fand die Zusammenführung der Volkspolizei von Berlin, Hauptstadt der DDR, und der Polizei von Westberlin statt. Damit ging die Polizeihöhe von Westberlin auf Gesamtberlin über. Die Polizeiführung der DDR-Hauptstadt wurde entmachtet. Die Leitung der VPI wurde ab sofort „beurlaubt“ und hatte keinen Zutritt mehr zum Dienstbereich. Ich selbst konnte noch die „Drecksarbeit“ machen bis zur Entlassung am 31. Oktober 1991. Im Landespolizeigesetz Land Berlin waren wir nicht vorgesehen. Alles, was personell, materiell-technisch, strukturell und organisatorisch nicht „verwertbar“ war, fiel der Anpassung, wie sie selber sagen, zum Opfer. Das betraf u.a. soziale Leistungen, wie z.B. die Pausenversorgung, Teeküchen, Küchen der VPI, Kindergärten und Kinderkrippen. Die Mitarbeiter wurden entlassen. Ich konnte für die ehemaligen Zivilbeschäftigten nichts mehr tun. Die Zuständigkeit lag jetzt woanders. Die wenigen Kontakte mit den Westberliner Offizieren (Polizeidirektion Neukölln) gingen nicht im Einvernehmen von statten. Nach Sichtung der übernommenen Akten und Dokumente zweifelten sie ALLES an (Aufklärungsquoten der Kriminalpolizei 90 % und mehr, Klärung der Unfallursachen bei Verkehrsunfällen u.a.). Wenn sie nicht weiterkamen, hörte ich: „Ihr als Polizei hattet ja sowieso nichts zu sagen, das machte alles die Stasi“. Worüber wollte man bei so viel Verbohrtheit dann noch reden? Und überhaupt, alles wurde auf ihre Grundeinstellung – Polizei in der Diktatur – zurückgeführt.

Fazit: Wir haben zu jeder Zeit die öffentliche Ordnung und Sicherheit gewährleistet. Die Menschen lebten in Sicherheit und konnten sich auch nachts auf die Straße trauen. Dafür gilt noch heute allen Volkspolizisten Dank und Anerkennung.

**Ernst Hornig, VP-Oberrat a.D., Berlin**

Vielen Dank für den Artikel „Ostlandritter“ von Reiner Neubert im Oktober-RF mit dem langen Zitat aus Allen W. Dulles Buch „Das Handwerk des Geheimdienstes“. Insbesondere ist der Abschnitt über die Kunst in der Dulles-Rede hervorzuheben: „Wir werden mit allen Mitteln die sogenannten Künstler unterstützen und loben, die damit beginnen, den Sexkult, die Gewalt, den Sadismus, den Verrat ins menschliche Bewußtsein zu trichtern und dort zu verankern. Mit einem Wort – jede Art von Unmoral. ... Wir lassen die Fundamente der Moral als geschmacklos erscheinen und zerstören sie. Unser Haupteinsatz wird bei der Jugend sein. Wir werden sie korrumpieren, demoralisieren, pervertieren.“

Diese vor Jahrzehnten formulierten Sätze sind eine Zustandsbeschreibung der spätbürgerlichen Kunst und der kleinbürgerlichen Pseudoavantgarde heute.

**Christa Weber & Christof Herzog, Berlin**

Eine „optische Bereicherung und Mittel, besondere Akzente zu setzen“ sei künftig der Einsatz der Farbe Rot im „RotFuchs“, schreibt Rudolf Schwinn aus Bonn in seinem Leserbrief im RF 270/271.

Als Aktivistin der ersten Stunde besitze ich nicht nur jede Ausgabe der Zeitschrift, sondern kenne ihren Werdegang und habe, soweit es möglich ist, meinen bescheidenen Anteil am regelmäßigen Erscheinen.

Am Anfang wurden nur wenige Exemplare – alles per Hand im Wohnzimmer der Genossen Kurt und Lena Andrä, beide verstorben, – versandfertig gemacht. Wir haben sortiert, Seite für Seite, geklammert, eingetütet, Briefmarken geklebt. Die fertigen Umschläge verteilten wir auf verschiedene Briefkästen, was uns nicht selten Ärger mit der Post einbrachte.

Die ersten drei Jahrgänge waren durchgängig schwarz. Ab 2002 erschien die Titelseite auf Anregung und Wunsch von Mitinitiatoren mit bekanntem roten Kopf, was durch größere Spendenbeiträge finanziert und beibehalten wurde. Mittlerweile findet sich auch mehr Farbe, z. B. bei künstlerischen Beiträgen, in der Zeitschrift. Die Abonnenten- und Leserzahlen sind enorm gestiegen, die Preise für Herstellung und Versand auch, geblieben aber ist das Engagement all derer, die dafür sorgen (selbst in Corona-Zeiten), daß der „RotFuchs“ regelmäßig in den Briefkästen seiner Leser landet.

**Monika Kauf, Berlin**

**Richtigstellung zu „Sicherheit neu denken“, RF 273, S. 14**

Die korrekte Textunterschrift lautet:  
Oberstleutnant a.D. der NVA Dr.  
Hans-Peter Slodowski

**RF**



■ Regionalgruppe **Berlin-Treptow-Köpenick**

**Am 26. November um 17 Uhr** spricht Dr. Holger Michael zum Thema: **Entwicklungen in Belarus und die damit verbundenen Gefahren für Rußland.**

**Ort:** Wahlkreisbüro der Partei Die Linke, Brückenstraße 28, 12439 Berlin

■ Regionalgruppe **Cottbus**

**Am 27. November um 10 Uhr** spricht Dr. jur. Wilhelm Rettler zum Thema: **Krieg und Frieden in den Medien. Wie schützen wir uns vor Manipulation und Irreführung?**

**Ort:** „Brandenburger Hof“, Friedrich-Ebert-Straße 33, 03044 Cottbus

■ Regionalgruppe **Erfurt-Weimar**

**Am 28. November um 11 Uhr:** Diskussion zu inhaltlichen Schwerpunkten der Regionalgruppenarbeit für das Kalenderjahr 2021

**Ort:** Gaststätte „Prestige“, Färberwaidweg 2, 99097 Erfurt

■ **Die Veranstaltungen finden unter Einhaltung der Infektionsschutzmaßnahmen statt.**

■ **Bitte den Mund-Nasenschutz mitbringen und Abstand halten.**

**Marx-Engels Denkmal, Berlin**

## IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

**Herausgeber:**

„RotFuchs“-Förderverein e.V.  
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

**Redaktion:**

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),  
Bruni Steiniger, Wolfgang Metzger

**Anschrift:**

Redaktion „RotFuchs“  
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin  
Tel. 0160-238 30 85  
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

**Layout:** Rüdiger Serinek

**Herstellung:** Druckerei Gottschalk

**Internet:** www.rotfuchs.net

**Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.**

ISSN (Print) 2628-7900  
ISSN (Online) 2628-7897

**Autorenkreis:**

Joachim Augustin  
Dr. Matin Baraki  
Prof. Dr. Götz Dieckmann  
Prof. Dr. Achim Dippe  
Ralph Dobrawa  
Dr. Peter Elz  
Peter Franz  
Bernd Gutte  
Helmuth Hellge  
Wolfgang Herrmann (Dreesch)  
Lutz Jahoda  
Rico Jalowietzki  
Uli Jeschke  
Rudi Kurz  
Dr. Kurt Laser

Prof. Dr. Anton Latzo  
Bruno Mahlow  
Dr. Bernhard Majorow  
Jobst-Heinrich Müller  
Horst Neumann  
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Innsbruck)  
Heinz Pocher  
Hans Schoenefeldt  
Prof. Dr. Rolf Sieber  
Peter Steiniger  
Johann Weber  
Theodor Weißenborn  
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)  
Edda Winkel

**Künstlerische Mitarbeit:**

Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

**Versand und Vertrieb:**

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,  
12504 Berlin, Tel. 030-983 898 30  
vertrieb@rotfuchs.net  
oder Heiner Brendel  
Tel. 030-654 45 94  
Gerald Umlauf, Hans Ludwig u. v. a. m.

**Mitgliederfragen:**

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,  
10123 Berlin, Tel. 030-241 26 73  
WDockhorn@t-online.de

**Finanzen:** Jürgen Claußner  
Postfach 52 02 23, 12592 Berlin  
Tel. 030-427 27 66

**Unsere Bankverbindung:**

„RotFuchs“-Förderverein  
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00  
BIC: BELADEBEXX

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.